



**FORSCHUNGSSTELLE FÜR REGIONALE
SOZIALFORSCHUNG
Dr. Manfred Schenk**

Sozialberichterstattung für die Gemeinde Esch:

**Soziale Infrastruktur und Lebensqualität in Esch aus der Sicht
von Bürgern in sozial benachteiligten Lebenslagen**

Inhalt

1	Einleitung und Begriffsbestimmung.....	6
1.1	Sozialberichterstattung in Esch: Der Auftrag	7
2	Bestandsaufnahme "Soziale Infrastruktur"	11
2.1	Fragestellung.....	11
2.2	Vorgehensweise	13
2.3	Zusammenfassung der Ergebnisse der Bestandsaufnahme.....	16
3	Soziale Dienste in Esch	18
3.1	Zielgruppen und Problemlagen: Eine Übersicht.....	18
3.2	Soziale Dienste und ihre Angebote in Esch: Übersicht	21
3.3	Organisatorische Rahmenbedingungen	25
3.3.1	Träger, Finanzierung und Alter der Einrichtungen	25
3.3.2	Raum- und Sachausstattung	27
3.3.3	Personelle Situation.....	29
3.4	Konzeptionelle Merkmale.....	30
3.4.1	Methodischer Arbeitsansatz	30
3.4.2	Bedarflücken und geplante Veränderungen.....	32
3.4.3	Einschränkungen bei der Nutzung der Angebote.....	35
3.4.4	Zusammenarbeit von Diensten und Vernetzung	36
3.5	Nutzer der Angebote	37
3.5.1	Platz- und Fallzahlen.....	37
3.5.2	Nationalität.....	38
3.5.3	Einzugsgebiet	39
3.5.4	Betreuung von Kindern zwischen 0 und 12 Jahren.....	40
4	Lebensqualität in Esch aus der Sicht von Bürgern in sozial benachteiligten Lebenslagen	43
4.1	Methodisches Vorgehen.....	43
4.1.1	Theoretischer Rahmen.....	43
4.1.2	Durchführung	44
4.1.3	Zusammenfassung.....	45
4.2	Ergebnisse der Interviews	46
4.2.1	Freizeit und Kultur	46
4.2.2	Sicherheit.....	48
4.2.3	Soziale Vernetzung und soziale Kontakte.....	50
4.2.4	Einkommen und Auskommen	53
4.2.5	Lebenszufriedenheit	57
4.2.6	Gesundheit.....	57
4.2.7	Wohnen	59
4.2.8	Arbeit.....	61
4.2.9	Erfahrungen mit Institutionen	63
4.3	Dipl.-Päd. G. Baumeister: Fallschilderungen	64
5	Anhang.....	70

5.1	Bestandsaufnahme : Liste der sozialen Dienste und ihrer Angebote.....	70
5.2	Interviewleitfaden zur Lebensqualität.....	74
5.3	Interviews: Zusatzfragen für alleinerziehende Frauen.....	84
5.4	Interviews: Zusatzfragen für Arbeitslose.....	86
5.5	Interviews: Zusatzfragen für ausländische Mitbürger.....	88
5.6	Interviews: Zusatzfragen für junge Menschen mit Übergangsschwierigkeiten.....	90
5.7	Interviews: Zusatzfragen für arbeitslose Mitbürger mit städtischen Verträgen.....	92
5.8	Bestandsaufnahme: Allgemeiner Fragebogen	94
5.9	Bestandsaufnahme: Angebotsfragebogen	98
5.10	Sozialberichterstattung: Literaturübersicht (Bearbeitet durch Dipl.-Päd. G. Baumeister)	102
5.10.1	Funktion einer Sozialberichterstattung.....	102
5.10.2	Typen von Sozialberichterstattung.....	103
5.10.3	Soziale Indikatoren.....	105
5.10.4	Sozialatlas.....	106
5.10.5	Kommunale Sozialplanung	107
5.10.5.1	Allgemeine Grundsätze der Sozialplanung	108
5.10.5.2	Bisherige Erfahrungen in der Kommunalen Sozialplanung.....	117

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Übersicht zu Dimensionen, Operationalisierungen und Unterversorgungsschwellen	10
Tabelle 2: Soziale Dienste in Esch. (Quelle: RESOLUX und Eigenerhebung, Mehrfachangebote).....	18
Tabelle 3: Träger der sozialen Dienste.....	25
Tabelle 4: Finanzierung der sozialen Dienste	25
Tabelle 5: Alter der Einrichtungen.....	26
Tabelle 6: Alter der Angebote der Einrichtungen	26
Tabelle 7: Raumsituation	27
Tabelle 8: Sachausstattung	28
Tabelle 9: Stellenstruktur	29
Tabelle 10: Stellenumfang	29
Tabelle 11: Qualifikation	29
Tabelle 12: Personalstruktur nach Arbeitsfeldern.....	30
Tabelle 13: Methodische Grundausrichtung	31
Tabelle 14: Betreuungsform.....	31
Tabelle 15: Betreuungsform nach Arbeitsfeldern	32
Tabelle 16: Bedarfslücken.....	32
Tabelle 17: Konzeptänderungen bei den Einrichtungen	33
Tabelle 18: Nutzungseinschränkung	35
Tabelle 19: Eignung für Behinderte	35
Tabelle 20: Bewertung fallbezogener Zusammenarbeit (Mehrfachnennungen, n=158).....	36
Tabelle 21: Platz- und Fallzahlen der sozialen Dienste	37
Tabelle 22: Nationalität der Nutzer (Schätzangaben)	38
Tabelle 23: Herkunft der Nutzer der Einrichtungen.....	39
Tabelle 24: Betreuungsangebot in Esch (Bevölkerungsdaten aus Volkszählung).....	40
Tabelle 25: Wartelisten im Kanton Esch (0-12 Jahre)	41
Tabelle 26: Wartelisten in der Stadt Esch (0-12 Jahre).....	41
Tabelle 27: Generelle Zufriedenheit mit Freizeit und Kultur.....	47
Tabelle 28: Zufriedenheit mit Freizeitangeboten	48
Tabelle 29: Sicherheitsgefühl	49
Tabelle 30: Kriminalitätseinschätzung.....	49
Tabelle 31: soziale Kontakte und Aktivitäten	51
Tabelle 32: Wichtigkeit sozialer Kontakte.....	52
Tabelle 33: Vereinsmitgliedschaft	52
Tabelle 34: Übersicht über die materielle Situation der Befragten	54
Tabelle 35: Haushaltseinkommen	55
Tabelle 36: Finanzielle Situation der Befragten.....	55
Tabelle 37: Lebensstandard.....	56
Tabelle 38: Auskommen mit dem Einkommen.....	56
Tabelle 39: Schulden.....	56
Tabelle 40: Lebenszufriedenheit	57
Tabelle 41: Gesundheitszustand.....	58
Tabelle 42: gesundheitliche Probleme	58
Tabelle 43: Qualität der gesundheitlichen Betreuung	58
Tabelle 44: Wohneigentumsverhältnisse.....	59
Tabelle 45: Zufriedenheit mit der Wohnsituation.....	60

Tabelle 46: Wohnungsausstattung	60
Tabelle 47: Wohnungsgröße	60
Tabelle 48: Zustand der Wohnung	60
Tabelle 49: Umzugsgründe	61
Tabelle 50: Sorgen um Arbeitsplatz	62
Tabelle 51: Chancen auf dem Arbeitsmarkt.....	62
Tabelle 52: Erfahrung mit Behörden.....	63

1 EINLEITUNG UND BEGRIFFSBESTIMMUNG

Sozialberichterstattung ist die „Bezeichnung für die regelmäßige, umfangreiche und sozialwissenschaftlich fundierte Information über gesellschaftliche und sozialpolitisch bedeutsame Lebensbedingungen in der sich beschleunigt wandelnden modernen Gesellschaft. Aufgrund der Unvollständigkeit einseitig ökonomisch bestimmter Informationssysteme versucht die moderne gesellschaftliche Sozialberichterstattung mit Hilfe eines differenzierten Systems objektiver und subjektiver sozialer Indikatoren zuverlässige Informationen über Zustände und Entwicklungen in allen wichtigen Lebensbereichen (Gesundheit, Bildung, Arbeit, Freizeit) zu gewinnen. Mit den objektiven Indikatoren werden sachliche Gegebenheiten quantitativ festgestellt, z.B. die Anzahl von Einwohnern pro Arzt; mit den subjektiven Indikatoren werden darüber hinaus individuelle Bedürfnisse und Grade der Zufriedenheit ermittelt (Lebensqualität). Die Sozialberichterstattung soll als Grundlage rationaler politischer Planungen und Entscheidungen dienen“ (Hillmann 1994¹).

Mancur Olson entwickelte 1969 den „Prototyp des nationalen Sozialberichtes“ im Auftrag des Departement of Health, Education and Welfare der amerikanischen Regierung (vgl. Merkert/Wieseler 2001; S. 1591²). Gedacht war dieser Bericht als „kritische Ergänzung zur jährlichen Wirtschaftsberichterstattung [...]“; eine Intention, die bis heute keineswegs an Relevanz verloren hat“ (a.a.O.). Im Laufe der Jahrzehnte hat sich Sozialberichterstattung³ zunehmend differenziert, so dass man nicht von „der“ Sozialberichterstattung sprechen kann.

Sozialberichterstattung ist kein Selbstzweck sondern ein Instrument der Sozialplanung. Die Sozialplanung dient als politisches Steuerungsinstrument zur Reduzierung sozialer Ungleichheiten sowie Planung sozialer Infrastruktur. Sie ist aber auch gefragt bei der Neu- und Umgestaltung von Stadtteilen, z.B. in Hinsicht der sozialen Verträglichkeit von Bau- und Verkehrsmaßnahmen und Wirtschaftsansiedlungen. Ihre Wurzeln liegen in der Sozialindikatorenbewegung, deren Aufgabe die Operationalisierung und Quantifizierung des Konzepts der Lebensqualität war. Die Verbesserung gesellschaftlicher Bedingungen sollte nach damaligen Vorstellungen „von oben“ geplant und praktisch umgesetzt werden. Diese stark technokratische Sicht von Planung ist z.B. in Deutschland zwischenzeitig abgelöst worden. Neben den quantitativen Methoden der Sozialen Indikatoren und des Sozialatlas haben qualitative Methoden eine hohe Relevanz. Sozialplanung kann in einem demokratischen Gemeinwesen kein Top-down-Prozess sein, sondern verlangt nach der Integration aller Beteiligten. So gelten im modernen Planungsverständnis die Grundsätze der kleinräumigen Orientierung, der Bedürfnis- und Dialogorientierung, der Beteiligung und Einmischung.

¹ Hillmann, K.-H.: Wörterbuch der Soziologie; 4. überarbeitete und ergänzte Auflage; Alfred Kröner Verlag, Stuttgart, 1994; → Sozialberichterstattung

² Merkert, A./Wieseler, S.: Sozialberichterstattung und Sozialplanung; in: Otto, H.-U./Thiersch, H.: Handbuch Sozialarbeit / Sozialpädagogik; 2. völlig überarbeitete Auflage; Luchterhand, Neuwied, Kriftel, 2001

³ Mehr zu den Phasen der Planung in der Bundesrepublik Deutschland in: Schulz zur Wiesch, J.: Wandlungen der Sozialplanung auf kommunaler Ebene; S. 24ff. In: Asam, W.H./Heck, M./Specht, Th. (Hrsg.): Kommunale Sozialplanung; Report und Perspektiven für Akteure vor Ort; Bielefeld: Berufsverband Deutscher Soziologen, 1987

1.1 Sozialberichterstattung in Esch: Der Auftrag

Die Stadt Esch hat sich im Jahre 2001 als erste Gemeinde zum Einstieg in eine kontinuierliche Beobachtung des sozialen Sektors entschlossen. Als Instrument dazu soll die Sozialberichterstattung dienen. Diese hat in den großen europäischen Ländern England, Frankreich und Deutschland bereits eine längere Tradition. Ursprünglich aus den USA kommend wurde die Sozialberichterstattung innerhalb der nationalen Sozialpolitik zunächst stark als Armutsberichterstattung eingesetzt. Zunehmend mehr wird z.B. in Deutschland die Sozialberichterstattung auf kommunaler Ebene eingeführt mit dem eigentlichen Ziel einer umfassenden und bürgernahen Sozialplanung. Immer weniger steht die Sozialberichterstattung als statistischer Armutsbericht im Mittelpunkt, sondern die wesentlichen Lebenslagen der Bürger werden der Betrachtung zugrundegelegt:

- Einkommen und Leistungsbezug,
- Wohnen und Wohnumfeld
- Gesundheit, Bildung und Kultur,
- Möglichkeiten der Partizipation am gesellschaftlichen Leben
- Umwelt
- Arbeit
- Immaterielle Faktoren wie subjektive Sichtweisen, Selbsteinschätzung als arm.

Ebenso wird in der kommunalen Sozialberichterstattung die soziale Infrastruktur, die ja die Antwort auf die Bedürfnisse darstellt, zu betrachten sein.

Der Auftraggeber (die Kommune) hat an eine Sozialberichterstattung unterschiedliche Erwartungen, die die Aussagekraft und Qualität der Berichterstattung beeinflussen. Diese unterschiedlichen Erwartungen führen nach Meinung von Autoren zu vier Grundtypen von Sozialberichterstattungen. Sie unterscheiden vom Auftrag her:⁴

- Bilanz und Rechenschaft
- Legitimation und Öffentlichkeit
- Information und Planung
- Analyse und Alternativen.

Für Leser, die an weitergehenden Informationen zur Sozialplanung interessiert sind, befindet sich im Anhang ein ausführlicher Literaturbericht. Dort werden die grundsätzlichen Vorgehensweisen einer Sozialplanung näher beschrieben.

Die Gemeinde Esch hat den Verfassern keine Vorgaben gemacht. Der gewählte Ansatz orientiert sich an den Merkmalen "Information und Planung" und "Analyse und Alternativen". Er versteht sich also nicht als ein Armutsbericht, sondern versucht aus verschiedenen Perspektiven die soziale Situation der Gemeinde zu beschreiben.

⁴ Klatt, W.D.: Kommunale und nationale Armuts- und Sozialberichterstattung im sozialpolitischen Paradigmenwechsel. In: Hanesch, W. (Hrsg.): Überlebt die soziale Stadt? Konzeption, Krise und Perspektiven kommunaler Sozialstaatlichkeit. Opladen 1997

Hinsichtlich der Vorgehensweise lassen sich drei Ebenen unterscheiden:

- **Makrosoziale Ebene:** Auf der Basis vorhandener Statistiken, insbesondere der Volkszählung erfolgt eine Darstellung der Bevölkerungssituation in Esch. Sie erlaubt Vergleiche mit dem ganzen Land und anderen Regionen. Eine weitere Auswertung der Daten beschreibt Esch kleinräumig auf der Basis der Wahlbezirke. Damit wird ein Vergleich innerhalb der Gemeinde ermöglicht (bis auf Straßenebene). Diese Aufgabe hat Herr Fehlen vom Centre Universitaire übernommen.
- **Institutionsebene:** Diese Analyseebene gibt eine Übersicht über das Hilfs- und Unterstützungssystem der Stadt Esch. Es handelt sich hierbei um eine Primäranalyse, bei der mittels eines Fragebogens alle Einrichtungen, Selbsthilfegruppen und Angebote des sozialen Sektors der Stadt Esch (auf der Basis der Adressen des RESOLUX) erfasst und analysiert wurden. Ziele dieser Bestandsaufnahme sind die Herstellung von Transparenz zur besseren Nutzung der Angebote und eine möglichst große Übereinstimmung von Bedarf und Angebot. Die Bestandsanalyse soll auch auf Bedarfslücken aufmerksam machen und den Trägern sozialer Dienste die Möglichkeit geben sich zu positionieren und ihr Angebot zu reflektieren. Der Fragebogen stellt eine Mischvariante aus qualitativer und quantitativer Datenerhebung dar und gliedert sich in zwei Teile: ein Teil gibt Informationen über organisatorische Daten wie aktuelle Anschrift, Träger, Existenzdauer der Einrichtung, über Finanzierungsquellen und die einrichtungsinterne Bewertung der materiellen Situation, einrichtungsinterne Einschätzung der baulichen und räumlichen Situation (so bspw. Erreichbarkeit für Behinderte), sowie Auskunft über derzeitige und künftige Zielgruppen und über konzeptionelle Merkmale. Ein zweiter Fragebogen erfasst die spezifischen Angebote der sozialen Dienste. Das Ergebnis liefert ein umfassendes Bild über Arbeitsschwerpunkte, Leistungsangebote (Einzelfallarbeit, Familienarbeit, Gruppenarbeit, Gemeinwesenarbeit...), über die Anzahl und Qualifikation der im Angebot tätigen Mitarbeiterinnen, über Nutzeranzahl und Zielgruppen und über eventuelle Zugangsbarrieren (Wartelisten, zu hohe Kosten für Nutzer, schlechte Erreichbarkeit...).
- **Betroffenenebene:** Eine dritte Analyseebene beschreibt die Situation und die Bedürfnisse ausgewählter Zielgruppen wie RMG-Empfänger, Langzeitarbeitslose, Frauen mit Kindern (hier insbesondere alleinerziehende Frauen), Jugendliche mit Anpassungsschwierigkeiten im Übergang zwischen Schule und Beruf. Mittels qualitativer Interviews erfolgt die Beschreibung der Lebenssituationen, das Erleben dieser Situationen, ihrer Entstehung und Erfahrungen mit dem Hilfesystem. Diese Aufgabe hat Herr Dr. Schenk von der Universität Trier (FOREG) übernommen und ist Gegenstand des vorliegenden Berichts.

Für die Stadt Esch und das Land Luxemburg stellt diese erste kommunale Sozialberichterstattung einen Einstieg in eine kommunale Sozialplanung dar. Es wird auch eine Aufgabe sein, am Ende eine Bilanz zu ziehen, wie die Kontinuität gesichert werden kann, welche Instrumente und Vorgehensweisen sich bewährt haben und welche noch zu entwickeln sind. Dazu ist anzumerken, dass weder in Deutschland noch in Luxemburg (was schon jetzt erkennbar ist) die öffentlichen Statistiken für eine kommunale Sozialberichterstattung geeignet sind. Hier

wird noch viel Arbeit zu leisten sein, was nur auf nationaler Ebene möglich sein wird. Dazu muss aber die Notwendigkeit einer (kommunalen) Sozialplanung anerkannt werden. Es wird am Ende auch zu fragen sein, welche Reichweite kommunale Sozialplanung haben soll: soll sie sich auf eine einzelne autonome Gemeinde oder auf eine Region (Kanton) beziehen. Schließlich wird auch noch nach der Organisation zu fragen sein. In diesem ersten Ansatz wurden außenstehende Experten hinzugezogen. Dies mag für Teile der Sozialberichterstattung wie die statistische Aufbereitung nationaler Daten für die kommunale Ebene auch weiterhin richtig sein. Doch die folgende Sozialplanung kann nur durch und mit den kommunalen Akteuren unter Moderation eines Hauptamtlichen geleistet werden. Moderne Sozialplanung setzt stark auf vernetzte Sichtweisen zwischen Bausektor (Wohnen und Wohnumfeld), Gesundheitssektor, Bildungssektor, Arbeitsverwaltung und Sozialssektor. Diese sind traditionell in der Verwaltung noch in Säulen mit geringer Durchlässigkeit organisiert.

Wenn im folgenden Bericht der Begriff der "Armut" gebraucht wird, so ist zu bedenken, dass damit natürlich nicht die absolute, am Existenzminimum orientierte Armut gemeint ist. Auch gibt es diese in den entwickelten europäischen Staaten so kaum. Durch die Sozialhilfestrukturen und Sicherungssysteme haben wir es häufig mit einer "bekämpften Armut" zu tun. Dies gilt ganz besonders für Luxemburg, wo das RMG ja besonders gut ausgebaut ist. Es wird bei allen Überlegungen und Argumentationen der Begriff der "relativen Armut" zugrunde gelegt. Dabei soll aber nicht allein Einkommen und Leistungsbezug eine Rolle spielen (z.B. arm ist, wer nur 40%, 50% oder 60% des Durchschnittseinkommens besitzt). Sondern ausgehend vom sog. Lebenslagenansatz wird von dem Begriff der multiplen Deprivation (mehrfache Unterversorgung) und von der sozialen Ungleichheit ausgegangen. Der Ansatz geht also davon aus, dass Armut nicht nur auf Einkommensarmut reduziert werden darf, auch wenn das Einkommen, neben allen anderen Dimensionen der Lebenslage (siehe oben) die zentrale Dimension darstellt. Der Ansatz der "multiplen Deprivation" legt Indikatoren und Schwellen für die Unterversorgung in *verschiedenen* Lebenslagen fest. Es werden, in Relation zum durchschnittlichen Versorgungsniveau in der Gesellschaft, Minimalstandards definiert. Deren Unterschreiten in mehreren Bereichen wird als Unterversorgung betrachtet.

Die folgende Tabelle soll diese Überlegung verdeutlichen.⁵

⁵ Hanesch, W. (Hrsg.): Lebenslageforschung und Sozialberichterstattung in den neuen Bundesländern. Graue Reihe der Hans-Böckler-Stiftung, 1993

Dimension (Lebenslage)	Indikatoren	Operationalisierung	Unterversorgungsschwelle
Einkommen	Bedarfsgewichtetes verfügbares Haushaltseinkommen	Verfügbares Haushaltseinkommen (Basis: Befragung) gewichtet nach Äquivalenzen	50% des durchschnittlichen gewichteten verfügbaren Haushaltseinkommens
Arbeit	Art und Umfang der Beschäftigung	Vorhandensein einer mehr als geringfügigen Beschäftigung	1. registrierte Arbeitslosigkeit 2. nicht registrierte Arbeitslosigkeit (stille Reserve) 3. geringfügige Beschäftigung.
Bildung	- Schulische Bildung - Berufliche Bildung	- Schulischer Bildungsabschluss - Beruflicher Bildungsabschluss	Kein Bildungsabschluss
Wohnen	- Wohnungsgröße und Belegung - Wohnungsausstattung	Wohnraum pro Person (ohne Bad, WC, Küche)	Weniger als 1 Wohnraum pro Person
Lebens- und Bereichszufriedenheiten	- Allgemeine Zufriedenheit - Gesundheitszufriedenheit - Einkommenszufriedenheit - Wohnzufriedenheit	Wissensbasis: Interviews	entfällt

Tabelle 1: Übersicht zu Dimensionen, Operationalisierungen und Unterversorgungsschwellen

Danach wäre Armut zum Beispiel:

Unterversorgung im Bereich (Bereiche mit UND verknüpft)

Bildung:

- a) kein Mindestschulabschluß
- b) kein beruflicher Bildungsabschluss

Einkommen:

- a) häufig im Monat in finanziellen Schwierigkeiten
- b) starke Einschränkungen in einem der fünf Bereiche: Kleidung, Ernährung, Wohnungseinrichtung, Freizeit, Urlaub.

Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (soziale Integration)

- a) keine engen Freunde
- b) weniger als einmal wöchentlich Besuchskontakt mit Verwandten, Freunden, Bekannten oder Nachbarn
- c) keine persönlichen Ratschläge bei Problemen erhalten von Verwandten, Freunden, Bekannten oder Nachbarn
- d) keine Geld- oder Sachleistungen im letzten Jahr erhalten von Verwandten, Freunden, Bekannten oder Nachbarn

Diese kurze Übersicht soll die Problematik aufzeigen, wie in unseren modernen Industriegesellschaften gesellschaftliche und persönliche Defizite zu messen sind. Diese Sichtweise ist bei der Entwicklung des Interviewleitfadens zugrunde gelegt worden.

2 BESTANDSAUFNAHME "SOZIALE INFRASTRUKTUR"

2.1 Fragestellung

Zur sozialen Infrastruktur einer Gemeinde zählen vielfältige Einrichtungen und Angebote. Dazu gehören die sozialen Hilfsdienste, die medizinischen Versorgungseinrichtungen, die Kinder- und Altenbetreuungseinrichtungen, das informelle soziale Netz der Vereine, die Selbsthilfegruppen, die Freizeitangebote, die Kinderspielplätze u.a.. Diese haben sowohl präventiven als auch reaktiven und kurativen Charakter. Im Rahmen einer Sozialberichterstattung ist die Breite und Tiefe der Vorgehensweise zu überlegen. Natürlich besteht der Wunsch, möglichst viel Wissen zu bekommen. Die einschlägige Literatur warnt jedoch vor einer zu breiten Vorgehensweise und vor einem Totalanspruch. Zu leicht kann daraus nur eine Adressenliste entstehen ohne tiefere Information. Weiterhin kann von einer Gemeinde auch nicht alles gleichzeitig angepackt werden. Und vieles unterliegt auch gar nicht ihrem Einflussbereich.

Im Vorfeld wurde mit der Gemeinde vereinbart, das Augenmerk der Sozialberichterstattung besonders auf soziale Problemlagen zu legen. Es wurde dementsprechend bei der Analyse der Infrastruktur eine Einschränkung vorgenommen und besonders das Segment "Hilfe und Unterstützung" berücksichtigt. Dieses betrifft bedeutsame Problemlagen wie Armut, Arbeitslosigkeit und zugehörige Beratung, Hilfe aber auch Unterstützung bei der Kinderbetreuung und Erziehung.

Die sozialen Hilfsdienste einer Gemeinde sollen die Bürger in Notlagen unterstützen. Ein ausdifferenziertes Angebot für unterschiedliche Zielgruppen gehört heute zum erwarteten Dienstleistungsangebot einer Gemeinde. Damit ist die Sichtung der sozialen Infrastruktur ein wesentlicher Bestandteil der kommunalen Sozialberichterstattung. Hauptfragen dabei sind: über welche sozialen Dienstleistungsangebote verfügt die Gemeinde und welche benötigt sie (Frage nach der Struktur)? Ist die Ausstattung den Aufgabenstellungen angemessen (Frage nach der Qualität)?

Zunehmend ist einerseits ein Zuwachs an sozialen Einrichtungen, andererseits eine Differenzierung und Spezialisierung von sozialen Diensten wahrzunehmen. Dies gilt für große Länder wie Deutschland aber auch für kleine Länder wie Luxemburg. Träger sozialer Dienstleistungen entdecken Nischen und reagieren darauf mit neuen hochspezialisierten Angeboten. Dies gilt um so mehr, je weiter der Wandel von der spendenfinanzierten caritativ motivierten Sozialarbeit zur steuerfinanzierten vom Staat in Auftrag gegebenen Sozialen Dienstleistung voranschreitet. Mit der Ausbreitung der ASBL's wird dieser Wandel deutlich sichtbar. Je kleiner die Träger, umso mehr wird die Vernetzung der Angebote schwieriger. Das soziale Netz wird für Kommunalpolitiker, soziale Akteure und Bürger damit immer undurchschaubarer. Vernetzung hat dabei einerseits die Abstimmung über die Angebote zum Gegenstand (Planungsaspekt, Frage nach der Effektivität), andererseits soll sie für den Hilfesuchenden die Enge eines hochspezialisierten und nicht immer genau passenden Angebots überwinden (Qualitätsaspekt, Frage nach der Effizienz). Vernetzung ist also ein ökonomisches und ein fachliches Gebot. In

Deutschland macht sich seit einigen Jahren ein neuer Trend bemerkbar: Waren vorher viele Angebote eines Trägers hochspezifisch (z.B. stationäre Unterbringung oder ambulanter Familiendienst) so wollen die Träger heute alles "unter einem Dach" haben (z.B.. stationäre Unterbringung und ambulanter Familiendienst). Weiterhin ist in Deutschland eine zunehmende Flexibilisierung zu beobachten. Das heißt ein Anbieter kreiert eine Hilfe fallbezogen, die er vorher noch nicht hatte. Das trägt nicht zur Transparenz bei. Auf die Gründe soll hier nicht weiter eingegangen werden. Es sind sowohl ökonomische (Positionierung bei verstärkter Trägerkonkurrenz) und fachliche (der Klient soll die Hilfe "aus einer Hand" bekommen, die er benötigt) Argumente⁶.

Mit der Bestandsaufnahme kann man sich einen Überblick über die Quantität, die Struktur und die Qualität der sozialen Infrastruktur verschaffen. Die Angebote verändern sich ständig (vgl. Einrichtungsalter), deshalb ist eine kontinuierliche und nicht einmalige Bestandsaufnahme so wichtig.

Bei der Analyse von sozialen Dienstleistungen ist zu unterscheiden in angebotsunabhängige Informationen wie trägerspezifische organisatorische Rahmenbedingungen und angebotsspezifische Informationen wie Nutzerstruktur, Arbeitskonzept etc.

Die sozialen Dienstleistungen sind höchst heterogen. Sie wenden sich an unterschiedliche Zielgruppen wie Kinder und Senioren, reagieren auf vielfältige Problemlagen wie Behinderungen und Betreuungsbedarf, arbeiten nach unterschiedlichen Konzepten wie ambulant und stationär. Dies macht eine Bestandsaufnahme sehr kompliziert und aufwendig. So müssten im Idealfall für die einzelnen Bereiche jeweils eigene Instrumente entwickelt werden. Das setzt aber gleichzeitig eine gute Kenntnis des gesamten Bestandes voraus. In Esch wurde bisher noch keinerlei derartige Erhebung durchgeführt. Aufgrund der beschränkten Ressourcen (die Bestandserhebung ist nur ein Teil der Sozialberichterstattung) wurde daher in diesem ersten Anlauf eine Vergrößerung der Fragestellungen vorgenommen. Künftige Berichterstattungen können sich dann spezifischer einzelnen Bereichen widmen.

Die Feststellung des Bestandes von Einrichtungen und Diensten wird in der Planungsliteratur als wichtiger Teil im Planungsprozess angesehen. Dabei wird die Bestandsaufnahme als Ergänzung zur Bedarfsermittlung gesehen. Aus der Gegenüberstellung der Ergebnisse von Bestandsaufnahme und Bedarfsermittlung ergibt sich der Fehlbestand, das heißt das Versorgungsdefizit, dessen Beseitigung das eigentliche Ziel und Gegenstand der Planung sind.

Die vorliegende Darstellung ist der erste Schritt der Bestandsaufnahme. Die Ergebnisse geben einen Gesamtüberblick über den Teil der sozialen Infrastruktur, der Hilfe, Beratung und Betreuung umfasst. Sie dienen einerseits der Information der Bürger über das Angebot (Vorschlag der Assises Sociales: Internetportal), der sozialen Akteure über die Ist-Situation und andererseits der Planung zur Feststellung der Soll-Situation. Das bedeutet, die sozialen Akteure müssen vollen Zugang zu den Ergebnissen haben. Sie sollen nicht nur die Gemeinde zu Überlegungen anregen, sondern in die Planungen der Dienste selbst eingehen.

Die in der vorliegenden Darstellung getroffenen Aussagen und Zahlen über die vorhandenen Angebote erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit.

⁶ Klatetzki, Thomas [Hg.]: Flexible Erziehungshilfen : Ein Organisationskonzept in der Diskussion 2., überarb. Aufl. Münster : Votum, 1995

Im zweiten Schritt erfolgt die Auseinandersetzung mit dem vorhandenen Angebot und damit die Bewertung. Dazu ist von der Gemeinde eine Vorgehensweise zu überlegen (Arbeitsgruppe o.ä.). Hierbei können bereichsspezifisch die vertiefenden Einzelinformationen der Einrichtungen angesehen werden. Dabei muss überlegt werden, wer überhaupt der Ansprechpartner für potentielle Veränderungen ist. Die Gemeinde ist ja nur im geringeren Umfang Träger von Einrichtungen. Das bedeutet aber nicht, dass nur diese zu thematisieren wären. Denn die Gemeinde hat ja ein Interesse an einer optimalen Dienstleistungsstruktur.

Der dritte Schritt besteht aus einem Aushandlungsprozeß, in welchem Prioritätenbildungen vorgenommen werden und letztlich die Forderungen an die politisch und finanziell Verantwortlichen formuliert werden. Damit führt dieser Schritt zur Bedarfsfeststellung.

Die drei Schritte zeigen beispielhaft an der Bestandsaufnahme der sozialen Infrastruktur, wie die kommunale Sozialberichterstattung in die Sozialplanung einmündet. Sie stellt dafür die notwendigen Grundinformationen bereit.

Der Bericht geht über eine reine Befunddarstellung hinaus. Er bietet durchaus Interpretationen der Ergebnisse an und gibt zurückhaltende Empfehlungen. Die eigentliche Diskussion muss selbstverständlich im Anschluss durch die zuständigen Gremien und Auftraggeber der Sozialberichterstattung erfolgen. Insofern sind die hier angebotenen Interpretationen eher vorläufig und haben anregenden Charakter. Weiterhin ist die Darstellung relativ grob, was aber die Lesbarkeit erleichtern und den Blick auf das Wesentliche lenken soll. Die Verfeinerung der Sichtweisen, Daten und Interpretationen sowie Folgerungen ist Gegenstand der anschließenden Auseinandersetzung. Auch dazu wird es Schwerpunktbildungen bedürfen, da sicher nicht alles gleichzeitig bearbeitet werden kann.

2.2 Vorgehensweise

Im RESOLUX sind für Esch Dienstleistungsangebote für Hilfen in unterschiedlichen Problemlagen verzeichnet. Jedoch können aus dem RESOLUX nur rudimentäre Angaben über das Angebot entnommen werden. Es ist eher eine Adressensammlung als eine Beschreibung von Angeboten. Es geht daraus kaum etwas über die Zielgruppen, das Konzept, Personal u.a. hervor. Und natürlich kann aus einer solchen Adresssammlung auch nichts hervorgehen über geplante Veränderungen, Grenzen des Angebots und vorhandene Probleme. Es war daher erforderlich, im Rahmen der Sozialberichterstattung eine eigene Erhebung durchzuführen.

Die Gemeinde Esch stellte aus dem RESOLUX und ihren Verwaltungsunterlagen eine Liste von 107 sozialen Diensten zusammen. Nach Auskunft der Experten aus Esch ist davon auszugehen, dass damit der allergrößte Teil des sozialen Hilfeangebots erfasst ist. Ende 2001 wurden diese von der Gemeinde angeschrieben und die Fragebögen übersandt. Dabei stellte sich heraus, dass fünf Einrichtungen nicht mehr existieren, weitere fünf Einrichtungen haben sich unter der angegebenen Telefonnummer nicht gemeldet. Fünf Einrichtungen teilten uns mit,

dass sie zwar in Esch ansässig sind, aber keine Bürger aus Esch bedienen. Damit blieben 92 Dienste übrig. An diese wurden zwei Fragebögen verschickt: ⁷

Ein Fragebogen sollte Auskunft geben über die organisatorischen Rahmenbedingungen wie

- Trägerschaft
- Alter der Einrichtung
- Vernetzung und Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen
- Hauptfinanzierungsquellen
- Raumsituation
- Materielle Ausstattung
- Hauptzielgruppen
- Einschätzung des Bedarfs
- Geplante Veränderungen

Aus dem RESOLUX ging hervor, dass verschiedene Einrichtungen mehrere heterogene Angebote unterhalten. Es wurde daher ein zweiter Fragebogen mit versandt für solche angebotsspezifischen Angaben.

- Kurzbeschreibung des Angebots
- Einrichtungsjahr des Angebots
- Öffnungszeiten
- Personelle Situation
- Methodische Arbeitsschwerpunkte
- Nutzerstruktur nach Alter, Geschlecht, Einzugsgebiet, Nationalität
- Zugangsbarrieren zum Angebot, behindernde Bedingungen, Hemmnisse für die Arbeit
- Geplante Veränderungen

Für die Entwicklung der Fragebogen wurde eine kleine Arbeitsgruppe zusammengestellt, die sich aus Vertretern der „Assises Sociales d’Esch“ und der Forschungsgruppe zusammensetzten. Bei der Erstellung der Fragebögen war die Projektgruppe darauf bedacht, auch Planungsfragen, nicht nur Informationsfragen einzubringen, um den beiden Zielen „Information“ und „Planung“ gerecht zu werden. Der Fragebogen enthält geschlossene und offene Fragen. Die offenen Fragen (z.B. Wünsche, Probleme, Einschränkungen, Bedarfsänderungen) sollten vor allem konkrete Hinweise und Anregungen liefern

Die spätere Angebotsbeschreibung sollte also Informationen enthalten, die ein potentieller Nutzer des Angebots braucht, und solche, die eine Fachkraft aus dem sozialen Bereich über andere Angebote einholen will.

⁷ zur Methodik vergleiche: Lukas, H.: Bestandsaufnahme von Einrichtungen und Diensten der Jugendhilfe 1996; in: Lukas, H./ Strack, G. (Hrsg.): Methodische Grundlagen der Jugendhilfeplanung. Freiburg im Breisgau: Lambertus, 1996.

Sie sollten weiter Informationen enthalten, die die verantwortlichen Sozialen Akteure benötigen, um das vorhandene Angebot zu prüfen. Planungsrelevante Fragen bezogen sich auf Veränderungen der Konzepte, Probleme der Dienste, Vernetzung und Zusammenarbeit mit anderen Diensten, Bedarfslücken, Veränderung der Zielgruppen u.a... Die Fragebögen wurden in den Sprachen Deutsch und Französisch erstellt.

Wir haben von 44 Einrichtungen Angaben über die organisatorischen Arbeitsbedingungen und von den 92 Angeboten aus der Adressliste der Gemeinde haben wir von 57 (63%) vertiefende Angaben zu den Arbeitsbedingungen erhalten.

Unter dem Gesichtspunkt der oben angesprochenen Informationsziele stellt der RESOLUX in seiner derzeitigen Form kein geeignetes Instrument dar, einem Bürger aber auch einem sozialen Akteur angemessene Informationen zu vermitteln. Hier könnte mittels der erhobenen Angaben ein differenziertes Portal entstehen, das diese Lücke schließt. Dies ist auch ein Anliegen der „Assises Sociales d’Esch“.

Die schriftliche Befragung konnte erst im Frühjahr 2002 abgeschlossen werden. Es waren mehrere schriftliche und telefonische Nachfragen erforderlich, um einen angemessenen Rücklauf zu erreichen. Die Gemeinde hat die Erhebung in der Person von Herrn Jost außerordentlich gut unterstützt. Die Rücklaufschwierigkeiten sind aus einer Vielzahl von anderen Untersuchungen im sozialen Sektor bekannt. Es muss berücksichtigt werden, dass solche Umfragen neben der normalen Arbeit leicht untergehen, besonders da viele Dienste sich überlastet fühlen. Hinzu kommt, dass die Dienste einzelfallbezogen arbeiten. Strukturbezogene Tätigkeiten sind den Diensten fremd und es kann die Überzeugung von der Notwendigkeit nicht als selbstverständlich vorausgesetzt werden. In den telefonischen Nachfragen wurde immer wieder der Wille zum Mitmachen betont. Der Rücklauf von 63% ist als sehr gut zu bezeichnen. Der Durchschnitt in Deutschland beträgt 20%-25%. Bei einer 1999 durchgeführten und ähnlich angelegten Untersuchung in Leipzig betrug sie 44%.

Die vorliegende Auswertung stellt die Ergebnisse der besseren Lesbarkeit willen verdichtet dar. Damit erhält man zunächst einmal einen globalen Überblick über die Situation und Probleme der befragten Einrichtungen. Neben dem RESOLUX bilden die Ergebnisse der schriftlichen Erhebung die Datenquellen. Es wird im folgenden unterschieden zwischen Einrichtungen und Angeboten der Einrichtungen. Von 44 Einrichtungen wurden uns 57 Angebote näher beschrieben. Nach einer ersten Durchsicht zeigte sich, dass sich manche Angebote durch interne Differenzierung an mehrere Zielgruppen richten. So fanden sich insgesamt 119 unterscheidbare Angebote (vgl. Tab. 1).

In dieser Auswertung wird nicht auf die Details einzelner Einrichtungen eingegangen. Eine wichtige Aufgabe einer Bestandserhebung ist die anschließende Bestandsbewertung und der Aushandlungsprozeß zwischen den sozialen Akteuren, den Trägern der Einrichtungen und den Finanzgebern. In diesem Aushandlungsprozeß muss letztlich die Veränderung thematisiert werden.

Dies wäre eine Aufgabe für eine zu gründende Arbeitsgruppe. Dieser werden dann die Detailergebnisse zur Verfügung zu stellen sein.

Als weitere Quellen wurden für diese Darstellung Statistiken der Gemeinde und des Familienministeriums herangezogen sowie Informationen aus Nachfragen an Experten des sozialen Sektors Esch.

An der Durchführungen der Erhebungen wurden luxemburgische Studierende beteiligt. Einige haben in diesem Zusammenhang auch ihre Diplomarbeiten beim Autor angefertigt. Sie erhielten durch ihre Mitarbeit eine gute Einsicht nicht nur in die soziale Infrastruktur von Esch, sondern darüber hinaus auch Einblick in die organisatorischen und gesetzlichen Bedingungen der Sozialen Arbeit des Landes.

2.3 Zusammenfassung der Ergebnisse der Bestandsaufnahme

Die Entwicklung der sozialen Angebote ist durch eine große Dynamik gekennzeichnet. Die Darstellung ist eine Momentaufnahme und muß ständig fortgeschrieben werden. Dienste ändern ihre inhaltliche Ausrichtung, konzentrieren sich auf neue oder andere Zielgruppen, neue Angebote entstehen aufgrund von gesetzlichen Änderungen (z.B. die in letzter Zeit entstandenen ambulanten Pflegedienste auf der Basis der Pflegeversicherung). Sicherlich ist die folgende Darstellung nicht vollständig. Von manchen Angeboten haben wir erst nach Fertigstellung des Berichts Kenntnis erhalten. Von anderen wurden die Fragebögen nicht zurückgeschickt. Der Bereich der Jugendarbeit und der Vereine wurde ausgeklammert. Dazu wäre eine eigene Erhebung notwendig, was mit den vorhandenen Mitteln nicht möglich gewesen wäre. Ebenso ist das Gesundheitswesen mit dem Pflegebereich nur am Rande erfasst. Doch wird der Bericht sicherlich eine Übersicht geben können über die Struktur der sozialen Dienste im engeren Sinne.

Die soziale Infrastruktur der Gemeinde Esch ist gekennzeichnet durch eine außerordentliche Breite der sozialen Dienstleistungen. Auf kleinem Raum sind den Bürgern eine Vielzahl von spezialisierten Diensten zugänglich. Wie die Herkunft der Nutzer zeigt, haben die Einrichtungen eine Bedeutung weit über die Gemeindegrenzen hinaus.

Die Betreuung der 0-4-jährigen und die außerschulische Betreuung der 4-12-jährigen ist bereits gut ausgebaut, kann aber den angemeldeten Bedarf noch nicht decken. Die Gemeinde setzt besonders auf den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur für die 4-12-jährigen und hierbei auf eine schulische Ganztagsbetreuung. Sie wird damit einer großen und steigenden Nachfrage gerecht und besitzt damit potentiell auch die Möglichkeit der besonderen (z.B. sprachlichen und schulischen Förderung) der vielen Kinder ausländischer Eltern. Dies ist jedoch eine Frage des pädagogischen Konzepts. Im Ausbau der schulischen Ganztagsbetreuung hat sich die Gemeinde bereits stark engagiert und will weiter expandieren. Es sind hier jedoch konzeptionelle Überlegungen anzustellen. Denn in diesem Bereich gibt es sehr heterogene Angebote wie Tagesmütter, Krippen, Tagesstätten, Precoce, schulische Betreuung mit unterschiedlichstem Stundenbudget. Welche Einrichtung soll in welchem Umfang welche Aufgaben erfüllen?

Aufgrund des außerordentlich großen Ausländeranteils an der Escher Bevölkerung müsste das Angebot noch überprüft werden, inwieweit es den Problemstellungen dieser Bevölkerungsgruppe angemessen ist. Die Ausländer tauchen zwar als Nutzer von Angeboten auf, jedoch sind sie bei vielen Angeboten unterrepräsentiert. Spezialisierte Angebote für diese Zielgruppen sind kaum vorhanden. Zu fragen wäre, ob solche notwendig sind (und in welchem Bereich). Auf die Benachteiligung von ausländischen Kindern hat neuerdings besonders die PISA-Studie hingewiesen.

Die Analyse der Nutzerstruktur zeigt, dass der Armutproblematik größere Aufmerksamkeit zu schenken ist. Besonders die zahlreichen Fälle der Schuldnerberatung können dafür als Frühindikator gewertet werden.

Im Seniorenbereich finden sich strukturelle Defizite beim betreuten Wohnen.

Die Dienste sind eher klein und relativ hochspezialisiert. Daraus erwachsen Vor- aber auch Nachteile. Die hohe Spezialisierung benötigt Transparenz, Informiertheit und eine intensive Zusammenarbeit zwischen den Diensten. Die hohe Spezialisierung ist sicher auch eine Folge der Aufgabenfestschreibung für die ASBL's und ihrer Konvention mit dem Staat. Für die Zusammenarbeit zwischen den Diensten sowie die Abstimmung zwischen Zielgruppen und Aufgabenstellungen müssen noch Konzepte und Strukturen entwickelt werden. Die vorhandenen Ansätze mit der Assises Sociales gehen in diese Richtung. Ein anzudenkender Sozialplaner für die Gemeinde könnte dieses Anliegen forcieren.

Die Dienste arbeiten durchweg noch nach dem Muster der klassischen Einzelfallhilfe. Gemeinwesen-, Stadtteil- oder Quartiersorientierte Arbeitsweisen mit Lebensweltbezug (die Vernetzung von Diensten voraussetzen) finden sich kaum.

Präventiv und konfliktlösende Schulsozialarbeit im Zusammenhang mit schulischen Problemen und Elternhaus findet sich derzeit nicht.

Viele Einrichtungen sind an ihren Kapazitätsgrenzen angelangt. Die Nachfrage übersteigt oftmals besonders die räumlichen und personellen Möglichkeiten.

3 SOZIALE DIENSTE IN ESCH

3.1 Zielgruppen und Problemlagen: Eine Übersicht

Die folgende Tabelle gibt einen quantitativen Grobüberblick über die vorhandenen Hilfeangebote. Sie wurde erstellt auf der Basis der 92 Angebote. Manche der Angebote sind intern nochmals differenziert und richten sich an mehrere Zielgruppen.

SOZIALER DIENST: Zielgruppen und Problemlagen	ANZAHL
Medizinisch-soziale Dienste für Kinder und Jugendliche:	3
Außerfamiliäre Unterbringung von Kindern und Jugendlichen	2
Betreuungsstrukturen für Kleinkinder 0 - 4 Jahre	13
Schülerhilfe, Nachhilfe- und Hausaufgabenhilfe, Schülerbetreuung	8
Dienste für Jugendliche im Übergang Schule- Erwerbsleben	3
Freizeitdienste für Jugendliche:	7
Pflegestellenvermittlung, Unterstützung	2
Hilfen bei Adoption	1
Frauen in Notsituationen:	8
Beruflicher (Wieder-) Einstieg von Frauen:	5
Kinderbetreuung für Eltern und/ oder Frauen in besonderen Problemlagen:	2
Angebote für Familie/ Partnerschaft:	6
Betreuungsangebote für ausländische Kinder: Service de restauration scolaire	2
Unterstützung für Arbeitslose:	11
Unterstützung für Menschen in finanziellen Problemlagen	5
Einrichtungen für Senioren und pflegebedürftige Menschen:	15
Einrichtungen für Behinderte:	17
Einrichtungen für psychisch Kranke:	5
Einrichtungen für suchtabhängige und –gefährdete Menschen:	3
Vernetzung sozialer Akteure	2
Total Angebote	119

Tabelle 2: Soziale Dienste in Esch. (Quelle: RESOLUX und Eigenerhebung, Mehrfachangebote)

Diese erste zusammenfassende Übersicht über die Dienste versucht den sozialen Sektor zu strukturieren. Am Ende des Kapitels folgt eine detaillierte Übersicht. Die Ziffern in Klammern verweisen auf die Codes der Fragebögen. Mittels des Codes ist die Gesamtinformation zuordenbar. Codes in der Form Nr. xx verweisen auf den RESOLUX.

Wie die Tabelle und vor allem die Übersicht zeigt, verfügt die Gemeinde Esch über ein vielfältiges Hilfesystem. Es sind Angebote, die sich auf Betreuung, Beratung, Therapie und Unterstützung beziehen. Die Angebote reagieren auf die wesentlichen Problemlagen der Gesellschaft:

- Unterstützung von Familien bei der Kinderbetreuung
- Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit
- Erzieherische Unterstützung der Familie, Kinder- und Jugendschutzmaßnahmen

- Hilfen in sozialen Notsituationen
- Hilfen in besonderen Problemlagen
- Seniorenbetreuung

Die detaillierte Übersicht zeigt noch deutlicher als die Tabelle die hohe Differenzierung und Spezialisierung der Angebote. Für eine Gemeinde von 28000 Einwohnern ist dies eine außerordentlich hohe Zahl von Hilfeangeboten und weist zunächst einmal auf eine gut ausgebaute Infrastruktur hin⁸. Da wir mit der Befragung nicht alle Einrichtungen erreicht haben, ist die tatsächliche Zahl der Angebote sicher noch höher. Betrachtet man das geographische Einzugsgebiet, so finden die Bürger von Esch die wichtigsten Angebote vor Ort mit außerordentlich kurzen Wegen zu den Institutionen. Aber auch der ganze Süden profitiert davon, wie die spätere Analyse des Einzugsgebietes zeigen wird.

Die Angebotsvielfalt ist zwar ein wichtiger Indikator für die Güte des sozialen Sektors. Er sagt aber alleine noch nichts über den Versorgungsgrad mit sozialen Dienstleistungen aus. Ein weiterer Indikator ist die Zahl der zur Verfügung stehenden Plätze bzw. bei ambulanten Angeboten die Chance, einen Beratungstermin zu bekommen (vgl. Nutzerstruktur). Und schließlich muss noch geprüft werden, ob die unterschiedlichen Zielgruppen auch angemessen bedient werden. Der Ausbau von Infrastruktur folgt ja nicht alleine fachlichen Gesichtspunkten (Orientierung an Bedürfnissen und Problemlagen), sondern ist auch eine Folge von politischen Prioritätenbildungen.

Die Ursache für die hohe Ausdifferenzierung ist sicherlich die Vorrangigkeit von ASBL's als Träger (siehe Trägerübersicht). Diese sorgen dafür, dass für einen bestimmten Bedarf jeweils ein ganz bestimmtes spezialisiertes Angebot entsteht. In Ländern wie Deutschland überwiegen dagegen große Träger, die unter einem Dach eine Vielzahl von Hilfen anbieten. Damit sind die in Esch (und auch in vielen anderen Gemeinden Luxemburgs) vorzufindenden Einrichtungen eher kleine überschaubare Einrichtungen. Dies hat Vor- aber auch Nachteile. Der Vorteil kleiner Einrichtungen ist unter anderem deren geringer Verwaltungsaufwand, ihre kurzen und transparenten Entscheidungswege und große Nähe zum Klienten. Die hohe Spezialisierung steht sicherlich auch im Dienst des Klienten, indem sie eine optimale Hilfe bieten kann. Aber gleichzeitig bedeutet die hohe Spezialisierung aber auch, dass die Problemlage des Klienten eine hohe Übereinstimmung mit dem Angebot haben muss. Ist die Passung nicht gegeben, ist ein Weiterverweis notwendig. Dies setzt eine genaue Kenntnis des Angebots sowohl beim Klienten als auch beim sozialen Akteur voraus. In den Niederlanden war diese Situation ebenfalls bis vor wenigen Jahren vorzufinden. Seit kurzem bemüht man sich staatlicherseits um Verbundsysteme von Trägern um möglichst dem nachfragenden Bürger Irrwege zu ersparen. Eine stärkere Vernetzung der sozialen Akteure innerhalb der Gemeinde Esch könnte die Vorteile kleiner Einrichtungen noch stärker hervorheben. Dies setzt natürlich zunächst Transparenz über die bestehenden Angebote voraus. Diese Bestandsaufnahme kann dazu einen Beitrag leisten.

Die Hilfeangebote sind ungleichmäßig auf die verschiedenen Zielgruppen und ihre Problemlagen verteilt. Vorzugsweise finden sich Angebote für Behinderte (17), Senioren (15), Ar-

⁸ In vergleichbaren Untersuchungen des Verfassers in Deutschland wurde eine derartige Dichte von Angeboten so noch nicht vorgefunden. Dort finden sich (je 1000 Einwohner) weniger Angebote und räumlich nicht so nahe am Bürger.

beitslose (13) und Betreuungsangebote für Kleinkinder (12). Auch für Frauen in unterschiedlichen Problemlagen sind spezifische Angebote zu finden (15). Insgesamt decken die Angebote eine außerordentliche Breite von Bedürfnissen ab.

Ein herausragendes Merkmal der Stadt Esch ist der besonders hohe Ausländeranteil (ca. 45%). Die Stadt Esch ist nicht nur in Luxemburg sondern sogar in Europa die Gemeinde mit dem höchsten Ausländeranteil. Damit hat Esch soziologisch eine einmalige Bevölkerungsstruktur und stellt ein Modell für ein künftiges durchmischtes Europa dar. Es wäre außerordentlich untersuchenswert, wie dieses Nebeneinander und Miteinander von Kulturen funktioniert.

Migranten haben ganz spezifische Problemlagen. Eine notwendige Bedingung der Integration ist die Sprache. Darunter leiden besonders die Kinder. Aus vielen Untersuchungen wissen wir den engen Zusammenhang zwischen Bildung, Einkommen, Arbeitslosigkeit und Armutsrisiko. Migrantenkinder werden im Bildungssystem häufig benachteiligt (vgl. PISA-STUDIE).

Für diesen Personenkreis und ihren Problemlagen sind kaum spezifische Angebote zu verzeichnen. Die vorschulische Einrichtung (Precoce) für 3jährige ist zwar eine solche, jedoch ist sie in Esch nicht vertreten. Ausländer tauchen als Nutzer bei den verschiedenen Angeboten auf. Z.B. widmet sich eine Einrichtung Kindern mit Integrationsschwierigkeiten sowie analphabetischen Kindern. Besonders das letztere Problem muss präventiv sehr frühzeitig angegangen werden. Angesichts des extrem hohen Anteils an ausländischen Mitbürgern, der nach den Bevölkerungsprognosen in Luxemburg noch steigen wird, müsste diesem Problem wohl mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Wenn man bedenkt, dass diese Bevölkerungsgruppe sich verstärkt in Problemlagen (wie Sprach-, Bildungs-, Ausbildungs-, Integrationsprobleme) befindet, ist besonders im präventiven Bereich wie Sprachbildung, schulische Unterstützung (schulisch und außerschulisch) das Angebot zu bedenken.

Hier setzt die Gemeinde Esch auf Ganztagsbetreuung für Schulkinder. Sie unterhält derzeit 2 Service für 164 Kinder (meistens Ausländer), 3 weitere sind für 2002 wegen der großen Nachfrage geplant. Es besteht eine Warteliste von derzeit 185 Kindern, davon meistens Ausländer. Mit den geplanten Diensten will man auf eine Platzkapazität von 500 kommen. Diese Initiative ist ein bedeutsamer Schritt hinsichtlich der Prävention aber auch ein wichtiger Schritt zur Unterstützung der Familien und der Vereinbarkeit von Erziehung und Berufstätigkeit. Warum die Precoce in Esch nicht genutzt wird, wäre zu diskutieren. Diese setzt unter dem Gesichtspunkt der Sprachintegration erheblich früher ein als die schulische Ganztagsbetreuung.

Eine differenziertere Analyse der Angebote für Ausländer wird bei der Untersuchung der Nutzerstruktur vorgenommen. Dort zeigt sich, dass die Nichtluxemburger bei den verschiedenen Angeboten auftauchen, allerdings mit einer breiten Streuung. So sind sie bei der Tagesbetreuung von Kindern (0-4 Jahre) geringer, bei Frauen- und Finanzproblemen stärker gewichtet. Im Senioren- und Behindertenbereich wurden sie von den Einrichtungen kaum genannt.

Für Obdachlose besteht nur ein Angebot in der Stadt Luxemburg. Dieses wird nach Auskunft der Experten von Obdachlosen aus Esch genutzt. Hier wäre der Bedarf zu prüfen. Auf der letzten Veranstaltung der Assises Sociales wurde für Esch eine eigene Anlaufstelle gefordert.

Die Unterstützung der Senioren beruht auf drei Säulen:

- Die häusliche Pflege: Diese wird derzeit im Land Luxemburg im Zuge der Pflegeversicherung von Caritas u.a. massiv ausgebaut
- Das betreute Wohnen: hier kann in den vorliegenden Daten kein Angebot entdeckt werden
- Die stationäre Pflege: hier sind Plätze ausgewiesen.

Das betreute Wohnen wird sicherlich künftig an Bedeutung gewinnen. Es ermöglicht vielen Menschen ein weitgehendes selbständiges Leben und verhindert die vorzeitige Unterbringung in Pflegeheimen. In diesem Bereich ist ein ausgesprochenes Defizit festzustellen. Weiterhin finden sich in den Daten keine Strukturen für vorübergehende stationäre Betreuung (Ferienbetten, Kurzzeitpflege).

Im Zusammenhang mit schulischen Problemstellungen zeigen sich in den Daten auch keine Angebote der Schulsozialarbeit. Zu bedenken ist, dass im Land Luxemburg die Heimunterbringungen wegen Verhaltensstörungen oder Erziehungsdefiziten gestiegen ist. Schulsozialarbeit stellt die enge Verbindung zwischen Schule, Schüler, Elternhaus und Umfeld dar. Lehrer sind für sozialpädagogische Aufgabenstellungen wie Gewaltprävention, Konfliktlösungen im Elternhaus (mit schulischen Problemkomponenten) nicht gerüstet. Schulsozialarbeit reagiert auf sozialpädagogische Probleme innerhalb der Schule.

3.2 Soziale Dienste und ihre Angebote in Esch: Übersicht

1. Einrichtungen für Kinder und Jugendliche:

Medizinisch-soziale Dienste für Kinder und Jugendliche:

- ein Mütterberatungs- und Säuglingsfürsorgedienst (032)
- ein medizinisch-sozialer Schuldienst (031) für Kinder der Vor- oder Grundschulen
- Freierkennung „Hellef fir den Puppelchen“ (037)

Fremdunterbringung von Kindern:

- zwei Kinder- und Jugendheime für Kleinstkinder bis junge Erwachsene (001; Nr. 41)
- ein „Jongenheem“ für Kinder von 4-12 Jahren (Nr. 58)
- ein „Jongenheem“ für Kinder und Jugendliche von 12-18 Jahren (Nr. 58)
- ein Kinder und Jugendheim für Behinderte (Foyer St. Joseph)

Adoption und Pflegestellen

- eine Adoptionsstelle (Nr. 33) für Kinder aus Bulgarien und Litauen
- zwei Kinderpflegedienste (039, 013) (Kinder und Jugendliche).

Betreuungsstrukturen für Kinder:

- sieben Betreuungsangebote halb-, ganztags oder stundenweise (017, 018, Nr. 37; 012, 038, Nr.32), 024.02) ein Betreuungsangebot stundenweise
- ein Kinderpflegedienst (013) vermittelt Tagesmütter.
- ein „Foyer“ für die Escher Schulkinder (Nr. 43) ASBL ohne Betreuungsstruktur
- ein sozial- erzieherischer Dienst (Nr. 96)
- 2 „Service d'accueil“ („Service de restauration scolaire“:) (049)

Schulhilfe, Nachhilfe- und Hausaufgabenhilfe:

elf Angebote für die schulische Orientierung und Nachhilfeunterricht (007, 023.01, Nr. 87, 023.02, 029.01, 017, Nr. 99, Nr.34, Nr.83)

Freizeitdienste für Jugendliche/ Offene Jugendarbeit:

ein Informations-, Beratungsdienst und Treffpunkt für Jugendliche (Nr. 15)

ein Internet-Cafe (024.01): PC- Weiterbildungen, Internet- Zugang und Einführungen für Jugendliche

Ein Schulpsychologischer Dienst (007) organisiert nach-/ ausserschulische Aktivitäten für Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren

Die Schulkommission und der medizinische Schuldienst (031) organisiert auch Ferienkolonien für Kinder

ein Dienst (SPES) bietet Abendkurse an (Afrikanischer Tanz, Schlagzeug,...) (029)

„Foyer de la Femme“ organisiert Ferienkolonien für Kinder (Nr. 39)

„Croix-Rouge“ organisiert Ferienkolonien für Kinder (Nr. 39)

Dienste für Jugendliche im Übergang Schule- Erwerbsleben:

das Nationale Zentrum der beruflichen Weiterbildung (CNFPC): bietet für Jugendliche und Erwachsene Weiterbildung/ Umschulung und Hilfe bei der beruflichen Wiedereingliederung von Jugendlichen (Nr. 25).

Zwei Angebote zur beruflichen Orientierung und Information(009, 007)

ein Internet-Cafe (024.01): PC- Weiterbildungen, Internet- Zugang und Einführungen für Jugendliche

2. Einrichtungen für Frauen/ Familien

Frauen in Notsituationen, mit oder ohne Kinder (psychische, finanzielle oder soziale Schwierigkeiten; Gewaltopfer):

zwei Frauenhäuser (005.01, 014)

005 und 014:auch Nachbetreuung von Familien in Not und Zweit- Phasen- Wohnung;

drei Beratungs- und Informationsdienst für Frauen in Notsituationen (005.02, 020, 021)

Angebote für Familie/ Partnerschaft:

zwei Familienberatungsstellen (021, 020):

sechs Angebote zur Unterstützung von Familien mit Kindern (036; 034/ 035)

ein Beratungsdienst für die soziale und familiale Wirtschaft (Nr. 81)

ein Hilfs- und Unterstützungsdienst für die Eltern verschwundener Kinder (Nr. 68)

Croix-Rouge (Nr.24. Nr.95, Nr.39)

Beruflicher (Wieder-) Einstieg von Frauen (arbeitslose, arbeitssuchende, langzeitarbeitslose Frauen, RMG-Empfängerinnen):

fünf Angebote zum beruflichen (Wieder-) Einstieg für Frauen (010, 047.01, 047.02, 047.03, 047.04):

Kinderbetreuung für Eltern und/ oder Frauen in besonderen Problemlagen:

für Kinder alleinerziehender, berufstätiger und sozial benachteiligter Eltern (018)

für Kinder von ausländischen Frauen oder Frauen mit geringem Einkommen (013)

3. Einrichtungen für Arbeitslose

sieben Angebote zur Arbeitsvermittlung, -beratung , -eingliederung (028, 016, Nr.76, 010.047.009, Nr.82)

Nr. 25 (Nationales Zentrum der beruflichen Weiterbildung) bietet Weiterbildung/ Umschulung und Hilfe bei der beruflichen Wiedereingliederung.

fünf Angebote zur direkten Wiedereingliederung und Weiter-/ Ausbildung von Arbeitslosen (003, 024.03, 024.04, 024.05, Nr.25)

Alphabetisierungskurse für Erwachsene (029)

ein Internet-Cafe (024.01): PC- Weiterbildungen, Internet- Zugang und Einführungen für Arbeitslose

4. Dienste für Menschen in finanziellen Problemlagen

ein Second- Hand- Laden (043)

zwei Schuldnerberatungsstellen (Nr. 81, Nr.95)

ein Sozialdienst/-büro der Stadt Esch (034/ 035)

ein juristischer Beratungsdienst für alle juristischen Fragen (Nr. 79)

5. Einrichtungen für Senioren und pflegebedürftige Menschen:

Kommunikation, Aktivierung

ein Dienst organisiert Freizeitkolonien (034 = 035)

eine Tagesstätte für Demenzkranke (025):

ein Internet-Cafe (024.01): PC- Weiterbildungen, Internet- Zugang und Einführungen Senioren
Amiperas (nr.5), Porte Ouverte Rencontre (Nr.74), Foyer de Jour (Nr. 38)

Unterstützung der Selbständigkeit:

drei ambulante Haushalts- und Pflegedienste (045, 036, Nr. 31)

ein Mahlzeitendienst (033, 045)

ein Angebot „Tele- Alarm“ (035/ 034)

Wohnen

zwei stationäre Alten-/ Pflegeheime (auch temporärer Aufenthalt möglich) (022, 048)

ein kommunaler Wohnungsdienst (Nr. 70)

ein Haus für Witwen, deren Mann bei der ARBED gearbeitet hat (Nr.65)

Sozialdienst „Croix-Rouge“ (Nr.95)

6. Einrichtungen für Behinderte:

Früherkennung/Förderung

ein Früherkennungs- und Beratungsdienst (037) für Kleinstkinder (ab 0 Jahre) und Kinder bis vier Jahre
eine Erziehungsstelle/ Schule für Kinder mit besonderen Problemen (008)

Wohnen:

drei stationäre Wohn- und Übergangswohnheime (temporär) für geistig Behinderte (019.06, 019.07, 019.08)

ein stationäres Wohnheim für geistig Behinderte, Trisomie- Patienten, Autisten und psychisch Kranke (002);

ein stationäres Wohnheim (042)

zwei stationäre Pflege- und Wohnheime für relativ selbständige geistig Behinderte (019.01, 019.02)

ein Wohnheim für Körperbehinderte, die tagsüber eine Beschäftigung nachgehen (Arbeit, Schule, Lehre) (040);

ein stationäres Wohnheim für körperlich Behinderte (Nr. 42)

Arbeit und Beruf/ rehabilitative Massnahmen:

eine Wiedereingliederungsstätte/ Keramikwerkstätte für Autisten (044).

Arbeitsamt: berufliche Wiedereingliederung, Ausbildung und Umschulung für behinderte Personen und Vermittlung von Arbeitsplätzen (016, 016.04))

Freizeitaktivitäten und Erwachsenenbildung für behinderte Menschen:

eine Tagesstätte für schwer- und mehrfachbehinderte Personen mit Therapieangeboten (Ergo-, Kine-, ..) (019.05)

eine Tagesstätte für geistig behinderte Kinder mit Freizeit- und Animationsangeboten (019.03)

eine Freizeit-, Arbeits- und Therapiestruktur für geistig Behinderte (019.04)

punktuellen Angebote und Nachmittagsbeschäftigungen in einem Heim für MS- Betroffene (042)

7. Einrichtungen für psychisch Kranke:

Ambulante und stationäre Dienste

eine psychiatrische Abteilung im städtischen Krankenhaus (Nr.22)

eine „Offene Tür“ für Jugendliche und Erwachsene: Beratung und Information, soziale Begleitung, Psychotherapie, medizinische Behandlung (030.01)

eine Tagesstätte (030.02)

030.02: psychosoziale Rehabilitation, Ergotherapie

Wohnen

ein Wohnheim (hauptsächlich für Behinderte, aber auch psychisch Kranke) (002)

8. Einrichtungen für suchtabhängige und –gefährdete Menschen und Angehörige der Betroffenen

Eine „Offene Tür“: Spritzenaustausch, Kondome, Wäsche waschen , Dusche, Kochgelegenheiten, Getränke, Tageszeitung; medizinische Basisversorgung (004.01)

Beratungs- und Informationsstelle für Betroffene, Eltern, Freunde und Interessierte (004.02)

eine Selbsthilfegruppe von Eltern drogenabhängiger Kinder (015)

10. Einrichtung für die sozialen Akteure:

eine Kooperations- und Organisationsdienst für alle sozialen Akteure/ Dienste in Esch: Organisation der Assisis Sociales, Definierung neuer sozialer Arbeitsbereiche, Begleitung des Sozialberichts (027)

ein Verband der privaten Kinderkrippen (Nr. 6)

11. Betreuungsangebote für ausländische Kinder

„Service d'accueil“/ „Kantins- Servicer“ der Gemeinde Esch (im Gesetz „Service de restauration scolaire“:

3.3 Organisatorische Rahmenbedingungen

3.3.1 Träger, Finanzierung und Alter der Einrichtungen

Träger	Anzahl
Öffentlich- kommunal	12
Öffentlich- staatlich	7
ASBL	30
Privat	3
Stiftung	12
Total	64

Tabelle 3: Träger der sozialen Dienste

Wie die Tabelle zeigt, befinden sich die Hälfte der Einrichtungen in der Trägerschaft einer ASBL. Die kommunalen Einrichtungen sind in der Minderheit. Die Trägerschaft spiegelt auch die Finanzierung wider. Der Staat ist an der Finanzierung am stärksten beteiligt.

Ordnet man die Träger den einzelnen Angebotssegmenten zu, zeigt sich, dass die ASBL's Angebote in allen Problembereichen und für alle Zielgruppen unterhalten, während die Kommune eher bei Betreuungsangeboten für Kinder und Jugendliche sowie bei der Armutsbekämpfung auftritt.

Finanzierungsquellen der Einrichtungen

Finanzierungsanteil	Staatsmittel	Kommunale Mittel	Eigenmittel, Nutzergebühren	EU- Mittel	Andere Finanzierungsquellen
100%	11	5	4		
Über 50%	7	2	1		Pflegeversicherung (2)
Bis zu 50%	7	6	16	1	Pflege- und Krankenversicherung (2)
Sonstige Mischformen	4	3	8		Verkauf; Pflegeversicherung; Rückerstattung der anderen Gemeinden, Staat und andere Institutionen;
Total	29	16	29	1	verschiedene andere Finanzierungsquellen (5)

Tabelle 4: Finanzierung der sozialen Dienste

Wie die Tabelle zeigt, sind die öffentlichen Mittel die Hauptfinanzierungsquelle. Auffällig ist die geringe Nennung von EU-Mitteln. Die Möglichkeiten der direkten EU-Förderung werden von den Einrichtungen wenig wahrgenommen. Dies dürfte vor allem mit dem großen Aufwand zusammenhängen, den die Einwerbung und Verwaltung von EU-Mitteln mit sich bringt.

Die Finanzierung des Dienstes über Nutzergebühren spielt für immerhin 29 Einrichtungen eine Rolle, wenngleich sie nur für 5 überwiegend ist.

Entstehungsalter der Einrichtungen und ihrer Angebote

Seit über 51 Jahren	Seit max. 51 J.	Seit max. 41 J.	Seit max. 31 J.	Seit max. 26 J.	Seit max. 21 J.	Seit max. 16 J.	Seit max. 11 J.	Seit max. 6 J.	Seit 1 J.	Total
2	3	2	2	5	6	7	5	9	2	43

Tabelle 5: Alter der Einrichtungen

Seit über 51 Jahren	Seit max. 51 J.	Seit max. 41 J.	Seit max. 31 J.	Seit max. 26 J.	Seit max. 21 J.	Seit max. 16 J.	Seit max. 11 J.	Seit max. 6 J.	Seit 1 J.	Total
1	4	1	3	5	8	9	5	14	5	55

Tabelle 6: Alter der Angebote der Einrichtungen

Ein Drittel der Einrichtungen (mit verschiedenen Diensten) wurden erst in den letzten 10 Jahren gegründet und nur 5 Einrichtungen sind älter als 50 Jahre. Noch deutlicher wird der Wandel, wenn man die Angebote der Einrichtungen betrachtet. Danach wurden nahezu die Hälfte der Angebote von den Einrichtungen erst in den letzten 10 Jahren geschaffen und nur eine geringe Zahl hat historische Bedeutung. Dies spiegelt die Wandlung der Problemlagen wider und zeigt die Anpassungsfähigkeit des sozialen Sektors.

Bei der Frage nach der Existenzdauer der Einrichtungen kann man gewisse historische Entwicklungen des sozialen Sektors Luxemburgs an den sozialen Diensten von Esch beobachten. Mit den ersten Gesetzen zum sozialen Bereich anfangs des 20. Jahrhunderts wurde in Esch 1912 ein medizinischer Schuldienst gegründet. Bei der zweiten Einrichtung, die 1934 gegründet wurde und noch bis heute besteht, handelt es sich um das Kinder- und Jugendheim. Die Fremdplatzierung von Kindern und Jugendlichen in Heimen hat eine sehr lange Tradition, was sich an dieser Stelle am Beispiel Esch zeigt. Das „Office Social“, dessen Vorgänger die Wohlfahrtsbüros Mitte des 19. Jahrhunderts waren, wurde 1956 gegründet und zählt somit auch zu den ältesten Institutionen von Esch. Esch ist eine von nur vier Gemeinden (von insgesamt 118 Gemeinden) des Landes, das über ein solches Sozialbüro verfügt.

Ab Mitte der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts wurde der soziale Bereich ausgeweitet und erlebte vor allem in den 80ern und 90ern seine Höchstphase. Diese Entwicklung könnte sehr gut mit der Tatsache zusammenhängen, dass bis Ende der 60er vor allem kirchliche, weltliche und industrielle Träger dominierten, bis 1975 das Gesetz zur Regelung von Konventionen mit dem Staat verabschiedet wurde. So konnten die sozialen Dienste ab diesem Zeitpunkt relativ eigenständig und innovativ arbeiten und ihre Existenz war finanziell durch den Staat mitgesi-

chert. Die finanzielle Lage könnte ein wesentliches Hemmnis für Einrichtungen im sozialen Bereich gewesen sein, sich zu institutionalisieren und weiter bestehen zu können.

Der Gründungs-Boom in den 90ern könnte weiterhin auf das Gesetzesprojekt von 1996 und das zwei Jahre später verabschiedete Gesetz zurückzuführen sein, das die Beziehung zwischen Staat und dem sozialen, familialen sowie dem therapeutischen Bereich genau regelt. Diese Entwicklungen ziehen sich durch die verschiedenen sozialen Tätigkeitsbereiche durch, z.B. Einrichtungen für Kinder, Behinderte oder alte Menschen.

Der medizinische Sektor und der Wohlfahrtsbereich hat aber aufgrund der Eisenerzindustrie eine längere Tradition. Diese Beobachtung trifft jedoch allgemein auf die Entwicklungsgeschichte der sozialen Einrichtungen zu (z.B. Armenhäuser, Kinderheime, kommunale Gesundheits- und Präventionszentren,..)

Einrichtungen für Frauen und familienstützende Angebote zählen eher zu den jüngeren Einrichtungen. Ebenso wurde der Bereich der Behinderten- und der Suchthilfe eher später ausgebaut. Die ältesten Einrichtungen finden sich in familienersetzenden Angeboten für Kinder und im Pflegebereich.

Es wurde auch danach gefragt, inwieweit das Angebot für die Zukunft befristet ist. Die überwiegende Mehrheit ist unbefristet. Nur für 9 Dienste ist eine Befristung gegeben. Damit handelt es sich um ein außerordentlich stabiles Angebot mit hoher Bestandssicherung.⁹

3.3.2 Raum- und Sachausstattung

Räumliche Situation

RAUMSITUATION	ANZAHL EINRICHTUNGEN
Nicht ausreichend	17
Ausreichend	20
Gerade ausreichend	4
Keine Angaben	3
Total:	44

Tabelle 7: Raumsituation

Für einen erheblichen Teil ist die räumliche Situation nicht oder nicht mehr ausreichend. Wie aus den gewünschten räumlichen Veränderungen herauszulesen ist, wird die Gemeinde Esch teils direkt angesprochen, in diesem Problembereich zu intervenieren. Aus der Sicht der Einrichtungen besteht ein dringender Handlungsbedarf. Sicherlich fällt der Gemeinde in diesem Aspekt eine wichtige Funktion zu, jedoch wird es sich als schwierig gestalten, auf jede Forderung eingehen zu können und sie erfüllen zu können. In manchen Fällen lassen sich jedoch

⁹ In Deutschland dagegen leiden viele Angebote unter einer geringen Bestandssicherung

Alternativen finden, z.B. wenn eine Einrichtung Räumlichkeiten zur gelegentlichen Nutzung benötigt. Diese könnten dann nämlich von anderen Institutionen mitgenutzt werden. Denkbar wäre in diesem Fall auch eine bessere Kooperation und Absprache zwischen den einzelnen Diensten, um schon bestehende Räumlichkeiten miteinander zu teilen.

Bei der Mehrzahl der Wünsche hinsichtlich der räumlichen Situation handelt es sich jedoch um neu zu schaffende Räumlichkeiten, die natürlich ein größeres Problem darstellen. Um so wichtiger ist es, hier eine Lösung zu finden, weil es nicht selten an der räumlichen Knappheit scheitert, dass neue Nutzer angenommen werden können oder zusätzliches Personal eingestellt werden kann.

Selbst bei den vier Anmerkungen unter „Gerade ausreichend“ handelt es sich vorwiegend um Einrichtungen, deren räumliche Situation noch so gerade ausreichend für den derzeitigen Nutzerumfang ist. Bei verstärkter Nutzung würden die Einrichtungen jedoch aus allen Nähten platzen.

Materielle Situation

MATERIELLE AUSSTATTUNG	ANZAHL EINRICHTUNGEN
Nicht Ausreichend	7
Ausreichend	27
Sonstiges	6
Keine Angaben	4
Total	44

Tabelle 8: Sachausstattung

Die materielle Sachausstattung wird weniger gravierend gesehen als die räumliche. Nur für 7 Einrichtungen erscheint sie nicht ausreichend. Zur Behebung wird von den Einrichtungen wiederum die Gemeinde angesprochen (z.B. in Bezug auf zu hohe Elektrizitätskosten und zu teure Gemeindedienste). Auch hier wird im einzelnen zu prüfen sein, wer Adressat der Forderung ist. Doch muss berücksichtigt werden, dass die Qualität der Dienste im Zusammenhang mit den räumlichen, sächlichen und personellen Mitteln steht.

Inwieweit die Zuständigkeiten zur Behebung dieser Mängel nun auf die lokale oder nationale Ebene fällt, wäre noch zu klären. Es sollte jedoch darauf geachtet werden, dass die Zuständigkeit nicht von einer auf die andere Seite geschoben wird und sich schlussendlich keiner zur Lösung dieser Problemlagen bereit erklärt.

Bei einigen anstehenden Aktivitäten wie beispielsweise Sanierung, Modernisierung wäre es vorstellbar, dass sie durch Projektbeteiligte von beruflichen (Wieder-) Eingliederungsmaßnahmen verrichtet werden könnten, vornehmlich durch lokale Projekte und Maßnahmen, um so „zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen“.

Eine weitere Möglichkeit wäre die Selbstinitiative der Einrichtung. Beispielsweise könnte eine Kompromisslösung mit der Gemeinde ausgehandelt werden: die Gemeinde stellt die finanziellen und materiellen Mittel, während die Einrichtung eine Gruppe von Personen mobili-

siert, z.B. Nutzer der Einrichtung, Bekannte, Mitglieder gemeinnütziger Vereine oder Organisationen, welche die Arbeiten ausführen.

Für die Behandlung dieses Themas gilt die bei der Raumsituation angeregte Vorgehensweise.

3.3.3 Personelle Situation

Personalstruktur

STELLENART	ANZAHL	ANTEIL %
Hauptamtliche	382	83,8 %
Nebenamtliche	47	10,3 %
Ehrenamtliche	27	5,9 %
Total	456	100,0%

Tabelle 9: Stellenstruktur

ZEITLICHER UMFANG	ANZAHL	ANTEIL %
Volle Stellen	235	51,0 %
Teilzeit-Stellen	127	27,7 %
Stundenweise	98	21,3 %
Total	460	100,0%

Tabelle 10: Stellenumfang

QUALIFIKATION	ANZAHL	ANTEIL %
SSA: Sekundarschulabschluss	79	24,0 %
SSA +3: Sekundarschulabschluss + 3 Jahre	67	20,0 %
UA: Universitätsabschluss (= SSA +4)	79	24,0 %
oFA: ohne Fachausbildung	105	31,9%
Total	330	100,0%

Tabelle 11: Qualifikation

Überblick Personalstruktur und -qualifikation nach Arbeitsfeldern

ARBEITSFELD	HAUPT AMT	NE- BEN- AMT	EH- REN- AMT	VOLL- ZEIT	TEIL- ZEIT	HON- O- RAR	SSA	SSA +3	UA	oFA
Kinder/Jugendlich	81	13	0	50	31	17	43	24	18	28
Frauen	31	20	4	8	19	28	2	10	26	0
Finanzielle Probleme.	17	0	0	11	5	1	3	1	5	0
Arbeitslosigkeit	56	0	7	55	6	2	7	2	1	11
Senioren	128	12	5	79	30	36	16	6	15	58
Behinderte	46	2	4	23	25	4	4	17	2	1
Psychische Krankheit	13	0	0	7	5	1	2	5	6	0
Suchtabhängigkeit	10	0	7	2	6	9	2	2	6	7
Total	382	47	27	235	127	98	79	67	79	105

Tabelle 12: Personalstruktur nach Arbeitsfeldern

Die personelle Struktur ist durch ein deutliches Übergewicht der Hauptamtlichen in Vollzeitstellen gekennzeichnet. Die Zahl der Nebenamtlichen und Ehrenamtlichen ist gering. Bei der Qualifikation überwiegen mittlere bis höhere Abschlüsse. In der Personalstruktur ist die in der Sozialarbeit in den letzten Jahrzehnten eingetretene Professionalisierung¹⁰ deutlich zu sehen. Andererseits werden von verschiedenen Einrichtungen, wie aus den offenen Antworten zu entnehmen ist, mehr Ehrenamtliche und auch mehr Honorarkräfte auf Stundenbasis gewünscht. Historisch betrachtet, ist das Ehrenamt ein herausragendes Merkmal der Sozialen Arbeit. Die Förderung des Ehrenamts ist sicherlich ein grundsätzliches Anliegen einer Gemeinde. Das Vereinsleben wäre ohne das Ehrenamt nicht denkbar. Aber auch in sozialen Einrichtungen (z.B. der Altenpflege) kann es durchaus sinnvoll neben den Professionellen bestehen.

21 der 57 Angebote wünschen sich personelle Veränderungen. Einerseits wird mehr Personal gefordert um die Nachfrage zu erfüllen. Andererseits wird zusätzliches Personal für eine Kompetenzerweiterung gefordert. Da solche Forderungen langfristige finanzielle Auswirkungen haben, ist eine Umsetzung naturgemäß schwierig. Doch zeigt sich der Wille, aus einer Sozialberichterstattung auch Konsequenzen zu ziehen, besonders darin solche heiklen Themen aufzugreifen.

3.4 Konzeptionelle Merkmale

3.4.1 Methodischer Arbeitsansatz

Ein Konzeptionsmerkmal der Arbeit ist sowohl die Frage nach der Betreuungsform (stationär, teilstationär oder ambulant) als auch nach der methodischen Grundausrichtung wie einfall-, gruppen-, familien- oder gemeinwesenbezogen.

¹⁰ Schenk, Manfred (Hg.): Sozialarbeit zwischen Berufung und Beruf. Professionalisierungs- u. Verwissenschaftlichungsprobleme der Sozialarbeit/Sozialpädagogik. Münster/Hamburg: Lit-Verlag 2.Auflage 1995 (mit Hans Pfaffenberger)

AUSRICHTUNG	ANZAHL	ANTEIL %
Einzelfallarbeit	48	50,5%
Familienarbeit	8	8,2%
Gruppenarbeit	35	34,7%
Gemeinwesenarbeit	6	6,2%
	97	100,0%

Tabelle 13: Methodische Grundausrichtung

Wie die Tabelle zeigt, überwiegen bei den Angeboten die traditionellen Arbeitsformen Einzelfall- und Gruppenarbeit. Familienorientierte Arbeitsweisen sind noch spärlich. Doch gibt es seitens der Träger und Mitarbeiter Interesse, wie ein kürzlich abgeschlossenes EU-Projekt des Caritasverbandes Luxemburg zeigt¹¹. Gemeinwesenorientierte Arbeit ist bei den befragten Diensten noch selten. Solche wären aber besonders gut in der Lage, sozialraumbezogene, problemübergreifende und vernetzungsfördernde Arbeit zu leisten. Gemeinwesenorientierte Arbeit ist eng verbunden mit bürgeraktivierender Arbeit. Solche Ansätze können besonders in Bürgerhäusern, Gesundheitshäusern oder Stadtteilzentren umgesetzt werden. In Esch finden sich solche Strukturen noch nicht.

Betreuungsform

Vorwiegende Betreuungsform der Dienste im Segment Beratung, Hilfe, Betreuung, Versorgung (nicht Freizeit und Bildung)

AUSRICHTUNG	ANZAHL	ANTEIL %
Stationär	19	18,1 %
Teilstationär/ Tagesangebot	30	28,6 %
Ambulant	56	53,3 %
Total	105	100,0 %

Tabelle 14: Betreuungsform

Da es sich bei den Diensten vorwiegend um Beratungsdienste handelt, überwiegt deutlich das ambulante Angebot. Es findet sich aber auch ein beachtlicher Anteil an stationären Einrichtungen in Esch. Gerade diese machen die Mittelpunktfunktion einer Stadt für eine Region deutlich. In den Tagesangeboten sind die Kinderbetreuungseinrichtungen (außer Kindergärten) enthalten. Eine nach Arbeitsfeldern aufgeschlüsselte Übersicht gibt die folgende Tabelle.

¹¹ Schenk, M. und Brandhorst, K. (Hg.): Familienstabilisierung und Fremdunterbringung: Konzepte in Frankreich, Deutschland und Luxemburg. FOREG-Schriftenreihe, Bd.2, Trier 2001

Übersicht nach Arbeitsfeldern

	Kinder/ Jugendl.	Frauen/ Familie	Finanz. Probleme	Arbeits- lose	Senioren	Beh.	Psych. Kranke	Sucht.	Total
Stationär	3	3	0		2	9	2	0	19
Teilstat./ Tages- angebot	16	0	0	5	1	6	2	0	30
ambulant	14	18	5	4	9	2	1	3	56
Total	33	21	5	9	12	17	5	3	105

Tabelle 15: Betreuungsform nach Arbeitsfeldern

Die stationären Einrichtungen finden sich hauptsächlich im Behindertenbereich. Teilstationäre bzw. Tageseinrichtungen finden sich ebenso gehäuft im Behindertenbereich. Natürlich stellen sie bei den Kindern die Hauptgruppe dar wegen der Betreuungseinrichtungen. Diese werden noch gesondert betrachtet. Für die ambulanten Maßnahmen (Beratung, Therapie, Unterstützung) sind Familien, Frauen, Kinder und Jugendliche die Hauptzielgruppe. Zu beachten ist, dass sich die Angaben auf Dienste und nicht auf Plätze beziehen.

3.4.2 Bedarfslücken und geplante Veränderungen

Bedarfslücken

Nicht abgedeckt werden können	Nicht abdecken wollen	Nicht abdecken dürfen	Keine Bedarfslücken erkannt/ keine Angaben
29	10	8	10

Tabelle 16: Bedarfslücken

Eine Mehrheit der Einrichtungen sieht einen Bedarf, der von der eigenen Einrichtung mit den vorhandenen Mitteln nicht abgedeckt werden kann (z.B. bestehen Wartelisten, personelle oder räumliche Engpässe). Daneben gibt es aber auch Einrichtungen, die einen Bedarf sehen, ihn aber selbst aus konzeptionellen Gründen nicht abdecken wollen. Dafür wäre also ein anderer Dienst zuständig (vgl. die eingangs erwähnte Diskussion in Deutschland um die "Hilfe aus einer Hand"). Einige sehen einen Bedarf, den sie gerne erfüllen möchten, jedoch gesetzliche Vorgaben oder die Konvention verhindert dies.

Die Feststellung eines Bedarfs ist in der Sozialplanung ein außerordentlich schwieriges Unterfangen. Natürlich führt nicht jeder geäußerte Wunsch zu einer Bedarfsfeststellung. Diese ist letztlich eine politische Entscheidung und damit von politischen Prioritäten, von finanziellen Mitteln aber auch von gesetzlichen Rahmenvorgaben abhängig.

Wie schon an anderer Stelle vorgeschlagen, müsste sich eine Arbeitsgruppe mit den geäußerten Wünschen und Problemfeststellungen beschäftigen und insbesondere prüfen, für welche Fragen die Gemeinde zuständig ist. Am Ende müssen daraus entweder Vorlagen für die politischen und administrativen Gremien der Gemeinde entstehen. Wo die Gemeinde nicht zuständig ist, kann sie aber trotzdem ein Interesse an der Verbesserung der Angebote haben und die Einrichtungen unterstützen bei den entsprechenden Ministerien. Denn wie die Finanzierung zeigt, wird der größte Teil zwar vom Staat getragen. Die Gemeinde jedoch muss ein Interesse an einer Optimierung für ihre Bürger haben.

Geplante konzeptionelle Veränderungen

Keine Veränderungen geplant	Konkret geplante Veränderungen	Keine Veränderungen gewünscht	Gewünschte Veränderungen	Keine Angaben
37	8	8	3	2

Tabelle 17: Konzeptänderungen bei den Einrichtungen

Wie die Übersicht zeigt, wollen zwar die meisten Einrichtungen ihr Grundkonzept beibehalten, jedoch sind bei 11 Einrichtungen Konzeptänderungen bereits in der Planung oder angedacht. Betrachtet man die einzelnen Angebote der Einrichtungen, so wollen 19 von 58 hier Veränderungen vornehmen.

Eine detaillierte Übersicht enthält die folgende Auflistung:

Art der geplanten Veränderungen:

Ein Kinderpflegedienst (039):

- wegen Mangel an Pflegefamilien erscheint eine Umorientierung und Öffnung notwendig, d.h. die klassische Familienvermittlung durch neue und alternative Projekte ergänzen.

Ein Schulpsychologischer Dienst (023):

- weniger Eingriffe auf individueller Basis
- mehr Arbeit im Bereich der Schuleinrichtungen (Prävention des schulischen Misserfolgs, Weiterbildung der Lehrkräfte) und Arbeit mit den Eltern.

Education Precoce (008):

- bessere Zusammenarbeit mit dem primären Schulbereich.

Jugend- und Drogenberatung (004):

- Dezentralisierung: die Angebote der Stadt Luxemburg auch im Süden z.B. Substitution, medizinische Versorgung, Wohnprojekte.

Ein Dienst zur Unterstützung Jugendlicher im Übergang Schule- Erwerbsleben (009):

- künftige Zielgruppen geplant, abhängig von der Entwicklung der Situation (Jugendliche, die die Vorbereitungsklassen des EST (Technischer Sekundarunterricht) ohne Qualifikation verlassen; Jugendliche im Übergang Schule- Erwerbsleben, arbeitlose Jugendliche).

Zwei Dienste zur beruflichen (Wieder-) Eingliederung von Frauen (010; 047):

- mehr Seminare, Weiterbildung.
- Verbesserung von Werbung und Öffentlichkeitsarbeit auf der Grundlage einer PR-Konzeption, Fortschreibung (?) - Qualitätsmanagement, Methodische Weiterentwicklung von Tools zur Flexibilisierung und Individualisierung des Lernens (?), Entwicklung eines Kompetenzpasses für Berufswegplanung.

Ein Dienst zur Integration von Langzeitarbeitslosen (008):

- Ausbau der Hilfeleistungen.

Behinderte

- 037: Babys und Kleinkinder von 0- 4 Jahren mit einer Entwicklungsverzögerung oder einer Behinderung oder einem orthopädischen Problem und sogenannte „Risikogeborene“. Künftig: Die Zielgruppe bleibt die gleiche, die Verlagerung innerhalb der Zielgruppe ändert periodisch von mehr Behinderten zu mehr entwicklungsverzögerten oder mehr orthopädischen Problemen bzw. die Ursache der Entwicklungsauffälligkeiten ändert (in den letzten Jahren öfter auch Kinder von drogenabhängigen Müttern).

Art der gewünschten Veränderungen:

Der Früherkennungs- und Beratungsdienst (037):

- Suche nach einer Möglichkeit psychomotorische Gruppen auf einem Airtramp anbieten zu können. In Betzdorf wurden gute Erfahrungen gemacht, deshalb wird auch für den Süden eine ähnliche Möglichkeit gesucht.

Ein Dienst zur beruflichen (Wieder-) Eingliederung von Frauen (047):

- Transnationales Projekt- Kompetenzpass.

Ein Kinder und Jugendheim

- evtl. eine neue Gruppe für minderjährige Mütter mit ihren Kindern

Familienberatung:

- 021: Jugendliche, Frauen, Paar- und Familientherapie, Homosexuelle in Therapie
künftig: Jugendliche (Sexualerziehung in den Schulen)

eine Kinderbetreuungseinrichtung

- 013: eine Weiterbildung und ein Statut für die KinderhelferInnen garantieren.

Eine Schülerhilfe

- 023.02: Wir möchten mehr pädagogische Hilfsgeräte während der Nachhilfestunden benutzen können.

Da gerade konzeptionelle Veränderungen langfristig wirken, ist eine Abstimmung (wer macht was für welche Zielgruppe) notwendig. Jedoch ist dabei die Autonomie der Träger und Einrichtungen zu berücksichtigen. Die „Assises Sociales d’Esch“ scheint hierfür möglicherweise ein Forum zu sein.

3.4.3 Einschränkungen bei der Nutzung der Angebote

Von den 57 Angeboten der 44 Einrichtungen, die wir näher untersucht haben, klagen 25 über Wartelisten. Für 25 Einrichtungen liegen im Agreement mit dem Staat oder wegen konzeptioneller Spezialisierung und enger Zielgruppenorientierung Einschränkungen für die Angebotsnutzung vor. Das bedeutet, sie müssen Anfragen entsprechend ablehnen. Darauf wurde schon oben aufmerksam gemacht. Ist eine Vernetzung gegeben, so kann trotz der Einschränkung eine angemessene Hilfe gefunden werden.

Einschränkung bei der Angebotsnutzung

	Zugangsbarrieren Ja	Zugangsbarrieren Nein	Warteliste	Keine Angaben
von 57 Diensten	25	22	25	1

Tabelle 18: Nutzungseinschränkung

Eignung für Behinderte und Rollstuhlfahrer

	Ja	Nein	Mit Einschränkungen	Keine Angaben
Von 57 Diensten	20	14	22	3

Tabelle 19: Eignung für Behinderte

Öffentliche Einrichtungen haben eine besondere Verpflichtung, auf die Bedürfnisse von Behinderten, besonders Rollstuhlfahrern einzugehen. Sie müssen in diesem Zusammenhang eine gesellschaftliche Vorreiterstellung einnehmen. Nur bei 20 von 57 untersuchten Angeboten war keine Einschränkung festgestellt. Darauf müsste bewusster geachtet werden.

Denkt man über Nutzungseinschränkungen nach, so spielen auch die Öffnungszeiten eine Rolle. In der weit überwiegenden Mehrzahl der Angebote der Einrichtungen richten sich die Öffnungszeiten nach den bisher üblichen Bürozeiten. Ausnahmen sind eher selten. In der öffentlichen Verwaltung wird zunehmend über eine stärkere Kundenorientierung (der Bürger ist Kunde, die Verwaltung ein Dienstleister) nachgedacht. Diese Bestrebungen sind auch in Esch (Bürgeramt etc.) im Gange. Analog dazu versteht sich soziale Arbeit ebenfalls zunehmend mehr als Soziale Dienstleistung. Über das Aufgreifen dieser Diskussion könnte nachgedacht werden.

3.4.4 Zusammenarbeit von Diensten und Vernetzung

Schon bei der Darstellung der Bandbreite der Angebote wurde darauf aufmerksam gemacht, dass bei einer hohen Spezialisierung die Zusammenarbeit zwischen den Diensten eine wichtige Randbedingung ist.

Zusammenarbeit lässt sich unterscheiden in

- eine fallbezogene Zusammenarbeit,
- eine arbeitsfeldbezogene Zusammenarbeit,
- eine arbeitsfeldübergreifende Zusammenarbeit.

Sehr gut	Gut	Befriedigend	Ausreichend	Nicht ausreichend
71 (45,0%)	57 (36,1%)	16 (10,1%)	8 (5,0%)	6 (3,8%)

Tabelle 20: Bewertung fallbezogener Zusammenarbeit (Mehrfachnennungen, n=158)

Die fallbezogene Zusammenarbeit haben wir von den einzelnen Diensten beurteilen lassen. Es wurde danach gefragt, mit welchem Dienst eine Zusammenarbeit nötig ist und wie diese einzuschätzen ist. Wie die Tabelle zeigt, wurden von den 158 Nennungen ca. 80% sehr gut bis gut bezeichnet. In ca. 20% wären jedoch noch Verbesserungen zu erzielen.

Neben einer fallbezogenen Zusammenarbeit zwischen Diensten ist aber eine strukturbezogene Zusammenarbeit notwendig. Dazu haben sich in Esch bereits mit der Assisis Sociales und Assisis Scolaires gute Ansätze gebildet. Diese gilt es zu stärken und sie könnten aus der Sozialberichterstattung heraus erkennbare Abstimmungen vornehmen.

Auf einer mittleren Ebene, der Zusammenarbeit zwischen Diensten mit ähnlicher Aufgabenstellung, haben wir nur den "Verband der privaten Kinderkrippen" gefunden. Durch die Arbeitsgruppen der Assisis Sociales könnte so eine Zusammenarbeit entstehen. Eine arbeitsfeld-

bezogene Zusammenarbeit könnte Abstimmungen für geplante Veränderungen erleichtern, Fortbildung organisieren und arbeitsfeldspezifische Forderungen formulieren und vertreten. Je kleiner Einrichtungen sind, desto wichtiger werden solche Kooperationen.

3.5 Nutzer der Angebote

3.5.1 Platz- und Fallzahlen

Bei den Diensten muss unterschieden werden in Plätze (bei stationären und teilstationären Angeboten) und Fällen (bei ambulanten Angeboten)

DIENSTE	PLÄTZE STATIONÄR	TEIL- STATIONÄR	KONTAKTE/FÄLLE PRO JAHR
Pflegefamilien	38		
Heim Kinder/Jugendliche	56		
Frauenhaus	12		
Kinder im Frauenhaus	8		
Ambulante Angebote für Frauen			464
Ambulante Angebote Kin- der/Jugendliche			1021
Unterstützung bei finanz. Proble- men			5151
Behindertenwohnheime	175		
Früherkennung/Förderung			320
Tagesangebote für Behinderte		184	
Senioren: ambulante Dienste			1451
Senioren: teilstatio- när/Tagesgruppe		14	
Senioren: stationär	275		
Psych. Kranke: ambulante Dienste			381
Psych. Kranke: stationär	60		
Drogenberatung			1414
Eltern-Selbsthilfegruppe			45
	624	188	10247 Fälle/Kontakte

Tabelle 21: Platz- und Fallzahlen der sozialen Dienste

Die Übersicht enthält die Zahlen für die sozialen Hilfsdienste (ohne Arbeitsamt). Die Betreuungsangebote für Kinder werden gesondert betrachtet. Es ist zu beachten, dass die tatsächlichen Zahlen noch höher liegen, da wir nicht von allen Einrichtungen die Fallzahlen bekommen haben. Bei den ambulanten Diensten überwiegen deutlich die Beratungs- und Unterstützungsangebote bei finanziellen Problemen (Schuldnerberatung, Second-Handladen, Fälle beim Sozialbüro der Gemeinde). Wenn die Fallzahlen etwas über die Gewichtung der verschiedenen Problemstellungen aussagen, dann steht die Armutproblematik deutlich im Vor-

dergrund. Die Fälle der Schuldnerberatung sind hierfür ein Frühindikator¹². Daher wäre eine nähere Beschäftigung mit dieser Problematik angezeigt. Aber auch die Drogenproblematik tritt deutlich hervor. In den Fällen der Seniorenangebote spiegelt sich der zunehmende Bedarf einer älter werdenden Gesellschaft wieder.

Wie schon bei der Gesamtdarstellung der Angebote bemerkt wurde, zeigen die Platz- und Fallzahlen deutlicher die Problemstellungen aber auch die Prioritätenbildungen. Es wäre aber falsch anzunehmen, das Fehlen eines Angebots für eine bestimmte Zielgruppe würde auch das Nichtvorhandensein einer Problemstellung implizieren. Weiterhin kann von kleinen Fallzahlen nicht auf kleine und von großen Fallzahlen nicht auf große Probleme geschlossen werden. Für einen Zusammenhang besteht zwar eine gewisse Plausibilität. Doch muss auch beachtet werden, dass sich in den Angeboten und deren Ausbau nicht nur die Nachfrage spiegelt, sondern auch die politische Gewichtung einer Nachfrage oder einer Problemstellung sowie die vorherrschende Erkenntnis über die Bedürfnisse und Probleme der Bürger. Hier machen sich die Grenzen der gewählten Vorgehensweise (Orientierung am vorhandenen Bestand) bemerkbar. Bei der Bewertung der Ist-Situation und der Diskussion der Soll-Situation muss diese Überlegung Berücksichtigung finden.

3.5.2 Nationalität

Aufgrund der besonderen Bevölkerungsstruktur mit 45% Ausländeranteil kommt der Nationalitätenfrage der Nutzer eine besondere Bedeutung zu.

EINRICHTUNG	LUXEMBURGER %	AUSLÄNDER %
Senioren Wohn- u. Pflegeheime	94	6
Behinderteneinrichtungen	90	10
Internetcafe	85	15
Senioren Tagesangebote	85	15
Ambulante Haushaltshilfe	81	19
Wiedereingliederung von Arbeitslosen	80	20
Berufl. Wiedereinstieg für Frauen	75	25
Tagesbetreuung 0-4 Jahre	73	27
Angebote für psychisch Kranke	73	27
Schulische Hilfen	72	28
Heim (stationär)	70	30
Drogenhilfe	65	35
Tagesbetreuung 6-12 Jahre	55	45
Frauenhäuser	50	50
Beratung für Frauen	49	51
Unterstützung bei Finanzproblemen	48	52
Medizinisch-soziale Dienste u.a.	20	80

Tabelle 22: Nationalität der Nutzer (Schätzangaben)

¹² Auf diese Problematik wurde auch schon in der landesweiten Analyse des Verfassers hingewiesen (Kinder und Jugendliche im Großherzogtum Luxemburg. Luxembourg 1997)

Ausländer sind gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil als Nutzer der sozialen Dienste unterrepräsentiert. Bei zwei Problembereichen tauchen Ausländer jedoch überproportional stark auf. So sind sie verstärkt im Zusammenhang mit der Armutproblematik (überschuldeter Haushalt) vertreten und sie fragen besonders medizinisch-soziale Dienste für Kleinkinder nach. Stärker vertreten sind sie auch bei der Tagesbetreuung der Schulkinder.

Von Ausländern wird besonders die schulische Ganztagesbetreuung („Service d'accueil“/ „Kantins- Servicer“ , „Service de restauration scolaire“) angenommen. Vor allem portugiesische Mitbürger stehen auf Wartelisten. Dies könnte damit zusammenhängen, das es im Vergleich zu anderen Betreuungsmöglichkeiten ein sehr günstiges Angebot ist. Dagegen besteht weniger Nachfrage bei den Luxemburgern.

Bedenklich in diesem Zusammenhang ist, warum sie in so geringem Umfang bei den beruflichen Wiedereingliederungshilfen auftauchen, da darin ja präventive Arbeit geleistet wird. Ebenso gering sind sie bei der Tagesbetreuung der Kleinkinder (0-4 Jahre) und bei den schulischen Hilfen (z.B. Nachhilfe) vertreten. Möglicherweise sind hier Ansatzpunkte für eine gezieltere Ansprache der Betroffenen. Die Initiative der Stadt Esch zum Ausbau der Ganztagesbetreuung durch die Schule zielt in die richtige Richtung. Jedoch soll angemerkt werden, dass die Betreuung zwar eine notwendige aber keine hinreichende Bedingung für die Problembewältigung darstellt. Gerade im Licht der PISA-Studie und bei der besonderen Integrationsproblematik der Ausländer ist das pädagogische Konzept von besonderer Bedeutung.

3.5.3 Einzugsgebiet

Wie die Tabelle zeigt, ist bei 43 Diensten, von denen wir zu dieser Frage Antworten bekommen haben, zur Hälfte das Einzugsgebiet über die Gemeinde Esch hinausgehend. Bei diesen Einrichtungen sind mehr als ein Drittel der Nutzer aus anderen Gemeinden. Das zeigt die wichtige infrastrukturelle Bedeutung der Gemeinde für den Süden.

ANGEBOTSBEREICH	ANZAHL TOTAL	>33% der Nutzer nicht aus ESCH
Angebote für Kinder und Jugendliche	13	3
Angebote für Frauen (und Familie)	10	8
Angebote für Arbeitslose/RMG	10	4
Angebote für alte Menschen	6	2
Angebote für psychisch Kranke	2	2
Angebote für Suchtgefährdete	3	2
TOTAL	44	21

Tabelle 23: Herkunft der Nutzer der Einrichtungen

Damit stellt Esch für den ganzen Süden ein dichtes Netz sozialer Dienste bereit, das aufgrund der kurzen Entfernungen für die Bürger gut erreichbar ist. Grundsätzlich besteht in der Sozialplanungsliteratur die Auffassung, dass die Dienste möglichst nahe beim Bürger sein sollen. Dies gilt aber in einem besonderen Maße für große Länder wie Frankreich und Deutschland. Für Luxemburg würde eine weitere geographische Differenzierung keinen Sinn machen und zur weiteren Zersplitterung beitragen, da die bestehenden Dienste jetzt schon sehr klein sind.

Die Bürger von Esch und Umgebung finden in Esch an einem Ort viele sie betreffenden Dienste. Allenfalls ist die zentrale Infrastrukturfunktion von Esch ein Finanzierungsproblem bei den kommunalen Einrichtungen, da hier die Stadt Infrastruktur für andere Gemeinden vorhält. Für die staatlich subventionierten Einrichtungen spielt dies keine Rolle.

3.5.4 Betreuung von Kindern zwischen 0 und 12 Jahren

Die institutionelle Kinderbetreuung bedarf wegen ihrer großen gesellschaftlichen Bedeutung und ihres Umfangs einer gesonderten Betrachtung. Zu diesem Bereich gehören die Krippen, Kindergärten, Tagesstätten, Tagesmütter und Garderies (Horte), schulische Betreuungsangebote, Precoce. Die Kindergärten werden hier nicht näher betrachtet, da sie für die Kinder ab 4 Jahren Pflichteinrichtungen sind und damit eine 100% Bedarfsdeckung gegeben ist.

Für die Kinderbetreuung gibt es keinen absoluten Richtwert. In den europäischen Nachbarländern besteht eine große Streuung. Die alten Bundesländer Deutschlands rangieren z.B. dabei ganz unten. Die neuen Bundesländer dagegen haben (noch aus DDR-Zeiten) einen deutlich höheren Deckungsgrad. Dieses Beispiel zeigt deutlich die Abhängigkeit der Kinderbetreuung von gesellschaftspolitischen Vorstellungen und Entscheidungen. Es ist eben nicht nur eine pädagogische Fragestellung. Genauso spielen frauenpolitische Überlegungen eine Rolle. Dazu ist ein Land wie Luxemburg dringend auf Arbeitskräfte angewiesen. Auch hierfür kann die Kinderbetreuung einen Beitrag leisten.

ALTERSGRUPPE		ANZAHL TOTAL	PLATZ ZAHL	ANTEIL%
0-4 Jahre	IST	937	275	29,3%
4-12 Jahre (ohne Kindergarten)	IST	2566	335	13,1%
0-12 Jahre Gesamt	IST	3503	610	17,4%
4-12 Jahre (ohne Kindergarten)	SOLL	2566	671	26,1%
0-12 Jahre Gesamt	SOLL	3503	946	27,0%

Tabelle 24: Betreuungsangebot in Esch (Bevölkerungsdaten aus Volkszählung)

Wie die Tabelle zeigt, besteht derzeit für ca. 17% der Kinder zwischen 0 und 12 Jahren die Möglichkeit, einen Betreuungsplatz in einer der Strukturen zu bekommen. Das Schwergewicht liegt dabei bei den 0-4 Jährigen.. Wenn die Ausbauvorstellungen der Gemeinde bei der schulischen Ganztagsbetreuung von derzeit 164 auf 500 erreicht ist, wird ein Gesamtdeckungsgrad von 27% erreicht. Dass rein rechnerisch ein Bedarf besteht, zeigen die folgenden Übersichten über die vorhandenen Wartelisten. Wie die Übersicht über das Einzugsgebiet gezeigt hat, sind auch die Wartelisten der Nachbargemeinden für Esch bedeutsam.

Anzahl der Kinder auf Wartelisten von konventionierten Betreuungsstrukturen im Kanton Esch (Quelle: rapport d activites, Familienministerium 2001)

0- 2 Jahre	2- 4 Jahre	4- 12 Jahre	Total
212	99	77	388

Tabelle 25: Wartelisten im Kanton Esch (0-12 Jahre)

Anzahl der Kinder auf Wartelisten von konventionierten Betreuungsstrukturen in der Stadt Esch (Quelle: EFI/ Entente des Foyers de Jour asbl, Informationsdienst)

0- 2 Jahre	2- 4 Jahre	4- 12 Jahre	Total
24	18	8	50

Tabelle 26: Wartelisten in der Stadt Esch (0-12 Jahre)

Zusätzlich besteht noch eine Warteliste von 185 Kindern für die schulische Ganztagsbetreuung. Dabei handelt es sich nach Auskunft der Gemeinde meist um Ausländer.

Precoce/ Früherziehung

Es handelt sich hier um ein öffentliches Angebot besonders für Dreijährige, das kostenlos genutzt werden kann. Die Motive zur Schaffung dieser Strukturen liegen im Ausgleich von Sozialisationsdefiziten oder psychischen Defiziten und vor allem in der Integration ausländischer Kinder, indem sie schon in frühen Jahren mit luxemburgischsprachigen Kindern zusammen kommen und sich so besser der luxemburgischen Sprache bemächtigen können. Ca. 365 Kinder im Alter von 3 Jahren kommen für diese Einrichtung potentiell infrage. In Esch wird dieses Angebot nicht vorgehalten.

Die bisherigen Überlegungen waren rein quantitativer Art. Der gewünschte Deckungsgrad für die Kinderbetreuung ist aber nur eine notwendige Planungsgröße. Qualitative Aspekte spielen eine ebenso bedeutsame Rolle. So ist z.B. danach zu fragen, welche die Hauptzielgruppen sind und welche Bedürfnisse diese haben. Wenn keine Gesamtdeckung angestrebt wird, ist diese Frage besonders wichtig. Die breitere Zielgruppe sind die Kinder berufstätiger Eltern und dabei ganz besonders die alleinerziehenden Eltern. Alleinerziehende unterliegen ganz besonderen Risiken. Sie haben wenig Chancen, eine qualifizierte und damit gut bezahlte Arbeit zu bekommen. In der Regel sind es die Frauen, die durch die Doppelbelastung von Kindererziehung und Berufstätigkeit und deren Unvereinbarkeit in Aushilfsjobs abgedrängt werden. Sie tauchen aber auch im Zusammenhang mit Erziehungsproblemen auf, da das eine Problem sich auf das andere auswirkt. Die Zahl der Alleinerziehenden ist durch nichteheliche Geburten und Scheidung in den europäischen Ländern im Ansteigen begriffen. Sie stellen beim Ausbau also eine besondere Zielgruppe dar.

Da die Kinderbetreuung also auch einen engen Zusammenhang mit dem Beschäftigungssystem aufweist, müssen die Betreuungszeiten mit den Beschäftigungszeiten abgestimmt sein. Doch kann die alleinige Orientierung an den Beschäftigungszeiten gesellschaftspolitisch nicht

das Ziel sein. Umgekehrt müssen sich die Beschäftigungszeiten auch an den Erfordernissen der Erziehung orientieren.

Über diesen Überlegungen steht jedoch die Frage nach der pädagogischen Qualität der verschiedenen Angebote. Untersuchungsergebnisse aus Deutschland lassen vermuten, dass es nicht so sehr auf die Art der Institution ankommt sondern auf die pädagogischen Inhalte und die Personalqualität. Leicht lässt sich eine große Deckung für eine Altersgruppe erreichen, wenn etwa vorrangig die Aufgabe als eine reine Betreuungs- und Versorgungsaufgabe begriffen würde. Dazu wäre dann im wesentlichen Aufsichtspersonal notwendig. Angesichts der Bedürfnisse der Kinder (Entwicklung der sozialen Kompetenz angesichts vieler Einzelkinder, möglichst frühe Bildungsförderung, Förderung der Sprachkompetenz angesichts vieler ausländischer Kinder, schulische Unterstützung) ist planerisch neben dem quantitativen Ausbau die inhaltliche Konzeptdiskussion nicht zu vernachlässigen. Hierauf soll im Rahmen der Sozialberichterstattung nicht weiter eingegangen werden. Dies betrifft in der Folge die aus der Sozialberichterstattung hervorgehende Sozialplanung.

4 LEBENSQUALITÄT IN ESCH AUS DER SICHT VON BÜRGERN IN SOZIAL BENACHTEILIGTEN LEBENSLAGEN

4.1 Methodisches Vorgehen

4.1.1 Theoretischer Rahmen

Die für Esch konzipierte Sozialberichterstattung beschreibt auf der Basis der Volkszählungsdaten global die Bevölkerungssituation in Esch. Diese liefert repräsentative Informationen über Bevölkerungsstruktur, Wohnen, Bildung und andere Beschreibungsparameter. Die Daten sind geeignet, grundlegende Einsichten über die Bevölkerungssituation zu erhalten. Neben diesem Basiswissen sind noch weitere Dimensionen von Bedeutung. In der Sozialwissenschaft wird der Begriff der „Lebensqualität“ gebraucht, der umfassend aus der Sicht des Bürgers seine augenblickliche Lebenssituation in verschiedenen Lebenslagen und seine Befindlichkeit beschreibt. Zu einer guten Lebensqualität gehört im wesentlichen ein ausreichendes und gesichertes Einkommen, kulturelle Teilhabe, Möglichkeiten der Freizeitgestaltung, ein Gefühl der Sicherheit, Eingebundensein in ein soziales Netz, Gesundheit, politische Teilhabemöglichkeiten, ausreichender Wohnraum in einem befriedigenden Wohnumfeld, befriedigende und gesicherte Arbeit, eine ausreichende soziale Infrastruktur¹³ sowie eine gute Lebenszufriedenheit. Armut wird häufig sehr verkürzt als Einkommensarmut gesehen. Als einkommensarm gilt, wer über weniger als 50% des durchschnittlichen Einkommens einer Gesellschaft verfügt. Als eine prekäre Einkommenssituation gilt eine Grenze von weniger als 75%. Dieser relative Armutsbegriff geht also vom Niveau einer Gesellschaft aus und kann damit von Land zu Land verschieden sein.

Absolute Armut dagegen geht von einem existenziellen Mangel aus. Daraus folgt für moderne Industriegesellschaften mit einem ausgebauten sozialen Sicherungssystem, dass es dort keine absolute Armut gibt, weil es RMG, Sozialhilfe oder Mindesteinkommen gibt. Eine solche Sichtweise hat für die Betroffenen fatale Folgen. Eine Sozialhilfe kann zwar die Einkommensarmut lindern, es kann aber durchaus ein Mangel in anderen oben genannten Bereichen vorhanden sein. Weiter kann auch ein ausreichendes Einkommen vorhanden sein, das aber nicht vor Vereinsamung oder/und mangelndem Sicherheitsgefühl schützt. Für den Bereich der Kinderarmut wurde z.B. von der Arbeiterwohlfahrt Deutschlands im Zusammenhang mit Erhebungen (Jahr 2000) zu Erscheinungsformen der Armut darauf hingewiesen, dass Kinderarmut nicht nur materielle Unterversorgung bedeutet, sondern in vielen Formen zum Ausdruck kommt, wie psychische Überforderung, emotionale Defizite und mangelnde elterliche Zuwendung. Für die kommunale Sozialplanung bedeutet dies, dass sie alle genannten Dimensionen in den Blick nehmen muß und in diesem Zusammenhang der so definierten Kinderarmut besondere Beachtung schenken sollte.

Die Sozialwissenschaft unterscheidet methodisch den Ressourcenansatz und den Lebenslagenansatz. Der Ressourcenansatz stellt das Einkommen in den Mittelpunkt, der Lebenslagen-

¹³ vergleiche: Lukas, H. und Strack, G. (Hrsg.) 1996: Methodische Grundlagen der Jugendhilfeplanung. Freiburg

ansatz die Defizite in den genannten Lebenslagen Wohnen, Arbeit, Sicherheit usw.. Der Ressourcenansatz führt durch das durch die sozialen Sicherungssysteme zur Verfügung gestellte Mindesteinkommen statistisch zu weniger Armut, der Lebenslagenansatz führt zu mehr Armutsdefinition. Denn Armut ist relativ. Absolute Armut wird in Industriegesellschaften durch die sozialen Sicherungssysteme abgedeckt. Es ist in westlichen Industriegesellschaften also nicht der Mangel am Notwendigen, sondern ein Mangel in verschiedenen Lebenslagen. Über-spitzt ausgedrückt, sind in Überflusgesellschaften alle arm, da es allen an irgend Etwas fehlt. Daher bedürfen die Ergebnisse des Lebenslagenansatzes einer vorsichtigen Interpretation. Doch ist er der gesellschaftlichen Realität und dem Empfinden von Betroffenen angemessener, da er das Individuum im Verhältnis zur Gesamtgesellschaft sieht. Auf kommunaler Ebene wird der Lebenslagenansatz erst neuerdings benutzt. Der Lebenslagenansatz kann umfassender als der Ressourcenansatz den Abstand ausgewählter Zielgruppen zum allgemeinen Wohlstandsniveau beschreiben und kann die Entwicklung von Benachteiligungen besser beobachten.

Die Sozialberichterstattung hat einerseits die Allgemeinbevölkerung im Blick, darf darüber hinaus aber auch die sozial Randständigen nicht vergessen. Notgedrungenerweise gehen kleinere Randgruppen der Gesellschaft in der Statistik unter. Sie tauchen zwar als Arbeitslose, RMG-Empfänger u.a. in der Statistik auf, jedoch geht darin das Erleben ihrer Situation unter. Der Lebenslagenansatz mit seiner zugrunde liegenden Definition von Lebensqualität könnte bei kontinuierlichem Einsatz geeignet sein, Veränderungen zu erfassen. Er könnte aber auch geeignet sein zum interkommunalen Vergleich. Da der Ansatz viele Dimensionen umfasst, wirkt er auch einer eindimensionalen Betrachtung entgegen, wie das z.B. reine Einkommensstatistik oder Arbeitslosenstatistik nahe legt. Daraus folgt aber auch, dass soziale Wohlfahrt sich nicht alleine auf ein Angebot von sozialer Infrastruktur wie z.B. Beratungsstellen beschränken darf (also reaktiv), sondern wenn sie präventiv wirken soll, die Auswirkungen von Wohnen und Wohnumfeld, Verkehr und die genannten anderen Dimensionen berücksichtigen muß.

4.1.2 Durchführung

Als Ergänzung zur Bevölkerungsanalyse wurde daher eine vertiefte Betrachtung der Lebenssituation von Bürgern in Problemlagen als Bestandteil der Sozialberichterstattung konzipiert. Es wurden dazu dreißig Bürger in sozial schwierigen Situationen ausgewählt, mit denen Interviews durchgeführt wurden. Der Interviewleitfaden orientiert sich an den oben genannten Dimensionen. Jede Dimension wurde durch mehrere Items operationalisiert. Der Leitfaden wurde so konzipiert, dass er später auch als Fragebogen (mit reduzierter Itemzahl) eingesetzt werden kann. Er eignet sich damit auch für repräsentative Erhebungen. Daher wurden überwiegend geschlossene Fragen formuliert. Die Adressen der Personen wurden von folgenden Institutionen zur Verfügung gestellt: Service Régionale D'Action Social, Office Social, Foyer de Sud, Adem. Alle Personen befanden sich in schwierigen Situationen wie Arbeitslosigkeit, RMG-Empfang, in Arbeit durch städtische Verträge, alleinerziehende Frauen, ausländische Mitbürger und junge Menschen mit Übergangsschwierigkeiten.¹⁴ Die Personen wurden durch

¹⁴ eine ähnliche Vorgehensweise ist beschrieben in: Dezernat für Soziales und Gesundheit 1999: Lebenslagenreport. Leipzig. Auch dort wurden ähnliche Problemzielgruppen definiert.

die Institutionen schriftlich angefragt und ihr Einverständnis für das Interview eingeholt. Dabei wurde Anonymität zugesichert. Im Anschluß daran wurden die Interviews von einer Mitarbeiterin von FOREG, Frau Dipl. Päd. Baumeister, durchgeführt. Als Interviewsprachen wurden Deutsch, Französisch und Englisch benutzt. Die Stichprobe ist nicht repräsentativ. Dies war aber auch nicht angestrebt, da es um die subjektive Sichtweise von Bürgern geht, die das Erleben der schwierigen Lebenssituationen verdeutlichen soll. Insgesamt konnten 26 Interviews verwertet werden. Eine Interviewpartnerin erteilte zwar zunächst ihr Einverständnis, zog es dann aber wieder zurück. Eine größere Zahl an Interviews war im Rahmen des vorhandenen Budgets nicht durchführbar. Die Interviews stellen nur einen weiteren Mosaikstein dar. Weiterhin konnte nicht auf vorhandene Instrumente im Lande Luxemburg zurückgegriffen werden, sie müssten erst entwickelt werden. Insofern ist dies ein erster Ansatz und müsste fortgeführt werden.

Um den hier erprobten Ansatz weiterhin anzuwenden, sind auf kommunaler Ebene eigene Erhebungen notwendig. Die geforderten Daten lassen sich nicht aus statistischen Sekundärdaten gewinnen. Das stellt einen gewissen Aufwand dar, der aber durch eine Standardisierung verringert werden kann. Statistische Daten sind in der Regel Daten aufgrund von Rechtsvorschriften und Leistungsbezug. Die soziale Situation lässt sich damit nicht beschreiben. Will man den Ansatz flächendeckend anwenden, so ist dies mit großem Aufwand verbunden. Z.B. müssten zunächst die Bürger identifiziert werden, die im Einkommen eine Unterversorgung aufweisen. Das wären nach EU-Norm diejenigen, die weniger als 50% des durchschnittlichen gewichteten Einkommens haben. Diese Gruppe müsste dann auf Unterversorgung in den anderen Bereichen untersucht werden. Doch wäre schon viel erreicht, wenn die Analyse sich wenigstens auf die Gruppe der sozial Benachteiligten beziehen würde. Wie im vorliegenden Fall lässt sich der Zugang über die betreuenden Institutionen leichter erreichen.

Die folgende Darstellung der Ergebnisse ist die subjektive Sicht von Betroffenen in sozialen Benachteiligungssituationen. Diese Sichtweisen bedürfen durch die entsprechenden Gremien noch einer anschließenden Bewertung. Die Erfahrungen, die durch die Interviews gesammelt wurden, haben dazu geführt, den Leitfaden noch zu ergänzen. Die überarbeitete Form befindet sich im Anhang.

4.1.3 Zusammenfassung

Bei den befragten Bürgern handelte es sich um Personen in sozial schwierigen Situationen. Sie erhalten im wesentlichen Einkommen aus dem Sozialsystem. Dieses soll Armut verhindern und ein angemessenes Leben ermöglichen. Nur wenige der Befragten nehmen dies so wahr. Überwiegend kommen sie mit ihrem Einkommen nicht zurecht. Zwar ist das existentiell Notwendige vorhanden, doch fühlen sie sich von der Teilhabe an manchen Bereichen wie Freizeit, Reisen u.a. abgehängt oder zumindest eingeschränkt. Der Abstand zum allgemeinen Wohlfahrtsniveau wird deutlich empfunden. Die Situation wird als belastend und der Lebensstandard als stark eingeschränkt empfunden. Viele klagen über gesundheitliche Einschränkungen und ein negatives Sicherheitsgefühl. Die allgemeine Lebenszufriedenheit und beson-

In beiden Literaturangaben ist auch zur theoretischen Begründung des Ansatzes und zum praktischen Vorgehen nachzulesen.

ders die Zukunftsperspektiven sind gering. Trotz sozialer Kontakte fühlen sich viele stark vereinsamt. Die Außenorientierung ist eher gering, die Binnenorientierung ist vorherrschend.

Obwohl das Durchschnittsalter 40 Jahre beträgt, werden keine Chancen auf dem Arbeitsmarkt gesehen. Daran ändern auch nichts die Bemühungen der Ämter und gelegentliche Qualifikationsmaßnahmen. Die meisten bemühen sich gar nicht um eine größere Aktivität. Ihre Mobilität und Flexibilität ist eingeschränkt. Viele haben bereits resigniert. Die Gründe sind vielfältig. Bei Frauen mit Kindern ist es die Unvereinbarkeit mit der Erziehung. Bei Ausländern stehen die Sprachprobleme im Vordergrund. Bei jüngeren sind es fehlende Qualifikationen oder Suchtprobleme.

Die Wohnsituation wird von einigen als sehr unbefriedigend erlebt, besonders in den möblierten Zimmern. Diese erscheinen für die Situation und Befindlichkeit der Betroffenen eher kontraproduktiv.

Trotz der Zurverfügungstellung eines städtischen Arbeitsvertrages sind diese Personen mit ihrer Situation unzufrieden. Sie wollen aus dieser Sonderrolle und der Befristung heraus und in den ersten Arbeitsmarkt.

Bei den meisten der Interviewten wird deutlich, dass an ihrer Situation mit den Standardmitteln einer ämtermäßigen Betreuung nichts zu verändern ist. Sie bräuchten eine sehr intensive persönliche Betreuung, wenn sich etwas verändern sollte. Diese Erfahrung wurde mit dem Personenkreis auch in Deutschland gemacht. Neuerdings werden sog. „Joblotsen“ eingesetzt, die durch Intensivbetreuung Arbeitslose unterstützen. Ebenso benötigen die alleinerziehenden Frauen besondere Unterstützung und auch Infrastrukturangebote der Kleinkindbetreuung. Der Mangel zeigte sich auch bei Analyse der sozialen Dienste. Insgesamt zeigen die Interviews, dass es trotz der finanziellen Abfederung durch das Sozialsystem Armut gibt, vor allem wenn der oben genannte Begriff der „multiplen Armut“ zugrunde gelegt wird. Danach haben viele der Interviewten Mangellagen. Weiterhin zeigen die Interviews, dass eine bürokratische Beschränkung auf die materielle Grundversorgung alleine nicht ausreichend ist. Der interviewte Personenkreis wäre auf eine persönliche Betreuung dringend angewiesen. Denn eine materielle Versorgung ist zwar eine wesentliche aber noch keine hinreichende Voraussetzung für ein gutes Leben. Die Lebenszufriedenheit ist der wesentliche Indikator.

4.2 Ergebnisse der Interviews

4.2.1 Freizeit und Kultur

Angebote in den Bereichen Kultur, Sport, Freizeit sind in der Lage, Kommunikation herauszufordern, Kontakte zu befördern, Selbstverwirklichung zu ermöglichen, Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung und Aktivität statt Konsum zu fördern. Häufig geben Kultur, Sport und Freizeitmöglichkeiten den Kommunen ihr jeweiliges Profil – sowohl nach innen für die Bevölkerung als auch im überregionalen Wettbewerb der Standorte. Die Freizeit- und Kulturangebote tragen damit wesentlich zur Attraktivität einer Gemeinde bei und sind durchaus ein Indikator für Lebensqualität.

Die Angebotspalette reicht von der Förderung von Höchstleistungen und Events bis zu sogenannten „niederschweligen Einrichtungen“, die kulturelle und sportliche Teilhabe großer Tei-

le der Bevölkerung ermöglichen. Damit besteht die Schwierigkeit, dass die Angebote sehr vielen Gruppen gerecht werden müssen: Eltern mit Kleinkindern, jungen und alten Menschen, wohlhabenderen und einkommensschwächeren Personen. Sie müssen auch vielfältige Bedürfnisse befriedigen wie Rekreation, Gesellung, Abenteuer, Bildung u.a.. Für die Sozialplanung ergibt sich die Aufgabe, die vorhandenen Angebote zu überprüfen, inwieweit sie den verschiedenen Zielgruppen und den unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht werden. Die kulturelle Grundversorgung muss gewährleisten, dass Menschen unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem sozialen Status gleichberechtigt am kulturellen Leben teilnehmen können.

Die Ergebnisse

Freizeit ist die Zeit, in der man bestrebt ist, besonders die Dinge zu tun, die einem großen Spaß machen. Als Bürger von Esch wird es für Sie deshalb wahrscheinlich von Wichtigkeit sein, wie zufrieden Sie damit sind, was die Stadt für Sie an Freizeitmöglichkeiten bereithält. Deshalb möchte ich zu Beginn ein paar Fragen zu diesem Bereich stellen.

A.2. *Wie zufrieden sind Sie mit den Freizeitmöglichkeiten und kulturellen Angeboten in Ihrer Gemeinde?*

	N
absolut zufrieden	5
eher zufrieden	7
eher unzufrieden	8
Absolut unzufrieden	
Kann ich nicht einschätzen	6
Gesamt	26

Tabelle 27: Generelle Zufriedenheit mit Freizeit und Kultur

Nur ein Teil der Interviewten ist mit den Angeboten zufrieden. Die Unzufriedenheit bezieht sich z.B. auf das Fehlen von preiswerten Restaurants, die Sanierungsbedürftigkeit des Fußballstadions und der dortige Schmutz, das veraltete Kino, die Kommerzialisierung und damit zu teure Freizeit vor allem für RMG-Empfänger, zu wenig luxemburgisch sprechendes Publikum und dessen Erscheinungsbild, Fehlen von Angeboten für behinderte Kinder und frauenspezifische Angebote, zu wenig Angebote für Jugendliche und mehr Förderung der Sportvereine, mehr Spielmöglichkeiten für Kinder, die zu kleine und damit zu volle Schwimmhalle.

Diejenigen, die das Angebot nicht einschätzen wollten, leben eher zurückgezogen.

A.1. Betrachten wir im Folgenden einige Freizeitbereiche genauer: Bitte schätzen Sie die Versorgungslage ein:

	Völlig ausrei- chend	ausrei- chend	Zu wenig	Keine vor- han- den	Weiß ich nicht
Sportplätze (Fußballfeld, „Bolzplatz“, Stadion)	1	9	6		8
Fitnessangebote	3	10	2		10
Schwimmhalle	7	12	3		5
Naherholungsgebiet	3	10	8		4
Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche	1	7	10		8
Freizeitangebote für Familien	1	5	10		10
Seniorentreffs	1	4	3		17
Angebote an Restaurants, Cafés, „Kneipen“...	22	2			
Angebot an Kinos	3	9	9		5
Theaterangebote	5	11	1		7

Tabelle 28: Zufriedenheit mit Freizeitangeboten

Hauptsächlich wird die Vielzahl der Restaurants festgestellt. Die Vielzahl erfährt jedoch bei der Nutzung eine Einschränkung, da sie für kleinere Einkommensbezieher zu teuer sind. Als Mangel werden zu geringe Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien genannt sowie die Naherholungsmöglichkeiten. Immer wieder taucht die Kinosituation als Kritikpunkt auf. Bei der Schwimmhalle wird häufiger die Überfüllung als Problem angeführt. Obwohl unter den Interviewten auch Ältere waren, werden keine Angaben zu Seniorentreffs gemacht. Sollte es solche Angebote geben, sind sie nicht bekannt. Bei den Plätzen für sportliche Betätigungen teilen sich die Ansichten.

4.2.2 Sicherheit

Das Sicherheitsgefühl ist grundlegender Bestandteil der Lebensqualität. Wer sich unsicher fühlt, nimmt nicht mehr angemessen am öffentlichen Leben teil und ist auch nicht gern in seiner Stadt. Dabei kann durchaus eine Differenz zwischen objektiver Sicherheitslage und subjektivem Sicherheitsgefühl vorhanden sein. Hauptsächlich besteht die Angst, Opfer einer Straftat zu werden¹⁵

Zum Sicherheitsgefühl tragen eine Reihe von Faktoren bei wie die objektiven Kriminalitätsraten, eigene negative Erfahrungen aber auch Berichterstattungen der Medien. Hinzu kommt die eigene Lebenssituation und Befindlichkeit. Am wenigsten sind es wohl die objektiven Fakto-

¹⁵ Z.B. begründen 32,4% von Befragten in Magdeburg ihr negatives Sicherheitsgefühl mit einer möglichen Straftat (Bürgerbefragung der Polizei Magdeburg, August 2000)

ren, die das Sicherheitsgefühl prägen. Einsamkeit, Vorurteile (z.B. über Ausländer, Jugendliche) bestimmen unter Umständen das Gefühl stärker. Neben der Bekämpfung von objektiven Faktoren wie Kristallisationspunkte von Kriminalität sind es vor allem erfahrbare präventive Maßnahmen, die das Sicherheitsgefühl erhöhen können. Z. B. Infrastrukturmaßnahmen wie Beleuchtung vor allem von öffentlichen Plätzen, Begegnung der Verwahrlosung von öffentlichen Plätzen, Präsenz von Sicherheitspersonal wie Polizeistreifen zu Fuß, aber auch Information und Aufklärung über die tatsächlichen Kriminalitätsgefahren, über Ausländer u.a.. Besonders sind es ältere Menschen, die eher ein negatives Sicherheitsgefühl haben¹⁶. Diese Unsicherheit ist besonders groß gegenüber Parkanlagen und öffentlichen Plätzen. Dabei ist Schmutz, Unordnung, Verwahrlosung angstfördernd. Die Angst, von einem Betrunkenen angesprochen zu werden oder Opfer eines Taschendiebstahls zu werden, ist besonders groß. In verschiedenen Untersuchungen werden Beleuchtungsmaßnahmen und Polizeipräsenz als die am stärksten angstreduzierenden Maßnahmen genannt.

Die Ergebnisse

B.1. Fühlen Sie sich sicher in Esch oder haben Sie erhöhte Angst vor Einbrüchen, vor tätlichen Übergriffen auf der Straße oder sonstiges?

Fühle mich absolut sicher	9
Fühle mich eher sicher	5
teils/teils	1
Fühle mich eher unsicher	6
Fühle mich absolut unsicher	6
Kann ich nicht einschätzen	

Tabelle 29: Sicherheitsgefühl

B.2. Würden Sie behaupten, dass die Kriminalitätsrate in Esch höher ist als in anderen Gemeinden?

Ja, absolut	6
eher ja	8
teils/teils	1
eher nein	3
überhaupt nicht	
kann ich nicht einschätzen	8

Tabelle 30: Kriminalitätseinschätzung

¹⁶ in einer Untersuchung in Graz äußerten mehr als doppelt soviel ältere Menschen über 60 gegenüber jüngeren Menschen bis 40 ein Unsicherheitsgefühl. (Fernitz Silvia, Meier Manuela, Scheucher Nicole: Sicherheitsgefühl. Psychologisches Institut Universität Graz, 2003)

Von vielen der Interviewten wird ein deutliches Unsicherheitsgefühl geäußert. Dies korrespondiert auch mit der Einschätzung der Kriminalitätsrate. Besonders ältere Menschen leiden darunter. Ihre Unsicherheit wird am Abend und in der Nacht verstärkt.

4.2.3 Soziale Vernetzung und soziale Kontakte

Hauptsächlich sind es enge soziale Verbindungen, die durch Familie, erweiterten Freundeskreis, Gemeinschaften wie Nachbarschaft, das persönliche Netzwerk prägen. Die einzelnen Personen stützen sich gegenseitig durch gemeinsames Handeln. Da solche meist informellen Beziehungen in der Regel von gemeinsamen Werten geprägt sind, halten die Mitglieder ihre soziale Umgebung für vertrauenswürdig, und sie können davon ausgehen, dass getroffene Vereinbarungen tatsächlich von allen Beteiligten eingehalten werden. Soziale Vernetzung meint darüber hinaus allgemein die Integration von Bewohnern in das Gemeinwesen über ein Netz von sozialen Beziehungen. Soziale Isolierung beeinträchtigt stark das Wohlbefinden und damit die Gesundheit. Dabei ist aber nicht die Größe des Netzwerks und damit die Zahl der Kontakte entscheidend, sondern die Qualität, insbesondere die Intensität von Kontakten zu einzelnen. Ein wichtiges Merkmal von sozialen Beziehungen ist der Austausch von sozialen Unterstützungsleistungen.

Wie eine repräsentative Studie in der Stadt Halle¹⁷ (2002) zeigte, sind es hauptsächlich die Verwandtschaftsbeziehungen. Nachbarschaft, Freunde, Arbeitskollegen und besonders Organisationen spielen in der Kontakthäufigkeit eine eher geringe Rolle.

Beziehungskontext	Häufigkeit	Beziehungen	mind. eine Beziehung
		pro Netzwerk	
nahe Verwandtschaft	34,7%	3,8	98,8%
entfernte Verwandtschaft	23,6%	2,6	75,4%
Nachbarschaft	9,2%	1,0	53,9%
Arbeitsplatz	6,5%	0,7	34,3%
Mitgliedschaft	4,7%	0,5	18,9%
Bekanntschaft	13,2%	1,4	53,7%
Freundschaft	8,2%	0,9	36,6%

Petermann 2002: Soziale Vernetzung am Beispiel der Stadt Halle

In den Städten sind durch die Verkleinerung der Familien, Singledasein u.a. die sozialen Kontakte reduziert und müssen sehr aktiv vom einzelnen kompensiert werden. Kontakte zu Freunden, Nachbarn, Organisationsmitgliedern werden damit wichtiger. Diese Kompensation fällt manchen Menschen besonders schwer. Dazu gehören etwa ältere und Menschen in sozial schwierigen Situationen.

¹⁷ Petermann Sören 2002: Soziale Vernetzung städtischer und ländlicher Bevölkerungen am Beispiel der Stadt Halle. Der Hallesche Graureiher 2001-0

Die Ergebnisse

C.1. Die Fragen, die ich Ihnen nun stelle, beziehen sich auf Ihre bevorzugten Aktivitäten und auf Ihre Kontakte. Geben Sie bitte zu jeder der folgenden Tätigkeiten an, wie oft Sie das etwa tun:

	täglich	Mind. 1 x pro Woche	Mind. 1 x pro Monat	seltener	nie
In ein Restaurant, Café, „Kneipe“ gehen	5	7	9	4	1
Gegenseitige Besuche von Nachbarn, Freunden	4	13	2	6	1
Gegenseitige Besuche von Familienangehörigen / Verwandten	2	9	4	2	7
Kurze Reisen und Ausflüge in die Natur	1	7	9	4	4
Betätigung in Parteien, Politik, Bürgerinitiativen				1	25
Ehrenamtliche Tätigkeit in Vereinen / Verbänden / sozialen Diensten	1	3		2	19
Kirchgang, Besuch von religiösen Veranstaltungen		3	2	5	16
Zuhause Fernsehen / Video	20	5		1	
Zuhause Lesen von Sach- und Unterhaltungsliteratur, Romanen, Krimis, Comics	6	6	3	4	6
Zeitungen / Zeitschriften lesen	14	4		3	5
Basteln / Reparaturen am Haus / Wohnung / Auto, Gartenarbeit	5	2	6	4	9
Tätigkeiten im Haushalt (Saubermachen...)	23	3			
Aktive sportliche Betätigung	2	6		3	15
Besuch von Sportveranstaltungen		4	6	4	11
Künstlerische und musische Tätigkeiten außer Haus					25
Künstlerische und musische Tätigkeit zuhause		2	1		23
Kinobesuch		1	7	6	12
Besuch von Konzerten/ Tanzveranstaltungen / Disco		2	6	10	9
Besuch von Veranstaltungen (Theater, Ausstellungen...)			1	10	15
Besuch von Begegnungsstätten, soziale Einrichtungen, Freizeitclubs...		2	3	5	14

Tabelle 31: soziale Kontakte und Aktivitäten

Die eingangs geäußerte Vermutung, wonach die Kontakte eher im engeren Umfeld stattfinden, wird bestätigt. Zwar gibt es durchaus Mitgliedschaften in Organisationen (siehe unten D.1), doch spielen sie für die sozialen Kontakte eine untergeordnete Rolle. Es sind die Freunde und Verwandten, zu denen Kontakt gehalten wird. Jedoch lassen andere Ergebnisse (z.B. oftmals geäußerte Vereinsamung, siehe unten C.12) vermuten, dass die Intensität der Kontakte eher gering ist. Doch bleibt die Wichtigkeit erhalten. Die Struktur der Aktivitäten lässt nur eine geringe außerhäusliche Aktivität vermuten. Es werden kaum kulturelle und sportliche Angebote angenommen. Doch ist zu bedenken, dass hier möglicherweise die finanziellen Einschränkungen eine Rolle spielen. Ein Hinweis darauf ist die Äußerung, dass der finanzielle Spielraum besonders für Freizeitunternehmungen nicht ausreichend ist.

C.2. *Menschen sind sehr unterschiedlich. Dem einen sind Kontakte mit anderen sehr wichtig, der oder die andere ist lieber allein. Inwieweit treffen die folgenden Aussagen auf Sie zu?*

	Stimmt völlig	Stimmt weniger	Stimmt nicht	Teils/ teils
Ich kümmere mich nur wenig um Dinge außerhalb meiner privaten Welt	13	6	7	
Ich bin gerne alleine	6	8	11	
In meiner Freizeit ist es mir wichtig, etwas mit Freunden/ in einer Clique zu unternehmen	20	2	4	
In meiner Freizeit bin ich am liebsten allein / nur mit meinem Partner zusammen	14	2	1	
Der Kontakt in der Nachbarschaft ist mir wichtig	15	5	6	
Es ist leicht, in Esch Kontakt zu finden	16	2	5	2

Tabelle 32: Wichtigkeit sozialer Kontakte

Die Ergebnisse stützen die Aussagen zu den bevorzugten Aktivitäten. Der private Raum wird bevorzugt. Freunde und das engere räumliche Umfeld sind wichtig. Die Aussage, dass Kontakte leicht zu finden seien, steht wohl im Zusammenhang mit den oben genannten Besuchen von Kneipen. Insofern sind sie als Orte des sozialen Kontakts nicht zu unterschätzen.

C.3. *Sind Sie Mitglied in einem Verein, einer Bürgerinitiative oder ähnlichem?*

Ich bin Mitglied in:

Einer Gewerkschaft	5
Einer Partei	
Einer Eltern- oder Bürgerinitiative	1
Eines Sportvereins	6
Eines anderen Freizeitvereins	2
Einer Arbeitsgemeinschaft	
Einer Jugendorganisation	
Eines beruflichen Interessenverbandes	
aktives Mitglied einer Kirchengemeinde / Religionsgemeinschaft	
Sonstiges und zwar:	

Tabelle 33: Vereinsmitgliedschaft

Die Bedeutung sozialer Kontakte wird überwiegend erkannt und ist auch gegeben. Außerhäusliche Kontakte sind bei den meisten vorhanden. Dabei überwiegen die Kontakte im engeren Bereich wie Verwandte und Freunde. Die sozial schwierige Situation wirkt sich bedingt negativ aus. Kulturelle und sportliche Angebote werden kaum genannt. Hier könnten sich die eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten bemerkbar machen, was die späteren Ausführungen zu Einkommen und Auskommen deutlich macht. Gesellschaftliches Engagement wie Ehrenamt oder politische Betätigung ist am geringsten ausgeprägt. In den Aussagen ergänzen sich die Antworten beider Fragen. Zwar besteht eine Mitgliedschaft bei zehn der Befragten, doch führt diese wie die obigen Antworten (C.1) nahe legen, nicht zu besonderen Aktivitäten.

4.2.4 Einkommen und Auskommen

Wie schon in der Einleitung erwähnt, spielt zwar das Einkommen eine zentrale Rolle, jedoch um Lebensqualität zu begründen, nicht die einzige. Inwieweit ein Einkommen ausreichend ist, bestimmt sich sehr stark durch das allgemeine Wohlfahrtsniveau. Deshalb haben wir neben dem Einkommen insbesondere nach dem Auskommen gefragt. Als Indikatoren dafür haben wir danach gefragt, inwieweit das Einkommen für die Bereiche Wohnung, Kleidung, Haushalt, Lebensmittel, Auto, Reisen, Freizeit ausreichend ist, ob monatlich vom Einkommen etwas übrig bleibt, welche Schulden und Verpflichtungen vorhanden sind und wie der Lebensstandard subjektiv eingeschätzt wird.

Die Höhe eines öffentlichen Einkommens wie RMG u.a. Quellen muß sicherlich unstrittigerweise die Grundbedürfnisse wie Wohnung, Kleidung, Essen decken. Jedoch schon bei der Kleidung wird es strittig werden. Bedenkt man die Bedeutung von Kleiderlabels bei Schülern, so wird bei weniger verfügbarem Einkommen leicht eine Ausgrenzungssituation entstehen können. Ähnlich verhält es sich bei den Nutzungsmöglichkeiten für Computer, Internet, Reisen oder zusätzlichen Bildungsangeboten. Ist das Gefälle von Beziehern öffentlicher Einkommen zum gesellschaftlichen Durchschnitt zu groß, entsteht eine Mangellage, die sich besonders in dem über das Existenzielle Hinausgehende auswirkt. Die Teilhabe am allgemeinen Wohlstand ist eingeschränkt.

Die folgende Tabelle gibt zunächst einen globalen Überblick und lässt Zusammenhänge erkennen. Im Anschluss erfolgt eine Interpretation der einzelnen Befunde.

Übersicht über die materielle Situation

Nr.	Einkommen, Personenzahl	Einkommen	Kinder	Alter	Nation	Schulden Mtl.	Einkommen reicht	Lebensstandard	Wohnung	Kleidung	Haushalt	Lebensmittel	Auto	Reisen	Freizeit	Lebensgefühl
AXX	1	750		51	Ausländ		Nie	Unzureich	-1	-1	-1	1	-2	-2	-1	2,2
AVI	1	1500		22	Lux	250	Ja	Zufrieden	1	1	2	2	1	0	2	2,6
AIII	1		0	61	Lux		Ja	Schlecht	2	-1	2	2		-1	-1	2,6
AV	1	700	0	57	Lux		Nie		-1	2	2	-1		-1	-1	
AXVI	1	963	0	51	Lux		Nie	Schlecht	2	-1	1	1	-1	-2	-1	2,2
AXXI	1	1000	0	43	Ausländ	600	Nie	Bescheid	1	1	1	1	0	-2	-2	1,6
AID	1	1000	0	70	Lux	0	Nie	Schlecht	1	-2	1	1	-	-	-1	1,6
AXVIII	1	1000	0	44	Lux		Teils	Zufrieden	1	1	1	1		-1	1	4
AXXXI	1	1100	0	50	Lux	250	Nie	Schlecht	1	0	1	2	0	-1	1	1
AXXVII	1	1190	0	45	Ausländ		Nie	Bescheid	-1	-1	-1	1	-2	-2	-1	2,2
AII	1	1200	0	59	Lux		Nie	Bescheid	0	-1	0	2		0	-2	2
AXXIII	1	1200	0	32	Ausländ		Teils	Schlecht	0	0	0	0	-2	-2	0	2
AXXIV	1	1200	0	49	Lux		Teils	Zufrieden	2	2	2	2			0	2,8
AXXV	1	1300	0	31	Lux	225	Nie	Unzureich	1	1	-1	1	-2	-2	1	2,8
AVIII	3	2500	0	34	Lux	50	Teils	Bescheid	2	2	2	2	-1	-2	1	2
AVII	2	2900	0	21	Lux	250	Teils	Bescheid	2	2	2	2	2	-2	1	3,2
AXIII	2	3000	0	27	Ausländ	0	Ja	Zufrieden	2	2	2	2	1	0	-1	3,2
AX	1		1	27	Ausländ			Unzureich	-2-	-2	-2	-2	-2	-2	-2	1,8
AXIV	1	1100	1	28	Ausländ		Nie	Unzureich	1	-1	1	1	-1	-2	-1	1,6
AXV	1	1400	1	50	Lux		Ja	Zufrieden	2	2	2	2	2	2	2	2,8
AXII	1	2000	1	37	Lux			Zufrieden	2	1	1	2		-1	0	1,8
AXIV	2	2400	1	30	Lux	700	Nie	Bescheid	1	2	2	2	-1	-2	-1	2,2
AIX	1	400	2	28	Lux	100	Ja	Bescheid	-2	-1	2	2		-2	0	1,2
AIV	1	1300	3	39	Lux		Nie	Bescheid	2	-1	-1	-1		-1	0	2,4
AXXVI	1	1500	3	32	Ausländ		Nie	Schlecht	-1	-1	-1	1	-2	-2	-1	1
AXI	1	2000	3	27	Ausländ		Nie	Bescheid	1	1	1	1	1	-2	-1	1,6

Tabelle 34: Übersicht über die materielle Situation der Befragten

Das Lebensgefühl wurde als Score aus verschiedenen Variablen (Zukunftsangst, Vereinsamung, Krankheit, Überlastung, Finanzielle Einschränkungen) berechnet. Dabei bedeutet: 1=geringes und 4=hohes Lebensgefühl. Wohnung-Freizeit: +2=vollkommen, +1=reicht 0=reicht teils/teils, -1=reicht eher nicht, -2=reicht gar nicht

Der größte Teil der Befragten ist bis 40 Jahre alt (69,2%), hat keine Kinder (63,4%) und verfügt über ein Einkommen (84,6%). In 9 Haushalten leben Kinder von Alleinerziehenden. Die höchsten Einkommen (über 2000 €) sind in den Haushalten mit Doppelseinkommen vorhanden.

Haushaltseinkommen

-1500 €	1500-2000 €	2000 - 4000€
18	2	6

Tabelle 35: Haushaltseinkommen

Die Höhe des Einkommens wird wesentlich durch das RMG bestimmt. Die nachfolgenden Ergebnisse zeigen, wie die Bezieher damit zurechtkommen.

Auskommen

Zu Beginn des Interviews haben wir bereits über Ihre Freizeitgestaltung gesprochen. Die persönliche Chance am Freizeitangebot teilzunehmen ist in der Regel auch eine Frage der finanziellen Möglichkeiten. Das soll nur als ein Beispiel genannt werden, warum die materielle Situation von Menschen Einfluss auf ihre Zufriedenheit hat. Deshalb bitte ich Sie, die folgenden Fragen zu beantworten.

C.5. Wie schätzen Sie derzeit die finanzielle Situation Ihres Haushaltes ein?

Ich habe/ wir haben genug Geld für	Vollkommen	eher	Teils/teils	Eher nicht	Überhaupt nicht
Wohnung	10	9	2	4	
Kleidung	7	6	2	9	1
Haushalt	9	9	2	5	
Lebensmittel	11	11	1	2	
Auto	2	3	1	7	12
Reisen	1		3	7	14
Freizeitunternehmungen	2	5	6	9	4

Tabelle 36: Finanzielle Situation der Befragten

Die Grundversorgung ist für die meisten gewährleistet. Doch nicht für alle. Besonders alleinerziehende Frauen haben es, wenn auch noch Schulden vorhanden sind, schwer. Über die Grundversorgung hinaus bleibt kaum etwas übrig. Dies zeigt deutlicher als die Einkommenshöhe, in welcher prekärer Lage sich viele der Befragten befinden.

C.6. Wie beurteilen Sie den Lebensstandard Ihres Haushaltes insgesamt?

Ausgezeichnet, man kann sich fast alles leisten, was man will	0
Zufriedenstellend, man kann sich nicht alles, aber vieles leisten.	6
Bescheiden, es reicht aber für das Notwendige	9
Schlecht, man kann sich viele notwendige Dinge nicht leisten	6
Völlig unzureichend	4

Tabelle 37: Lebensstandard

Entsprechend den oben angeführten Einschränkungen der Teilnahme am über die Grundversorgung hinausgehenden Konsum wird der eigene Lebensstandard auch als eingeschränkt wahrgenommen.

C.8. Bleibt Ihnen oder Ihrem Haushalt in der Regel ein gewisser Betrag übrig, den Sie sparen?

Ja	5
Manchmal	6
Nie	15

Tabelle 38: Auskommen mit dem Einkommen

Bis auf eine Ausnahme befinden sich in der Gruppe, der „nie“ etwas übrigbleibt, die alleinerziehenden Frauen. Diese Gruppe kann durchaus als besondere Problemgruppe betrachtet werden, da sie besonders vielen Einschränkungen unterliegt.

C.9. Haben Sie derzeit materielle Belastungen? Welche?

Schulden	5
Ratenzahlungen	8
Gesamt	13

Tabelle 39: Schulden

Zusammenfassung

Von den Haushalten, in denen Kinder leben, gehören nur drei zu den höheren Einkommensklassen. Zu berücksichtigen ist auch, dass ca. 31% Schulden abzutragen haben. Das Einkommen reicht am ehesten für Lebensmittel, Wohnen und Haushaltsartikel und am wenigsten für Auto, Reisen und Freizeitunternehmungen. Dass gerade bei der Kleidung auf einen Mangel hingewiesen wird, mag mit dem in der Vorbemerkung geäußerten Argument zusammenhängen, dass durch die Kleidung der gesellschaftliche Status ausgedrückt wird. Die von den Betroffenen erlebte Mangelsituation wird besonders deutlich bei der Frage nach der Einschätzung des eigenen Lebensstandards (C.6). Für die Mehrheit reicht das Einkommen für das Notwendige oder es ist völlig unzureichend.

4.2.5 Lebenszufriedenheit

C.12. Ein Maß für Ihre Zufriedenheit ist auch Ihr Lebensgefühl. Diese ist nicht ganz unabhängig von den Bedingungen, die eine Stadt Ihnen bietet. Deshalb möchte ich Ihnen folgende Fragen stellen.

	Stimmt ganz und gar	Stimmt eher	Stimmt eher nicht	Stimmt ganz und gar nicht	Weiß ich nicht
Wenn ich an meine persönliche Zukunft denke, bin ich eigentlich recht zuversichtlich	6	4	5	7	4
Ich fühle mich oft einsam	15	2	3	7	
Ich denke, dass ich in der gegenwärtigen Situation nicht krank werden darf, da dies für die berufliche Entwicklung Nachteile bringt	6	4	5	7	2
Ich fühle mich oft überlastet	8	3	4	11	1
Die finanziellen Einschränkungen machen mir zu schaffen	15	2	4	4	1

Tabelle 40: Lebenszufriedenheit

Die Lebenszufriedenheit ist bei vielen eingeschränkt. Besonders sind es die finanziellen Einschränkungen, die zu schaffen machen. Obwohl bei den Aktivitäten Kontakte zu Freunden/Verwandten genannt wurden, fällt hier die Vereinsamung auf.

Bildet man diese Äußerungen auf einer Skala von 1 -4 (1 = sehr geringe, 4=hohe Lebenszufriedenheit) ab, so ergibt sich ein Wert von 2.2. Das heißt, im Durchschnitt haben die Befragten eine eher geringe Lebenszufriedenheit. Betrachtet man das Alter der Befragten (der überwiegende Teil ist im arbeitsfähigen Alter), so wird in diesen Angaben ein deutlicher Mangel an befriedigenden sozialen Kontakten und an Zukunftsperspektive deutlich. Die augenblickliche Situation wird von vielen als stark belastend erlebt. Hierin zeigt sich, dass es nicht damit getan ist, einen bestimmten Geldbetrag zur Verfügung zu stellen. Hinzukommen müsste noch eine stärkere personale Betreuung kommen, die die Aufgabe hätte, eine Zukunftsperspektive zu vermitteln.

Hinter diesen Zahlen verbergen sich außerordentlich starke Einschränkungen. In den Interviews wurde besonders die Hoffnungslosigkeit von Menschen auch unter fünfzig Jahren deutlich, nochmals eine Arbeit zu finden. Hier können die üblichen institutionellen Angebote ohne eine intensive persönliche Betreuung kaum etwas ausrichten. Die Belastung durch die soziale Situation wird auch in der Aussage deutlich, dass sich viele „überlastet“ fühlen.

4.2.6 Gesundheit

Viele Untersuchungen haben den Zusammenhang zwischen physischer Gesundheit und der sozialen Situation aufgezeigt. Es lassen sich vereinfacht ausgedrückt zwei Thesen formulieren: „Armut macht krank“ und „Krankheit macht arm“. Sozioökonomischer Status und Gesundheitszustand stehen also in einer Wechselbeziehung. Insbesondere erhöht eine chronisch schlechte Gesundheit das Armutsrisiko. Und wer als Kind in Armut aufwächst, hat als Erwachsener eine schlechtere Gesundheit. Krankheitssymptome sind bei Langzeitarbeitslosen doppelt so häufig wie bei Erwerbstätigen zu beobachten. Bei Kindern zeigte sich in empirischen Untersuchungen eine erhöhte Krankheitsbelastung um den Faktor 1.3 gegenüber dem

Durchschnitt der Kinder¹⁸. Alleinerziehende Frauen, die Sozialhilfe beziehen, leiden ebenfalls verstärkt. Die soziale Benachteiligung wirkt sich auch auf den Zugang zu den Gesundheitsressourcen aus. Z.B. werden Präventivangebote wie der Impfschutz weniger angenommen.

Die Ergebnisse

F.1. Wie würden Sie Ihren gegenwärtigen Gesundheitszustand beurteilen?

Sehr gut	6
gut	8
zufriedenstellend	6
weniger gut	2
schlecht	3

Tabelle 41: Gesundheitszustand

F.2. Haben Sie gegenwärtig besondere gesundheitliche Probleme?

	Ja	nein
Herz oder Kreislauf/Blutdruck	6	20
Verdauungsorgane (Magen, Leber, Darm, Galle)	7	19
Nerven (z.B. Depressionen, Anfälle)	11	15
Atmungsorgane (z.B. häufige Bronchitis...)	5	19
Bewegungsapparat	8	18
Gewichtsprobleme	3	23
Allergien, und zwar:	5	21
Sonstiges	2	

Tabelle 42: gesundheitliche Probleme

F.3. Wie schätzen Sie die Qualität der gesundheitlichen Betreuung / Behandlung / Beratungsmöglichkeit / Pflegedienste etc. allgemein in Esch ein?

Sehr gut, reicht vollkommen aus	1
gut, reicht aus	7
Etwas unzureichend, könnte verbessert werden	3
völlig unzureichend an manchen Stellen	
kann ich nicht beurteilen	14

Tabelle 43: Qualität der gesundheitlichen Betreuung

¹⁸ vgl.: Mielck, A.(2000): Soziale Ungleichheit und Gesundheit: Empirische Ergebnisse, Erklärungsansätze, Interventionsmöglichkeiten. Verlag Hans Huber, Bern

Mielck, A. (2000a): Health inequalities in Germany: The case of single mothers and their children. In: Santé publique. Health inequalities in Europe. Réduire les inégalités de santé en Europe. Paris, Congress from 14th to 16th Dec. 2000

Wie zu erwarten, ist der Gesundheitszustand bei ca. der Hälfte der Befragten eingeschränkt. Es tauchen die Beschwerden auf, die in den o.g. empirischen Untersuchungen mit der sozialen Situation in Zusammenhang gebracht werden. Eine große Zahl gibt nervliche Erkrankungen an. Für diese sind die übrigen Belastungen (eingeschränktes Auskommen, Vereinsamung) besonders problematisch. Damit kumulieren sich verschiedene Probleme. Dass die Gesundheitsinstitutionen nicht beurteilt werden können, unterstützt die These, dass Menschen mit sozialen Benachteiligungen erschwerten Zugang zu den Ressourcen haben.

4.2.7 Wohnen

Die Wohnbedingungen sind ein äußerliches Merkmal der sozialen Situation und in hohem Maße vom Einkommen abhängig. Zur Kategorie „Wohnen“ gehören verschiedene Faktoren: Eigentumsverhältnisse, Größe, Zustand, Ausstattung, engeres Wohnumfeld wie Hausflur etc., weiteres Wohnumfeld wie Nachbarschaftsbebauung in Art und Zustand, Erreichbarkeit von Geschäften, Verkehrsanbindung, Belastungen durch Lärm, Abgase, Industrie.

Die Ergebnisse

Einen großen Teil Ihrer Zeit verbringen Sie vermutlich zuhause. Hier tanken Sie Kraft für den (Arbeits-)Alltag. Man geht davon aus, dass Ihre allgemeine Zufriedenheit in erheblichem Maß davon abhängt, wie Sie wohnen und wo Sie wohnen. Deshalb bitte ich Sie, mir die folgenden Fragen zu beantworten:

G.1. Wer oder welche Institution ist Eigentümer Ihrer Wohnung?

Sie selbst / Eltern	6	
Kommunale Wohnung	2	
Privater Eigentümer	15	
Betriebs-/Werkswohnung	0	
Weiß nicht	0	
Gemeinschaftsunterkunft	0	und zwar
		Jugendwohnheim 0
		Frauenwohnheim 3
		Alten- und Pflegewohnheim 0
		Sonstiges _____ 0

Tabelle 44: Wohneigentumsverhältnisse

G.3. *Wie zufrieden sind Sie mit:*

	+2	+1	0	-1	-2	k.a
Der Höhe der monatlichen finanziellen Belastung	11	3		5	5	3
Der Wohnungsgröße	17	4		2	4	
Der Wohnungsausstattung	14	3	1	2	7	
Der Wohngegend	7	7	5	3	3	1
Der Wohnumwelt (Lärm/Abgase/Schmutz)	5	8	2	6	4	
Den Verkehrsanbindungen	12	4	1	2	1	2
Den Beziehungen zur Nachbarschaft	4	3	2	1	2	4
Spiel- u. Bewegungsmöglichkeiten für Kinder in unmittelbarer Wohnumgebung	2	4		8	5	2

+2=ganz u. gar zufrieden, +1=eher zufrieden, 0=teils/teils, -1=eher unzufrieden, -2=ganz u. gar unzufrieden

Tabelle 45: Zufriedenheit mit der Wohnsituation

G.4. *Gehört zur Ihrer Wohnung:*

	ja	nein
Küche	17	6
Bad/Dusche innerhalb der Wohnung	22	1
WC innerhalb der Wohnung	18	5
Zentralheizung/Etagenheizung	23	
Fließend Warmwasser/Boiler	21	2
Balkon/Terrasse	8	15
Keller/Abstellräume	18	5
Eigener Garten/Gartenmitbenutzung	3	21
Eigenes Zimmer für jedes Kind	4	5
Aufzug	7	8

Tabelle 46: Wohnungsausstattung

G.5. *Wie groß ist die Wohnfläche der Wohnung?*

___ qm 7,12, 30, 30, 35, 45, 50, 60, 60, 65, 70, 80, 90, 90, 120, 200

Tabelle 47: Wohnungsgröße

Wie beurteilen Sie den Zustand Ihres Hauses, indem Sie wohnen?

In gutem Zustand	15
Teilweise sanierungsbedürftig	6
Ganz sanierungsbedürftig	1
So gut wie abbruchreif	

Tabelle 48: Zustand der Wohnung

Gründe für einen möglichen Umzug, weil

es ruhiger ist, es mehr Grünflächen gibt	11
ich mich besser auskenne, ich mehr Möglichkeiten habe	7
ich bleibe wohnen	7

Tabelle 49: Umzugsgründe

Die Eigentumsquote ist sehr gering. Dementsprechend gibt es auch kaum Garten, Balkon oder Terrasse. Für die meisten wird die Wohnungsgröße als ausreichend gesehen. Aber einige wenige bewohnen auch nur ein kleines Zimmer von sieben und zwölf qm. Die meisten Wohnungen sind über fünfzig qm. Die Befragten, die besonders mit ihrer Wohnsituation unzufrieden sind, leben in möblierten Zimmern. Die Ausstattung wird als sehr unangemessen und der Preis als unangemessen hoch angesehen. Es finden sich noch Wohnungen ohne eigene Küche und mit WC außerhalb der Wohnung. Diese Situation trägt sicherlich nicht zur Stabilisierung und zu einem befriedigenden Lebensgefühl bei. Hier sollte die Wohnsituation der Betroffenen dringend überprüft werden. Am Zufriedensten ist die Verkehrsanbindung. Auch die Größe der Wohnung wird überwiegend als ausreichend gesehen. Unzufrieden sind wiederum diejenigen in den Zimmern. Für die Hälfte der Befragten ist das Wohnumfeld verbesserungswürdig. Darauf deutet auch die von sieben Befragten geäußerte Sanierungsbedürftigkeit hin. Die meisten würden gerne aus ihrer jetzigen Wohnung oder von ihrem Wohnumfeld wegziehen. Nur sieben würden gerne wohnen bleiben. Die Gründe für einen möglichen Umzug sind hauptsächlich das Bedürfnis nach Ruhe und Grünflächen. Ein zweiter Komplex betrifft den Umzug zu einem aus der Kindheit vertrauteren Stadtteil oder Ort. Teilweise verspricht man sich auch mehr Anregung z.B. durch einen Umzug in die Stadt Luxemburg.

4.2.8 Arbeit

Obwohl das Land Luxemburg im europäischen Vergleich noch viele Arbeitsmöglichkeiten bietet, ist auch hier und vor allem in Esch eine Veränderung spürbar. Die Hürden für Menschen mit physischen und psychischen Einschränkungen werden immer höher. In verschiedenen Studien wurde immer wieder auf die Situation der Ausländer hingewiesen. Ausländerkinder brauchen länger für den Schulabschluß, haben den geringeren Abschluß, brauchen länger für den beruflichen Einstieg und sind häufiger durch Arbeitslosigkeit bedroht. Besonders die mangelnde Sprachkompetenz führt zu Anpassungsschwierigkeiten. Aber auch die Unvereinbarkeit von Erziehung und Beruf führt besonders bei alleinerziehenden Frauen zu sozialen Schwierigkeiten. Wie die Analyse der institutionellen Angebote gezeigt hat, bestehen zu wenig Betreuungsangebote im Kleinkinderbereich. Diese sind aber für diese Problemgruppe ein Schlüssel. Lösungsansätze sind im Lande Luxemburg zu sehen, z.B. das derzeit laufende EQUAL-Projekt im Norden des Landes. Dieses will gerade die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch die Weiterentwicklung von hochflexiblen Betreuungsangeboten verbessern.

Die Ergebnisse

Arbeit und Bildung sind entscheidende Merkmale für die eigene Lebenszufriedenheit. Beides kann man nur schwer von einander trennen, denn in unserer Gesellschaft sagt der Zugang zu Bildungsmöglichkeiten auch etwas über die Chancen in der Arbeitswelt aus. Deshalb möchte ich Sie bitten, die folgenden Fragen zu beantworten:

(wird im Anschluss der Fragebogen der Zielgruppe „Arbeitslose Mitbürger“ bzw. „Arbeitslose Mitbürger in städtischen Verträgen“ ausgefüllt, entfallen die Fragen 38 - 39)

H.1. Machen Sie sich Sorgen um Ihren Arbeitsplatz?

Ja, sehr	4
eher ja	1
eher nein	4
Nein, absolut nicht	4
Ich bin nicht erwerbstätig	13

Tabelle 50: Sorgen um Arbeitsplatz

H.2. Wenn Sie jetzt auf Arbeitssuche wären, wie würden Sie Ihre Chancen einschätzen, eine Arbeitsstelle zu finden?

Sehr schwierig	13
schwierig	11
es geht	0
Günstig	2
sehr günstig	0
kann ich nicht einschätzen	0

Tabelle 51: Chancen auf dem Arbeitsmarkt

Entsprechend der Stichprobenauswahl sind viele Arbeitslose unter den Befragten. Kaum jemand sieht eine Chance wieder eine Arbeit zu finden, obwohl die meisten jünger als 50 Jahre sind. Schon relativ früh wird das Alter als eine Barriere angesehen. Es sind auch viele junge Menschen unter den Befragten. Hier stellen eingeschränkte Gesundheit durch Drogenkonsum und mangelnde Qualifikation Barrieren dar. Bei Ausländern sind es Sprachschwierigkeiten und mangelnde Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Von Frauen wird die Unvereinbarkeit von Kindererziehung und Berufstätigkeit genannt.

Eine Sondergruppe der in Arbeit stehenden Personen stellen diejenigen mit befristeten Arbeitsverträgen bei der Stadt dar. Dieser „zweite Arbeitsmarkt“ trägt durchaus zur Kompensation von Vermittlungsproblemen im ersten Arbeitsmarkt bei. Wir haben sechs Interviewpartner mit solchen Verträgen zusätzlich nach ihren Erfahrungen befragt. Bei keinem führte diese Tätigkeit zur Zufriedenheit. Sie wünschen sich einen festen Vertrag und sehen sich in einer Differenz zu denen mit festem Vertrag. Diese bekämen für gleiche Arbeit mehr bezahlt. Ihre eigenen Arbeitsmarktaktivitäten beschränken sich auf die gelegentliche Vorstellung beim Arbeitsamt und auf das Lesen von Stellenanzeigen. Sie ergreifen sonst kaum eigene Initiativen und sehen sich als chancenlos. Zwar wären Sie bereit, einen gering qualifizierten Job anzunehmen, wollen aber keine langen Fahrzeiten und kaum einen Ortswechsel auf sich nehmen. In den Interviews fiel die starke negative Auswirkung auf das Wohlbefinden und die tiefe Resignation auf. Von den sozialen Diensten erwarten sie sich keine Hilfe mehr. Kontakte zu in gleicher Lage Befindlichen sind zwar vorhanden, ergaben sich aber eher zufällig. Das heißt, sie sind mit ihrer Situation alleine und zurückgezogen.

4.2.9 Erfahrungen mit Institutionen

Die Ergebnisse

Soziale Dienste sollen Ihnen helfen und Sie darin unterstützen, Ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Zu sozialen Diensten zählen beispielsweise Betreuungsangebote, Beratungsangebote u.a. Wenn im Mittelpunkt des Interesses der Gemeindevertreter die Verbesserung Ihrer Lebensbedingungen steht, dann ist der Blick auf die sozialen Dienste von Esch wichtig.

J.5. Inwieweit können Sie folgenden Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen:

	Trifft voll und ganz zu	Trifft eher zu	Trifft eher nicht zu	Trifft überhaupt nicht zu	k.a.
Habe auf Ämtern/Behörden immer alles erreicht	3	5	9	6	2
Fühle mich hilflos bei Kontakt mit Ämtern/Behörden	4	6	5	8	2
Habe Unsicherheiten beim Ausfüllen von Formularen/Verstehe die Formulierungen nicht	5	9	1	9	1
Ämter/Behörden informieren gut über persönliche Rechte und Pflichten	5	5	5	3	7
Ämter/Behörden sind meistens stur/wenig hilfreich	12	3	2	5	3
Mit einem Amt/Behörde sollte man sich nicht anlegen	9	5	5	3	3
Ich durchschaue meine Rechte	10	6	6	1	2

Tabelle 52: Erfahrung mit Behörden

Die Aussagen streuen sehr stark. Das deutet auf viele individuelle Erfahrungen und Schwierigkeiten hin. Es gibt viele positive Erfahrungen aber auch zahlreiche Schwierigkeiten. Zwar fühlen sich viele mit ihrem Problem durchaus verstanden, doch werden die Mitarbeiter nicht immer als kompetent erlebt, dafür eine Lösung zu finden. Alleine die vorhandenen Sprachschwierigkeiten, die unzureichenden Kenntnisse über das System vor allem bei Ausländern führen leicht zu Problemen im Umgang mit der Bürokratie. Doch lassen sich einige Trends sehen. Zwar fühlen sich die meisten Befragten über ihre Rechte informiert, haben aber nicht alles erreicht, was sie sich vorstellten. Viele fühlen sich hilflos gegenüber den Diensten, erleben sie als wenig hilfreich und haben Schwierigkeiten mit den Formularen.

Der Zugang zu den verschiedenen Hilfsdiensten geschieht meistens über Freunde und Bekannte. Verweisungen von einem Dienst auf einen anderen wurden selten geäußert. Dies fiel auch in der Institutionsanalyse auf. Dort entstand der Eindruck, einer sehr geringen Kooperation zwischen den Diensten.

4.3 Dipl.-Päd. G. Baumeister: Fallschilderungen

Die bisherige Darstellung der Interviewergebnisse weisen besonders auf vier Problembereiche hin:

- Vereinsamung
- Resignation bzgl. Integration auf dem Arbeitsmarkt
- die multiple Problematik alleinerziehender Frauen
- problematische Wohnsituationen

Im Folgenden werden von Frau Baumeister, die die Interviews durchgeführt hatte, drei Fälle ausgewählt, die exemplarisch die genannten Problembereiche näher beschreiben sollen.

Obwohl die Stichprobe von 30 Interviews gemessen an der Gesamteinwohnerzahl von Esch keine große und damit repräsentative Stichprobe darstellt, könnte man letztendlich erschrocken darüber sein, wie vielen persönlichen Katastrophen man dabei begegnet: Menschen mit multiplen Problematiken, die sie teilweise bis an den Abgrund ihrer Existenz bringen. Die Menschen, die ich interviewt habe sind Teil unserer Gesellschaft, es sind Menschen der Stadt Esch.

Um es im Terminus der Wissenschaft auszudrücken greife ich auf eine These zurück, die Hans Brügelmann einmal so formuliert hat¹⁹: „Fallstudien steigern die Wahrnehmungsfähigkeit und Abbildungsgenauigkeit von Beschreibungen“. Dabei erfolgt diese Steigerung der Wahrnehmungsfähigkeit nicht alleine dadurch, dass wir mit der Betrachtung eines Falles, das Besondere im Allgemeinen herausstellen, also bewusst am Fall wahrnehmen, was uns die Zahlen und die Analyse über „die Betroffenen“ aussagen. „Wahrnehmungsfähigkeit steigern“ bedeutet gleichfalls, die Wahrnehmung verschiedener Beteiligter zur Sprache zu bringen. D.h: Jeder von uns hat seine je subjektive Wahrnehmung von sich und seiner Umwelt, von vorhandener oder eben nicht vorhandener Lebensqualität. Fallschilderungen zuzulassen bedeutet, die subjektive Wahrnehmung der Interviewten zuzulassen. Sich ihre Lebensgeschichten und ihre Eindrücke anzuhören und sie als die subjektive Wirklichkeit dieser Betroffenen anzunehmen. Der Anspruch von Fallschilderungen liegt also auch darin, diese subjektive Wirklichkeit an sich heranzulassen, Betroffenheit zuzulassen und größere Lebensnähe zu suchen.

Neben diesem empathischen Moment gibt es einen weiteren, den Brügelmann in einer anderen These anbringt: „Fallstudien steigern die Verständlichkeit und Überzeugungskraft von Berichten“²⁰. Weiter führt er dazu aus: „Auch technisches Vokabular müssen wir in Alltagssprache übersetzen, wenn wir handeln wollen. Diese Übersetzung (und mögliche Missverständnisse) vermeidet die Fallstudie, wenn sie die Beteiligten „selbst sprechen lässt“, wenn sich der Berichterstatter darum bemüht, alle Sinne des Lesers anzusprechen.“

¹⁹ Hans Brügelmann „Fallstudien in der Pädagogik“; in: Zeitschrift für Pädagogik 28.Jg 1982, Nr.4; S. 616

²⁰ ebda S.618

Beide Thesen zusammengenommen lassen mich zu der Formel kommen: Betroffenheit wecken und zulassen, um Handeln anzuregen.

Es ist meine Absicht, diese Aussage in das Zentrum der folgenden Schilderungen zu rücken.

Fall 1

Die Frau, von der ich im Folgenden spreche, ist Repräsentantin für die Problematik einer Generation: ich spreche von alten Menschen:

Frau D. ist 70 Jahre alt. Sie lebt vom RMG. Sie selbst hat in ihrem Leben nicht lange gearbeitet: Die Heirat mit ihrem Mann hat sie zu dem gemacht, was sie für ihre Generation als selbstverständlich empfindet: sie war Hausfrau und Mutter. Damit hat sie in Folge auch als selbstverständlich das hingenommen, was Frauen ihrer Generation als „ihren Weg“ ansehen: sie haben kein eigenes Einkommen, keine eigene Rente, keine fundierte Berufsausbildung. Warum auch, das Leben gibt einem als Frau ja vor, was „frau“ wird.

Ihr Mann ist relativ früh verstorben. Die Witwenrente reicht nicht. Sie suchte Arbeit und fand eine: als Haushaltshilfe. Allerdings arbeitete sie nicht lange: sie erkrankt psychisch und ab da beginnt ihr gesundheitlicher Leidensweg. Bis heute hat sie mehrere Psychiatrieaufenthalte hinter sich, sie ist medikamentös eingestellt, sie ist gehbehindert.

Ihre derzeitige Wohnsituation: Sie lebt mit ihren 70 Jahren und als RMG-Empfängerin in einer Sozialwohnung im 4.Stock. Das Haus, welches sie bewohnt, hat keinen Aufzug. Ihre Wohnung liegt auf der obersten Etage des Hauses. Es ist die einzige Wohnung auf dieser Etage. Direkte Nachbarn hat sie damit keine.

Diese Frau möchte ich Ihnen als Fallbeispiel für den o.g. Problempunkt „Vereinsamung“ vorstellen.

Auf viele der im Interview gestellten Fragen, die sich auf das Gemeindeleben in Esch beziehen (Bsp: A.1 „Betrachten wir zuerst einige Freizeitbereiche genauer: Bitte schätzen Sie die Versorgungslage ein“ oder A.2 „Wie zufrieden sind Sie mit den Freizeitmöglichkeiten und kulturellen Angeboten in ihrer Gemeinde?“) antwortet sie: „Ich kenne mich nicht mehr so gut aus. Ich bin krank und habe mich zurückgezogen.“

Die Fragen betreffend ihrer sozialen Vernetzung, also jene, die sich mit der Häufigkeit ihrer Aktivitäten beschäftigen, beantwortet sie eher mit der Rubrik „nie“. D.h: Diese Frau lebt in sozialer Isolation.

Sie selbst, wird aber keine eigenen Anstrengungen tätigen bzw. tätigen können, um etwas an ihrer Situation zu verändern. Sie wird es auch deshalb nicht tun, weil sie nicht auffallen will. Sie scheut sich, zum Arzt zu gehen, sie scheut sich noch mehr davor, sich über ihre Situation zu beklagen. Auf die Frage „Warum?“ antwortet sie: „Ich habe Angst, dass ich dann wieder nach Ettelbrück komme. Ich war psychisch krank und ich war schon in Ettelbrück. Da will ich nicht hin“.

Machen wir uns nochmals bewusst, dass Frau D. eine Wohnung im 4.Stock eines Mietshauses bewohnt, dann müssen wir feststellen, dass auch diese Tatsache zu ihrer Isolation beiträgt. Im Alter von 70 Jahren und mit einer Gehbehinderung wird sie es vermeiden, ihre Wohnung zu verlassen. Alle Treppenstufen hinabzusteigen, auch mit der Gewissheit, diese wieder hinaufsteigen zu müssen, führen dazu, dass Frau D. nur die notwendigen Dinge außer Haus erledigt. Direkt vor ihrer Haustür wurde der öffentliche Platz neu gestaltet. Er sieht sehr hübsch

aus, aber er hat für Frau D. einen entscheidenden Nachteil: er ist gepflastert. Wenn sie also das Haus mal verlässt (i. d. R. für Einkäufe), dann fühlt sie sich auf dem Kopfsteinpflaster sehr unsicher.

Freizeitbeschäftigungen außer Haus, die soziale Kontakte ermöglichen könnten, fallen für Frau D. flach. Sie verbringt ihre Zeit eher damit, dass sie hinter dem Fenster sitzt und sich das Geschehen im Hof anschaut. Zeitung liest sie auch nicht mehr. Sie hatte eine Tageszeitung abonniert. Das Abo hat sie aber gekündigt, weil die Zeitung häufiger geklaut wurde. In der Regel werden die Tageszeitungen im Hausflur im Eingangsbereich von den Zustellern abgelegt.

Wie wir wissen führt soziale Isolierung zur starken Beeinträchtigung des Wohlbefindens und der Gesundheit.

Bei Frau D. ist genau dies eingetreten. Sie bewegt sich nun, an ihrem Lebensabend, im Teufelskreis: sie ist krank, sie fühlt sich nicht wohl und ihre soziale Isolierung hält sie auch in diesem Dasein fest. Die Frage G.2 „Haben Sie gegenwärtig besondere gesundheitliche Probleme?“ antwortet sie in allen Bereichen mit „ja“, außer unter der Rubrik „Allergien“ und „Sonstiges“.

Frau D. lebt schon längere Zeit in dieser Isolation. Ihre gesamte Situation hat dazu geführt, dass sie gegenüber anderen Menschen sehr zurückhaltend und skeptisch ist. Sie gibt im Interview an, dass sie sich in Esch absolut nicht sicher fühlt (Frage B.1). Alles außerhalb ihres gewohnten Rahmens verunsichert sie. Bedenklich ist nur, dass dieser „gewohnte Rahmen“ bei Frau D. sehr eng ausfällt und sich auf 50 – 60qm Wohnung erstreckt.

Die Situation von Frau D. möchte ich abschließend noch in einen stadt- bzw. sozialplanerischen Zusammenhang stellen:

Demographisch gesehen veraltet unsere Gesellschaft, d.h. es hat nie so viele alte Menschen in unserer Gesellschaft gegeben wie derzeit. Die Alterspyramide existiert nicht mehr. Die Lebensgeschichte von Frau D. ist keine besonders ungewöhnliche und damit ist Frau D. als „Fall“ kein außergewöhnlicher Fall. Gerade das sollte uns nach der eben beschriebenen Fallschilderung zu denken geben. Alten Menschen Lebensqualität zu ermöglichen würde also bedeuten, sie ins Zentrum unserer sozialpädagogischen Aufmerksamkeit zu setzen.

Frau D.'s Lebens- und Wohnsituation steht auch als ein Beispiel für die im Bericht (S.34) festgehaltenen Defizite beim betreuten Wohnen im Seniorenbereich.

Fall 2

Im Folgenden spreche ich über einen Mann, der es mit seinen 44 Jahren für fast unmöglich hält eine Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt zu finden. Er steht also als Beispiel für das durch die Analyse der Interviews dargestellte Problem der Resignation bzgl. der Integration in den Arbeitsmarkt.

Herr E. ist unverheiratet und lebt bei seinem Vater. Er hat eine Freundin, die schwanger ist. Mit 44 wird er bald zum ersten Mal Vater.

Er lebt aber nicht mit seiner Freundin zusammen. Es ist auch nicht angedacht, dass sich beide eine gemeinsame Wohnung suchen. Er freut sich auf das Kind. Dieses Kind ist der Anlass dafür, dass er die Frage nach seiner persönlichen Zukunft positiv beantwortet.

Herr E. ist arbeitslos und arbeitet seit 5 Jahren im städtischen Vertrag. Auch vor seiner Arbeitslosigkeit hat er sich lediglich mit Hilfsjobs über Wasser gehalten. Für ein selbstständiges Leben hat es bisher nicht gereicht. Seine Arbeitslosigkeit ist für ihn Teil der Normalität. Deshalb steht sein persönliches Zukunftsglück weniger im Zusammenhang mit der Hoffnung auf einen festen Arbeitsplatz als vielmehr mit seiner zukünftigen Vaterrolle.

Herr E. hatte schon in der Schule große Probleme. Vor allem die Fremdsprachen bereiteten ihm Schwierigkeiten. Als neben Deutsch auch Französisch auf dem Lehrplan stand, sind seine Zensuren rapide gesunken und mit den Zensuren auch seine Leistungsmotivation. Was Herr E. mir da erzählte erinnert mich sehr an meine tagtäglichen Erfahrungen in einem luxemburgischen Internat in der Stadt Luxemburg. Auch wenn die Primärschulzeit von Herrn E. doch schon lange Zeit zurückliegt, dann kann ich feststellen, dass sein Schicksal auch eines der heutigen Schülergenerationen ist. Dabei fällt mir auf, dass vor allem ausländische Kinder, die in ihrer Muttersprache aufwachsen, ein hohes Risiko fahren, einem solchen Schicksal entgegenzusteuern. Manche Kinder lernen frühestens in der „Spillschoul“ Luxemburgisch. Ab dem ersten Schuljahr kommt dann sozusagen ihre zweite Fremdsprache (nämlich Deutsch) hinzu. Packen sie dies noch mit einem mittelmäßigen Notendurchschnitt, kommt häufig aber ab der für sie 3. Fremdsprache (Französisch), also ab dem 3. Schuljahr, der Leistungsknick. Ihre Eltern können ihnen eigentlich bereits ab dem 1. Schuljahr nicht mehr helfen, denn sie sprechen manchmal weder Deutsch noch Französisch.

Was hat das mit Herrn E. zu tun?

Das Problem von Herrn E. ist seine mangelnde Qualifikation, er hat keine Ausbildung. Auch wenn er diesen Mangel nicht als Grund dafür angibt, dass er eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt für unwahrscheinlich hält (hier nennt er eher sein Alter), so wissen wir doch, dass unzureichende Qualifikation ein Hauptgrund für Unvermittelbarkeit in den Arbeitsmarkt gilt. Dass er persönlich sein Alter dafür verantwortlich macht, dass er keine Aussicht auf einen Arbeitsplatz hat, lässt sich sozialpsychologisch mit der selbstwertdienlichen Verzerrung erklären. Demnach neigen wir dazu, uns selbst für unsere Erfolge verantwortlich zu machen. Unsere Misserfolge aber mit anderen Situationsgegebenheiten (in diesem Fall das Alter) zu erklären suchen.

Das Schicksal von Herrn E. setze ich in Verbindung mit meinen Internatserfahrungen, um deutlich zu machen, dass auch heute noch die große Gefahr besteht, dass Kinder und damit die potenziellen Arbeitskräfte von morgen einer ähnlichen Arbeitslosenkarriere entgegengehen.

Deshalb ist es mir wichtig, dass ich diesen 2. Fall vorstelle. Engagement in Bildung und die Möglichkeit unterstützender Maßnahmen für entsprechende Betroffenen Gruppen ist eine Investition in die Zukunft der Stadt Esch. „Vererbung“ von unzureichenden Bildungsabschlüssen sollte ermieden werden. Auch das lässt sich am Fall „Herr E.“ nachvollziehen. Der Vater von Herrn E. war Hilfsarbeiter bei Arbed. Schulisch konnte er „seinen Jungs“ (Herr E. hat noch einen Bruder) nicht weiterhelfen. Er verlor seinen Job, als Arbed massiv Stellen abgebaut hat. Er wurde Frührentner. Seine Söhne, (der uns bekannte Herr E. und sein Bruder) haben beide keine Ausbildung, sie sind beide arbeitslos und haben beide keine Aussicht auf Vollbeschäftigung. Ohne Unterstützung von anderen konnte der Vater von Herrn E. ihm und seinem Bruder nicht helfen und ohne Unterstützung wird auch Herr E. seinem Kind nicht helfen können.

Die Kette der „Vererbung“ von mangelnder Schul- und Ausbildung kann mit entsprechenden Förderprogrammen unterbrochen werden. Das Engagement der Gemeinde Esch bspw. in Ganztagschulen ist sicher ein Schritt in diese Richtung.

Fall 3

Frau C. ist 27 Jahre alt. Sie lebt mit ihren 3 Kindern (9, 7 und 4 Jahre) seit bereits 8 Monaten im Frauenhaus. Das ist eine sehr lange Zeit, wenn man bedenkt, dass diese Einrichtung als Notunterkunft für Frauen in Krisensituationen gedacht und entsprechend konzipiert ist. Nach massiven Gewalterfahrungen in der Ehe hat sie diesen Schritt gewagt und erfährt nun einen Teufelskreis, der für alleinerziehende Frauen durchaus nicht untypisch ist.

Frau C. ist Portugiesin. Ihr Mann, ebenfalls Portugiese, hat sie in einem Urlaub in Portugal kennen gelernt. Sie heirateten und sie folgte ihrem Mann nach Luxemburg. Frau C. spricht Portugiesisch. Das Französische hat sie in Luxemburg erlernt.

Nachdem ihr Mann arbeitslos wurde, fand sie einen Job in einem Chinarestaurant. Die Arbeitszeiten (in der Regel in den Abendstunden) waren für sie machbar, da ihr Mann in der Zeit die Kinder hütete.

Nachdem sie vor erneuten Gewaltausbrüchen ihres Mannes ins Frauenhaus geflohen ist, kann sie diese Arbeit nicht mehr ausführen. Sie findet für diese Zeit keine Betreuung für ihre Kinder. Ihr ehemaliger Arbeitgeber verliert sie nur sehr ungern als zuverlässige Arbeitskraft und bietet ihr einen Teilzeitjob an, den sie im Mittagsgeschäft des Restaurants ausführen könnte. Aber auch dies kann Frau C. nicht annehmen. Zwar hätte sie die Möglichkeit, Mittagsbetreuung für ihre schulpflichtigen Kinder zu finden, aber für das knapp vierjährige Mädchen erhält sie keinen Betreuungsplatz.

Frau C. ist seit 8 Monaten auf der Suche. Ihr Ziel ist es, ein eigenständiges und unabhängiges Leben zu führen:

- unabhängig von ihrem Mann
- unabhängig vom RMG.

Aber:

- Sie sucht nach einer Arbeitsstelle, die sich mit ihrem Dasein als alleinerziehende Mutter vereinbaren lässt.
- Sie sucht nach einem Betreuungsplatz für ihre vierjährige Tochter
- Sie sucht nach einer Wohnung für sich und ihre Kinder

Das große Problem dabei ist allerdings, dass sie:

- ohne Arbeit keine Wohnung findet und
- ohne Wohnung keine Arbeit.

Dieses Problem ist in Fachkreisen bekannt und aus diesem Grund bietet das „Foyer“ den Frauen die Möglichkeit an, die Adresse ihrer Zentrale anzugeben. Ich fragte Frau C., ob sie davon Gebrauch macht. Doch auch darin hat Frau C. bereits ihre Erfahrungen gesammelt und so antwortete sie:

„ Die Leute wissen doch, was hinter der Adresse steckt und wenn ich sie angebe, dann nehmen sie mich nicht. “

Das Problem der Wohnungssuche wird dadurch erschwert, dass sie 3 Kinder hat. Frau C. fühlt sich gebrandmarkt: Es sei schon sehr schwer, in der heutigen Zeit als „intakte“ Familie mit 3 Kindern eine Wohnung zu finden. Noch schwieriger sei es, wenn man alleinerziehende Mutter sei.

Alle die von ihr genannten Schwierigkeiten lassen Frau C. von einem Teufelskreis sprechen. Nach 8 Monaten Notunterkunft wirkt sie sehr verzweifelt, zumal sie derzeit keine Aussicht hat, dass sich etwas an ihrer Situation ändert.

Sicherlich ist die Lebens- und Leidensgeschichte von Frau C. kein alltäglicher Fall. Frau C. ist eine Frau, bei der sich multiple Problematiken kumulieren (unqualifizierte Arbeitskraft, Ausländerin mit Sprachschwierigkeiten, Erfahrungen von massiver Gewalt in der Ehe und alleinerziehende Mutter von 3 minderjährigen Kindern).

Trotzdem soll dieser Fall hier als ein Beispiel für das Problemfeld alleinerziehender Mütter stehen. In der Fachliteratur sind Alleinerziehende als Armutsriskogruppe bekannt und ebenso die physischen und psychischen gesundheitlichen Folgen für diese Personen und die betroffenen Kinder.

Wenn dies anhand empirischer Untersuchungen gewusst ist, dann ist dieser Personenkreis auf materielle und persönliche Betreuung dringend angewiesen. Neben den Frauen sind auch die Kinder betroffen. Betrachten wir die Kinder als Stützen unserer Gesellschaft von morgen, dann ist es bedenklich, wenn wir zulassen, dass das Mauerwerk dieser Stützen brüchig wird.

Ziel dieser Schilderungen ist es, die Auswertung der Interviews zu ergänzen und die außerordentliche Betroffenheit der Befragten näher zu bringen.

Es sind durchaus keine außergewöhnlichen Fälle. Sie können als Repräsentanten für eine Vielzahl von Benachteiligungen stehen. Fallbeispiele sollen Betroffenheit wecken und Betroffenheit zulassen, um Handeln anzuregen.

5 ANHANG

5.1 Bestandsaufnahme : Liste der sozialen Dienste und ihrer Angebote

001: Anne asbl. Foyer St. Joseph- Elisabeth Centre d'accueil

- 001.01 : Kinderheim für Kleinkinder, Jugendliche und junge Erwachsene

002: Foyer Charlie Chaplin- Elisabeth asbl.

- 002.01 : Foyer Charlie Chaplin

003: International Sichen an Retten- ISAR

- 003.01: Internat

004: Jugend- an Drogenhelf

- 004.01: Offene Tür
- 004.02: Beratungsstelle

005: Foyer Sud Fraen an Nout

- 005.01 : Centre d'accueil
- 005.02 : Bureau d'information et de consultation

007: Service de psychologie et d'orientation scolaire LTE (Lallenge + V. Hugo + Ec. Verte)

- 007.01 : Service de psychologie scolaire LTE

008: Centre d'éducation différenciée (école pour enfants à besoins spéciaux)

009: Action Locale Pour Jeunes

- 009.01 : Suivi et orientation socio- pédagogique

010: Initiativ « Rem schaffen »

- 010.01: Service d'information et de consultation pour femmes à la recherche d'un travail (beruflichen Wiedereinstieg von Frauen vereinfachen)

011: Consultation pour Nourissons (consultation- prevention- conseils)

- 011.01: Consultation pour Nourissons (consultation- prevention- conseils)

012: Spillhaus Parc Laval- Creche

- 013: Service de placement familial et de gardiennage « Fir ons Kanner »
- 013.01 : placement familial et gardiennage (Tagesbetreuung für Kinder und Pflegekinderdienst)
- 014: Noemi- Accueil
- 014.01 : Frauenhaus
- 015: Elternkreis Drogenhelf Anonym E.D.K.
- 015.01: Elternselbsthilfegruppe drogenabhängiger Kinder EDK
- 016: Administration de l'Emploi
- 016.01 : ADEM : 1) placement 2) prestations chômage 3) orientation professionnelle
- 017: Snoopy House- Foyer de jour pour enfants
- 017.01 : Accueil d'enfants (de 3 mois a 7 ans avec ramassage scolaire)
- 018: Cockerills Park- Foyer de jour
- 018.01 : Foyer de jour (pour enfants ages de 2 mois a 4 ans)
- 019: Fondation APEMH (Association de Parents d'Enfants Mentalement Handicapes)
- 019.01 : Foyer Patton- Fond. APEMH
 - 019.02 : Maison Think- Fondation APEMH
 - 019.03 : centre d'animation, de readaptation, de rencontre APEMH
 - 019.04 : Service d'activites de jour- Fond APEMH
 - 019.05 : centre de jour pour handicapes graves Fond. APEMH
 - 019.06 : Foyer de la Solidarite- Fond. APEMH
 - 019.07 : Foyer Roude Fiels Fond. APEMH
 - 019.08 : Foyer Senior Centre pour personnes agees APEMH
- 020: Bureau d'information et de consultation pour femmes E/A
- 020.01. : Bureau d'information et de consultation pur femmes
- 021: Mouvement luxembourgeois Pour le Planing Familial et l'education sexuelle « Planing Familial »
- 021.01. : Planing Familial
- 022: Maison de soins d'Esch/ Alzette
- 022.02. : Maison de soins d'Esch/ Alzette
- 023: Service Medico- Psycho- Pedagogique
- 023.01.: Service MPP (Beratung, Diagnostik, Schulische Orientierung)
 - 023.02.: Service MPP (pädagogische Unterstützung, Hausaufgabenhilfe)
- 024: centre d'initiative et de gestion local E/A
- 024.01 : Multimediastuff
 - 024.02 : D' Heemelmaus Garderie
 - 024.03 : den Handkesselchen- Service Bricolage
 - 024.04: Environnement (Amenagements publics et espaces vertes)
 - 024.05 : Atelier de formation et de production de mobilier urbain OPE.)
- 025: Foyer Esperance Association luxembourg alzheimer

- 025.01. : Foyer esperance de l'association Luxembourg alzheimer
- 026: Creche de l'Hopital de la Ville d'Esch „En Häerz fir ons Kanner“
 - 026.01 : Creche de l'HVE, Hort (Garderie) und Krippe für Personal
- 027: Comite de liaison et d' action social CLAS (M. Hoffmann)
 - 027.01 : betrifft CLAS nicht, da er keine speziellen Angebote bietet
- 028: Service Regional d' Action Sociale
 - 028.01. : Service Regional d' Action Sociale

- 029: SPES- Societe pour la Promotion de l'Economie Sociale asbl.
 - 029.01. : Maison des Citoyens c/o SPES asbl. (Hausaufgabenhilfe)
- 030: Reseau Psy- „Psychesch Hellef Dobaussen“ asbl. Centre „Oppen Diir“
 - 030.01: Centre „Oppen Diir“ (Centre de Consultation et d'information)
 - 030.02: Villa Reebou (Centre de jour)
- 031: Service Medical Scolaire de l'Administration Communale d'Esch/ Alzette (3 Sektoren)
- 032: Service de la Securite Sociale Consultation pour Nourrissons (Ville d'Esch/ Alzette)
 - 032.01 : Consultation pour Nourrissons (Service de la Securite Sociale)
- 033: Service „Repas sur Roues“ Service de la Securite Sociale (Ville d'Esch/ Alzette)
 - 033.01 : Departement « Repas sur Roues » (Service de la Securite Sociale, Ville d'Esch/ Alzette)
- 034: Office Social de la Ville d'Esch/ Alzette = 035
 - 034.01. : Office Social de la Ville d'Esch/ Alzette « Soziale Dienstleistungen » : von den Sozialarbeitern ausgefüllt, gleiche Angaben wie 035)
- 035: Office Social de la Ville d'Esch/ Alzette (Sozialhilfe)
 - 035.01.: Office Social de la Ville d'Esch/ Alzette (Administration)
- 036: Service de la Securite Social de la Ville d'Esch/ Alzette , Abteilung « Aide- Familiale- Aide- Senior »
 - 036.01. : Service de la securite Sociale de la Ville d'Esch/ Alzette « Aide Familiale »
- 037: Freierkennung „Hellef fir den Puppelchen“ asbl.
 - 037.01: Hellef fir den Puppelchen- Therapie
- 038: PIPO- Creche (Jardin d'enfants?)
- 039: Service de placement familial EGCA
 - 039.01 : Service de placement Familial (premier employant 3 universitaires et 1 secretaire)
- 040: Foyer Lankhelzerweiher
 - 040.10: Fondation Kräizbiereg c/o Foyer Lankherzerweiher- Förderung der Selbständigkeit bis hin zur vollständigen Autonomie
- 0141 „Service de conseil et d'information en matiere de surendettement »
 - 041.01: „Service de conseil et d'information en matiere de surendettement »
- 042: Fondation sclerose en plaques Luxembourg, Residence « Aal Esch »
 - 042.01 : Residene « Aal Esch » (idem A)

043: Caritas „Kleederstuff“

- 043.01: Caritas „Kleederstuff“- Secondhand Kleidung

044: Keramikfabrik

- 044.01 : (Atelier d’insertion au marche de l’emploi pour personnes atteintes d’autisme)

045: HELP- Hellef fir den Bierger an d’Biergerin asbl.

- 045.01: Soins, aide et aide a domicile

046: Stemm vun der Strooss → Obdachloseneinrichtung in Luxemburg-Stadt

- 046.01: Atelier protege- dispersair medical- foyer de jour)

047: Zarabina asbl. , Initiativen fir Fraen

- 047.01: Bürokommunikation und Bürotechnik
- 047.02: Mentoring. Macht, Erfolg, Frauen planen ihren Aufstieg
- 047.03: Berufsplanung für Frauen, berufliche Orientierung und berufsstrategische Beratung
- 047.04: Teleworking- Telelearning

048: Servoir CIPA „Op der Leier“

- 048.01. : Servoir CIPA « Op der Leier », Integrationszentrum

049: „Service d’accueil“/ „Kantins- Servicer“ (im Gesetz „Service de restauration scolaire“:

Croix-Rouge : Service Social de Proximité : Allgemeiner Sozialer Dienst mit flächendeckenden Beratungs-, Orientierungs- und Unterstützungsangeboten

Wohnungsamt der Stadt Esch: Information, Beratung, Orientierung, Sozialwohnungen für Familien und alleinerziehende Frauen

Institutionen aus dem Resolux, die an der Befragung nicht teilgenommen haben, aber Dienste in Esch zur Verfügung stellen: Nr.1, Nr.8, Nr.14, Nr.17, Nr.18, Nr.21, Nr.45, Nr.54, Nr.61, Nr.62, Nr.66, Nr.78, Nr.88, Nr.93, Nr.94 des Resolux

5.2 Interviewleitfaden zur Lebensqualität

Interview
Allgemeine Fragen zur Lebensqualität

Die Gemeinde möchte Ihren Bürgern gute Lebensbedingungen bieten. Sie ist daran interessiert zu erfahren, wie Sie sich als Bürger der Gemeinde fühlen und wie Sie Ihre Stadt erleben.

Hierzu dient dieses Interview, für welches Sie sich dankenswerter Weise zur Verfügung stellen.

Wir möchten Ihnen an dieser Stelle versichern, dass wir Ihre Aussagen so verarbeiten werden, dass niemand herausfinden kann, dass es sich um Ihre Antworten handelt.

Interview Nr.: Interviewdauer: Ort:

A. Fragen zur Freizeitgestaltung; kulturelles Angebot

Freizeit ist die Zeit, in der man bestrebt ist, besonders die Dinge zu tun, die einem großen Spaß machen. Als Bürger von Esch wird es für Sie deshalb wahrscheinlich von Wichtigkeit sein, wie zufrieden Sie damit sind, was die Stadt für Sie an Freizeitmöglichkeiten bereithält. Deshalb möchte ich zu Beginn ein paar Fragen zu diesem Bereich stellen.

A.1. Betrachten wir im Folgenden einige Freizeitbereiche genauer: Bitte schätzen Sie die Versorgungslage ein:

	Völlig ausreichend	ausreichend	Zu wenig	Keine vorhanden
Sportplätze (Fußballfeld, „Bolzplatz“, Stadion)				
Fitnessangebote				
Schwimmhalle				
Naherholungsgebiet				
Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche				
Freizeitangebote für Familien				
Seniorentreffs				
Angebote an Restaurants, Cafés, „Kneipen“...				
Angebot an Kinos				
Theaterangebote				
Sonstige (hier besteht die Möglichkeit, Angebote zu nennen, die nicht erfragt wurden)				

A.2. Wie zufrieden sind Sie mit den Freizeitmöglichkeiten und kulturellen Angeboten in Ihrer Gemeinde?

absolut zufrieden eher zufrieden eher unzufrieden Absolut unzufrieden
 kann ich nicht einschätzen

A.1.1. Gründe für die Unzufriedenheit (zu wenig Angebote; veraltete Einrichtungen, mangelnde Sauberkeit...)

A.3. Welche Veränderungen wünschen Sie sich in die Freizeitbereichen?

B. Fragen zur Sicherheit

B.1. Fühlen Sie sich sicher in Esch oder haben Sie erhöhte Angst vor Einbrüchen, vor tätlichen Übergriffen auf der Straße oder sonstiges?

Fühle mich absolut sicher Fühle mich eher sicher teils/teils

Ich habe Angst , vor _____

B.2. Würden Sie behaupten, dass die Kriminalitätsrate in Esch höher ist als in anderen Gemeinden?

Ja, absolut eher ja teils/teils eher nein überhaupt nicht kann ich nicht einschätzen

C. Fragen zu Ihren Aktivitäten und zu Ihren Beziehungen

C.1. Die Fragen, die ich Ihnen nun stelle, beziehen sich auf Ihre bevorzugten Aktivitäten und auf Ihre Kontakte. Geben Sie bitte zu jeder der folgenden Tätigkeiten an, wie oft Sie das etwa tun:

	täglich	Mind. 1 x pro Woche	Mind. 1 x pro Monat	seltener	nie
In ein Restaurant, Café, „Kneipe“ gehen					
Gegenseitige Besuche von Nachbarn, Freunden					
Besuche von Familienangehörigen/Verwandten					
Kurze Reisen und Ausflüge in die Natur					
Betätigung in Parteien, Politik, Bürgerinitiativen					
Ehrenamtliche Tätigkeit in Vereinen / Verbänden / sozialen Diensten					
Kirchgang, Besuch von religiösen Veranstaltungen					
Zuhause Fernsehen / Video					
Zuhause Lesen von Sach- und Unterhaltungsliteratur, Romanen, Krimis, Comics					
Zeitungen / Zeitschriften lesen					
Basteln/Reparaturen Haus/Wohnung/Auto,Garten					
Tätigkeiten im Haushalt (Saubermachen...)					
Aktive sportliche Betätigung					
Besuch von Sportveranstaltungen					
Künstlerische und musische Tätigkeiten außer Haus					
Künstlerische und musische Tätigkeit zuhause					
Kinobesuch					
Besuch von Konzerten/ Tanzveranstaltungen / Disco					
Besuch von Veranstaltungen (Theater, Ausstellungen...)					
Besuch von Begegnungsstätten, soziale Einrichtungen, Freizeitclubs...					

C.2. Menschen sind unterschiedlich. Dem einen sind Kontakte mit anderen sehr wichtig, der oder die andere ist lieber alleine. Inwieweit treffen die folgenden Aussagen auf Sie zu?

	Stimmt völlig	Stimmt weniger	Stimmt nicht
Ich kümmere mich nur wenig um Dinge außerhalb meiner privaten Welt			
Ich bin gerne alleine			
In meiner Freizeit ist es mir wichtig, etwas mit Freunden/ in einer Clique zu unternehmen			
In meiner Freizeit bin ich am liebsten allein / nur mit meinem Partner zusammen			
Der Kontakt in der Nachbarschaft ist mir wichtig			
Es ist leicht, in Esch Kontakt zu finden			

C.3. Sind Sie Mitglied in einem Verein, einer Bürgerinitiative oder ähnlichem?

Ich bin Mitglied in:

Einer Gewerkschaft	
Einer Partei	
Einer Eltern- oder Bürgerinitiative	
Eines Sportvereins	
Eines anderen Freizeitvereins	
Einer Arbeitsgemeinschaft	
Einer Jugendorganisation	
Eines beruflichen Interessenverbandes	
aktives Mitglied einer Kirchengemeinde / Religionsgemeinschaft	
Sonstiges und zwar:	

D. Fragen zu Ihrer materiellen Situation

Zu Beginn des Interviews haben wir bereits über Ihre Freizeitgestaltung gesprochen. Die persönliche Chance am Freizeitangebot teilzunehmen ist in der Regel auch eine Frage der finanziellen Möglichkeiten.. Das soll hier nur als ein Beispiel genannt sein, warum die materielle Situation von Menschen Einfluss auf ihre Zufriedenheit hat. Deshalb bitte ich Sie, die folgenden Fragen zu beantworten.

D.1. Wie viele Personen leben ständig in Ihrem Haushalt?

Anzahl: _____

Ehepartner(in)

(Schwieger-) Eltern

Lebenspartner(in)

Großeltern

Kinder bis 6 Jahre

Andere; wer?

Kinder zwischen 7 und 12 Jahren

Kinder zwischen 13 und 18 Jahren

Kinder über 18 Jahren

D.2. Wie viele Personen tragen zum Einkommen bei ?

D.3. Können Sie uns in etwa die Höhe Ihrer monatlichen finanziellen Möglichkeiten nennen (aller Haushaltsmitglieder)? _____ €

D.4. Bleibt Ihnen oder Ihrem Haushalt in der Regel ein gewisser Betrag übrig, den Sie sparen?

Ja manchmal nie

D.5. Haben Sie derzeit materielle Belastungen? Welche?

- Darlehen in Höhe von ca.: ___ €
 Schulden in Höhe von ca.: ___ €
 Ratenzahlungen in Höhe von ca.: ___ €
 Sonstiges, und zwar: _____ in Höhe von ca.: ___ €

D.6. Haben Sie oder ein anderes Haushaltsmitglied im letzten Kalenderjahr (2002) Sozialhilfe oder eine andere Unterstützung vom Office Social erhalten? Welche?

D.6.1. Haben Sie evt. Anspruch auf Sozialhilfe, nehmen diesen aber nicht wahr? Warum?

D.7. Wie beurteilen Sie den Lebensstandard Ihres Haushaltes insgesamt?

- Ausgezeichnet, man kann sich fast alles leisten, was man will
 Zufriedenstellend, man kann sich nicht alles, aber vieles leisten.
 Bescheiden, es reicht aber für das Notwendige
 Schlecht, man kann sich viele notwendige Dinge nicht leisten
 Völlig unzureichend

D.8. Wie schätzen Sie derzeit die finanzielle Situation Ihres Haushaltes ein?

Ich habe/ wir haben genug Geld für	Stimmt ganz und gar	Stimmt eher	Stimmt Teils/teils	Stimmt eher nicht	Stimmt ganz und gar nicht
Wohnung					
Kleidung					
Haushalt					
Lebensmittel					
Auto					
Reisen					
Freizeitunternehmungen					

E. Fragen zu Ihrem Lebensgefühl

Ein Maß für die Zufriedenheit ist auch Ihr Lebensgefühl. Dieses ist nicht ganz unabhängig von den Bedingungen, die eine Stadt Ihnen bietet. Deshalb möchte ich Ihnen die folgenden Fragen stellen:

Nun noch einige allgemeine Fragen zu Ihrem Lebensgefühl:

E1. Bitte beurteilen Sie die folgenden Aussagen:

	Stimmt ganz und gar	Stimmt eher	Stimmt eher nicht	Stimmt ganz und gar nicht
Wenn ich an meine persönliche Zukunft denke, bin ich eigentlich recht zuversichtlich				
Ich fühle mich oft einsam				
Ich denke, dass ich in der gegenwärtigen Situation nicht krank werden darf, da dies für die berufliche Entwicklung Nachteile bringt				
Ich fühle mich oft überlastet				
Die finanziellen Einschränkungen machen mir zu schaffen				

E.2. Wie zufrieden sind Sie heute mit den gegenwärtigen Bereichen Ihres Lebens?

	Ganz und gar zufrieden	Etwas zufrieden	Teils/ teils	Etwas unzu- frieden	Ganz und gar unzu- frieden	Trifft nicht zu
Ihrer Gesundheit						
Ihrer Arbeit/ Lehrstelle						
Ihrer Tätigkeit als Hausfrau/-mann						
Ihrer Wohnung						
Dem Umfang Ihrer freien Zeit						
Dem Zustand der Umwelt in Esch						
Mit Ihrer Beziehung zum/zur Partner(in)						
Mit Ihrer Rolle als Elternteil						
Mit Ihren sozialen Kontakten/Beziehungen zu Freunden („Freunde auf die man sich verlassen kann“)						

F. Fragen die Familie und die Kinder betreffend

Zum einen hat die Familie, Umfragen nach zu urteilen, eine zentrale Bedeutung im Leben jedes Einzelnen. Zum anderen ist das Wohlbefinden von Familien wichtiges Kriterium für eine „gesunde“ Gemeinde. Daran orientieren sich die nächsten Fragen:

F.1. Leben Kinder in Ihrem Haushalt?

Ja Nein

Alter „Kind 1“ ____ Alter „Kind 3“ ____

Alter „Kind 2“ ____ Alter „Kind 4“ ____

F.2. Welche Betreuungseinrichtungen / Schultypen besuchen Ihre Kinder?

F.3. Hat/Haben Ihr(e) Kind(er) Lernschwierigkeiten?

	ja	nein
Kind „1“		
Kind „2“		
Kind „3“		
Kind „4“		

F.4. Hat/Haben Ihr(e) Kind(er) Sprachschwierigkeiten?

	ja	nein
Kind „1“		
Kind „2“		
Kind „3“		
Kind „4“		

F.5. Ist/Sind Ihr(e) Kind(er) gesund?

Ja

Nein

Gesundheitliche Probleme	Kind 1	Kind 2	Kind 3	Kind 4
F.5.1. Chronische Krankheiten				
F.5.2. Behinderungen				
F.5.3. Raucht regelmäßig				
F.5.4. Trinkt regelmäßig Alkohol				
F.5.5. Nimmt „weiche“ Drogen (z.B. Haschisch)				
F.5.6. Nimmt „harte“ Drogen (z.B. Heroin, Kokain)				
F.5.7. Sonstiges				

F.6. Müssen Sie oder Ihr(e) Partner(in) sich aufgrund der Betreuung und Pflege des/der Kinder oder anderer zu pflegender Personen persönlich einschränken (z.B. bei Erwerbstätigkeit, Fort- und Weiterbildung)? (Wird anschließend der Fragebogen „Zielgruppe Alleinerziehende Mitbürger“ ausgefüllt, entfällt Frage 25)

Ja

Nein

F.6.1. Stellen diese Einschränkungen eine Belastung für Sie oder Ihre(n) Partner(in) dar?

Ja

Nein

E.6.2. Was müsste getan werden, damit Sie diese Einschränkungen nicht in Kauf nehmen müssten?

F.7. Ist Esch Ihrer Meinung nach eine kinder- und familienfreundliche Stadt?

Trifft voll und ganz zu trifft eher zu trifft eher nicht zu trifft überhaupt nicht zu

F.8. Wann ist für Sie eine Gemeinde kinder- und familienfreundlich? Was wären für Sie die Kriterien?

G. Fragen Ihre Gesundheit betreffend

G.1. Wie würden Sie Ihren gegenwärtigen Gesundheitszustand beurteilen?

Sehr gut gut zufriedenstellend weniger gut schlecht

G.2. Haben Sie gegenwärtig besondere gesundheitliche Probleme?

	ja	nein
Herz oder Kreislauf/Blutdruck		
Verdauungsorgane (Magen, Leber, Darm, Galle)		
Nerven (z.B. Depressionen, Anfälle)		
Atmungsorgane (z.B. häufige Bronchitis...)		
Bewegungsapparat		
Gewichtsprobleme		
Allergien, und zwar:		
Sonstiges		

G.3. Wie schätzen Sie die Qualität der gesundheitlichen Betreuung / Behandlung / Beratungsmöglichkeit / Pflegedienste etc. allgemein in Esch ein?

- Sehr gut, reicht vollkommen aus
- gut, reicht aus
- Etwas unzureichend, könnte verbessert werden
- völlig unzureichend an manchen Stellen
- kann ich nicht beurteilen

G.3.1. Wo sehen Sie Probleme?

H. Fragen zum Bereich Wohnen und zu Ihrem Wohnumfeld

Einen großen Teil Ihrer Zeit verbringen Sie vermutlich zuhause. Hier tanken Sie Kraft für den (Arbeits-)Alltag. Man geht davon aus, dass die allgemeine Zufriedenheit in erheblichem Maße davon abhängt, wie Sie wohnen und wo Sie wohnen- Deshalb bitte ich Sie, mir die folgenden Fragen zu beantworten:

H.1. Wer oder welche Institution ist Eigentümer Ihrer Wohnung?

- Sie selbst
- Kommunale Wohnung
- Privater Eigentümer
- Betriebs-/Werkswohnung
- Weiß nicht
- Gemeinschaftsunterkunft und zwar
- Jugendwohnheim
- Frauenwohnheim
- Alten- und Pflegewohnheim
- Sonstiges _____

I. Fragen zu den Bereichen Arbeit und Bildung

Arbeit und Bildung sind entscheidende Merkmale für die eigene Lebenszufriedenheit. Beides kann man nur schwer von einander trennen, denn in unserer Gesellschaft sagt der Zugang zu Bildungsmöglichkeiten auch etwas über die Chancen in der Arbeitswelt aus. Deshalb möchte ich Sie bitten, die folgenden Fragen zu beantworten:

(wird im Anschluss der Fragebogen der Zielgruppe „Arbeitslose Mitbürger“ bzw. „Arbeitslose Mitbürger in städtischen Verträgen“ ausgefüllt, entfallen die Fragen 38 - 39)

I.1. Machen Sie sich Sorgen um Ihren Arbeitsplatz?

Ja, sehr eher ja eher nein Nein, absolut nicht
Ich bin nicht erwerbstätig

I.2. Wenn Sie jetzt auf Arbeitssuche wären, wie würden Sie Ihre Chancen einschätzen, eine Arbeitsstelle zu finden?

Sehr schwierig schwierig es geht Günstig sehr günstig
kann ich nicht einschätzen

Woran liegt das?

J. Fragen zu den Erfahrungen mit sozialen Diensten

Soziale Dienste sollen Ihnen dabei helfen und Sie darin unterstützen, Ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Zu Sozialen Diensten zählen bspw. Betreuungsangebote, Beratungsangebote, u.ä. Steht also im Mittelpunkt des Interesses der Gemeindevertreter, Ihnen gute Lebensbedingungen zu bieten, dann ist der Blick auf die Sozialen Dienste in Esch wichtig.

J.1. Welche Angebote sozialer Dienste konnten Sie bereits nutzen?

J.2. Wie oder durch wen haben Sie von den Angeboten erfahren?

J.3. Wie beurteilen Sie die von Ihnen genutzten Angebote? Inwieweit treffen die folgenden Aussagen zu

	Stimmt völlig	Stimmt weniger	Stimmt nicht	Kann ich nicht ein- schätzen
Ich fühlte mich mit meinen Problemen verstanden				
Sie halfen mit engagiert, meine Probleme zu lösen				
Ich halte die Mitarbeiter für kompetent				
Ich wurde an einen anderen Dienst verwiesen				
Der Dienst ist gut zu erreichen				

J.4. Hat sich durch die Hilfe etwas an Ihrer Situation verändert?

Ja O, und zwar _____
 Nein O

J.4.1. Wie müssten die Angebote verändert werden, damit sie für Ihre Situation passend sind?

J.5. Inwieweit können Sie folgenden Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen:

	Trifft voll und ganz zu	Trifft eher zu	Trifft eher nicht zu	Trifft über- haupt nicht zu
Habe auf Ämtern/Behörden immer alles erreicht				
Fühle mich hilflos bei Kontakt mit Ämtern/Behörden				
Habe Unsicherheiten beim Ausfüllen von Formularen/Verstehe die Formulierungen nicht				
Ämter/Behörden informieren gut über persönliche Rechte und Pflichten				
Ämter/Behörden sind meistens stur/wenig hilfreich				
Mit einem Amt/Behörde sollte man sich nicht anlegen				
Ich durchschaue meine Rechte				

K. Angaben, die Ihre Person betreffen

Unterschiedliche Menschen haben unterschiedliche Interessen und Lebensschwerpunkte. Das kann auch eine Frage der Lebenserfahrung sein, die wiederum hängt bspw. vom Lebensalter ab. Aus diesen Überlegungen heraus bitte ich Sie nun, einige Angaben zu Ihrer Person zu machen.

K.1. Wie alt sind Sie? _____ Jahre

K.2. Welche Nationalität haben Sie? _____

K.3. Wie lange leben Sie bereits in Luxemburg?
 _____ Jahre, davon _____ Jahre in Esch/Alzette

K.4. Welches ist Ihre bevorzugte Sprache? _____

5.3 Interviews: Zusatzfragen für alleinerziehende Frauen

Interview Nr.:

Fragen an alleinerziehende Mitbürger(innen)

1. **Müssen Sie sich aufgrund der Betreuung und Pflege des/der Kinder oder anderer zu pflegender Personen persönlich einschränken (z.B. bei Erwerbstätigkeit, Fort- und Weiterbildung)?**

Ja Nein

Stellen diese Einschränkungen eine Belastung für Sie dar?

Ja Nein

Was müsste getan werden, damit Sie diese Einschränkungen nicht in Kauf nehmen müssten?

2. **Wie beurteilen Sie die Betreuungssituation in Esch?**

Absolut zufriedenstellend zufriedenstellend lückenhaft Absolut unzureichend

Wo sehen Sie Lücken im Betreuungssystem?

3. **Wenn Sie derzeit einen Arbeitsplatz suchen würden, wie schätzen Sie Ihre Chancen ein, eine geeignete Stelle zu finden?**

Leicht Schwierig praktisch unmöglich **Woran liegt das?**

4. **Welche Angebote kennen Sie für Ihre Situation?**

5. **Welche Angebote sozialer Dienste konnten Sie bereits nutzen?**

Wie oder durch wen haben Sie von den Angeboten erfahren?

Welche konkreten Erfahrungen haben Sie mit den Fachkräften der Angebote?

Hat sich durch die Hilfe etwas an Ihrer Situation verändert?

Ja O, und zwar _____

Nein O

Wie müssten die Angebote verändert werden, damit sie für Ihre Situation passend sind?

6. Inwieweit können Sie folgenden Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen:

	Trifft voll und ganz zu	Trifft eher zu	Trifft eher nicht zu	Trifft überhaupt nicht zu
Habe auf Ämtern/Behörden immer alles erreicht				
Fühle mich hilflos bei Kontakt mit Ämtern/Behörden				
Habe Unsicherheiten beim Ausfüllen von Formularen/Verstehe die Formulierungen nicht				
Ämter/Behörden informieren gut über persönliche Rechte und Pflichten				
Ämter/Behörden sind meistens stur/wenig hilfreich				
Mit einem Amt/Behörde sollte man sich nicht anlegen				
Ich durchschaue meine Rechte				
Ich muss viel zuviel Neues lernen				

7. Haben Sie Kontakte zu Personen, die in der gleichen Situation sind?

Ja, die Kontakte halte ich für wichtig O

Ja, das hat sich so ergeben O

Nein, das will ich nicht O

Nein, ich kenne keine O

8. Wie wirkt sich Ihre Situation als Alleinerziehende(r) aus?

Auswirkungen	welche	keine
Gesundheitlicher Art		
auf mein Wohlbefinden		
Auf die Kinder		
Auf die Verwandtschaft		
Auf die Partnerschaft		
Auf meinen Freundeskreis		
Auf (ehemalige) Arbeitskollegen/Arbeitskolleginnen		
Auf die Nachbarschaft		
Sonstige		

9. Haben Sie konkrete Wünsche oder Anregungen, was die Politik, die Gemeinde oder Ihre Mitbürger(innen) dazu beitragen könnten, um die Lage derjenigen Menschen zu verbessern, die in Ihrer Situation sind?

Wir danken Ihnen herzlichst für die offenen Worte und Ihre Bereitschaft sich unseren Fragen zu stellen. Haben Sie noch Fragen, hinsichtlich dieses Interviews oder sind Sie der Meinung, dass wesentliche Fragen fehlen?

5.4 Interviews: Zusatzfragen für Arbeitslose

Fragen an arbeitslose Mitbürger(innen)

1. Seit wann sind Sie nicht erwerbstätig? _____

1.1. Was hat Ihrer Meinung nach dazu geführt, dass Sie die Arbeitsstelle aufgeben mussten?

	Gründe	ja	nein
Ich habe gekündigt			
Ich wurde entlassen			
Die Firma musste schließen			
Gesundheitliche Gründe			
Die Familiensituation war ausschlaggebend			
Die Arbeitszeiten waren ausschlaggebend			
Sonstiges, und zwar			

2. Sind Sie an einer Vollzeit- oder Teilzeitarbeit interessiert?

Vollzeit Teilzeit beides ist recht weiß noch nicht

3. Welche Initiativen haben Sie ergriffen, um eine Stelle zu erhalten?

	ständig	Ab und zu	Überhaupt nicht
Wiederholtes Nachfragen bei der Adm			
Regelmäßiges Durchsehen von Stellenanzeigen			
Habe selbst inseriert			
Bewerbungen bei verschiedenen Arbeitgebern			
Bewerbungen bei sozialen Beschäftigungsinitiativen			
Andere gebeten auf freiwerdende Stellen zu achten			
Weiterqualifikation			
Sonstiges, und zwar:			

4. Welche Nachteile würden Sie in Kauf nehmen, um eine Stelle zu erhalten?

	ja	nein
Längere Fahrzeiten Wie lange?		
Den Wohnort wechseln		
Berufsfremd arbeiten		
Im eigenen Beruf eine geringer bezahlte Tätigkeit annehmen		
Ein befristetes Arbeitsverhältnis eingehen		
Eine Tätigkeit unterhalb der jetzigen Qualifikation annehmen		

5. **Wie schätzen Sie Ihre Chancen ein, eine geeignete Stelle zu finden?**

Leicht schwierig praktisch unmöglich

6. **Welche Angebote sozialer Dienste kennen Sie für Ihre Situation?**

7. **Haben Sie Kontakte zu Personen, die in der gleichen Situation sind?**

Ja, die Kontakte halte ich für wichtig

Ja, das hat sich so ergeben

Nein, das will ich nicht

Nein, ich kenne keine

8. **Wie wirkt sich Ihre Situation als Arbeitslose(r) aus?**

Auswirkungen	welche	keine
Gesundheitlicher Art		
Auf mein Wohlbefinden		
Auf die Verwandtschaft/Familie		
Auf die Partnerschaft		
Auf meinen Freundeskreis		
Auf ehemalige Arbeitskollegen/ Arbeitskolleginnen		
Auf die Nachbarschaft		
Sonstige, und zwar		

9. **Haben Sie konkrete Wünsche oder Anregungen, was die Politik, die Gemeinde oder Ihre Mitbürger(innen) dazu beitragen könnten, um die Lage derjenigen Menschen zu verbessern, die in Ihrer Situation sind?**

Wir danken Ihnen herzlichst für die offenen Worte und Ihre Bereitschaft sich unseren Fragen zu stellen. Haben Sie noch Fragen, hinsichtlich dieses Interviews oder sind Sie der Meinung, dass wesentliche Fragen fehlen?

5.5 Interviews: Zusatzfragen für ausländische Mitbürger

Fragen an ausländische Mitbürger(innen)

1. Fühlen Sie sich als ausländische(r) Mitbürger(in) in Esch benachteiligt?

Nein, absolut nicht gelegentlich ja

↓

↓

1.1 Wann oder in welchen Situationen?

2. Haben Sie Verständigungsschwierigkeiten / Sprachprobleme?

Ja nein

2.1. Wann oder in welchen Situationen fallen Ihnen diese Probleme besonders auf?

2.2. Welche Möglichkeit sehen Sie, diese Probleme zu beheben?

3. Welche Angebote kennen Sie für Ihre Situation?

4. Nutzen Sie diese Angebote?

Ja nein → M.4.2. Warum? _____

↓

4.1. Hat sich durch die Hilfe etwas an Ihrer Situation verändert?

Ja , und zwar _____

Nein

4.2. Wie müssten die Angebote verändert werden, damit sie für Ihre Situation passend sind?

5. Wie wirkt sich Ihre Situation ausländische(r) Mitbürger(in) zu sein aus?

Auswirkungen	welche	keine
Gesundheitlicher Art		
Auf mein Wohlbefinden		
Auf die Kinder		
Auf die Verwandtschaft/Familie		
Auf die Partnerschaft		
Auf meinen Freundeskreis		
Auf Arbeitskollegen/Arbeitskolleginnen		
Auf die Nachbarschaft		
Sonstige, und zwar		

6. Haben Sie Kontakte zu Personen, die in der gleichen Situation sind?

- Ja, die Kontakte halte ich für wichtig
- Ja, das hat sich so ergeben
- Nein, das will ich nicht
- Nein, ich kenne keine

7. Haben Sie konkrete Wünsche oder Anregungen, was die Politik, die Gemeinde oder Ihre Mitbürger(innen) dazu beitragen könnten, um die Lage ausländischer Mitbürger(innen) zu verbessern?

Wir danken Ihnen herzlichst für die offenen Worte und Ihre Bereitschaft sich unseren Fragen zu stellen. Haben Sie noch Fragen, hinsichtlich dieses Interviews oder sind Sie der Meinung, dass wesentliche Fragen fehlen?

5.6 Interviews: Zusatzfragen für junge Menschen mit Übergangsschwierigkeiten

Fragen an junge Menschen mit Schwierigkeiten im Übergang von Schule in den Beruf

1. Haben Sie Verständigungsschwierigkeiten / Sprachprobleme?

Ja nein

1.1. Wann oder in welchen Situationen fallen Ihnen diese Probleme besonders auf?

1.2. Welche Möglichkeit sehen Sie, diese Probleme zu beheben?

2. Hatten/ Haben Sie besondere Probleme während der Schulzeit/Ausbildung?

	welche	keine
Mit einzelnen Fächern		
Mit Lehrern		
Mit der Sprache		
Mit den Hausaufgaben		
Mit der Nachhilfe		
Mit der Berufstätigkeit der Eltern		
Sonstige, und zwar		

3. Entspricht die schulische Ausbildung Ihren Vorstellungen und Wünschen?

Ja nein



4. Woran liegt es Ihrer Meinung nach, dass Sie in Schule und/oder Ausbildung Probleme haben?

5. Welche Möglichkeiten sehen Sie, Ihre Situation zu verändern (eigene Ressourcen)?

6. Welche Unterstützung wünschen Sie sich?

5.7 Interviews: Zusatzfragen für arbeitslose Mitbürger mit städtischen Verträgen

Fragen an arbeitslose Mitbürger(innen) in städtischen Verträgen
--

1. Ist dies Ihr erster städtischer Vertrag?

Ja nein

2. Seit wann arbeiten Sie in einem städtischen Vertrag? _____

3. Versuchen Sie eine andere Arbeitsstelle zu bekommen?

Ja, manchmal ja, regelmäßig
 Nein, aber ich habe dies noch vor nein, denn ich bin zufrieden

4. Welche Initiativen haben Sie ergriffen, um eine Stelle zu erhalten?

	ständig	Ab und zu	Überhaupt nicht
Wiederholtes Nachfragen bei der Adem			
Regelmäßiges Durchsehen von Stellenanzeigen			
Habe selbst inseriert			
Bewerbungen bei verschiedenen Arbeitgebern			
Bewerbungen bei sozialen Beschäftigungsinitiativen			
Andere gebeten auf freiwerdende Stellen zu achten			
Weiterqualifikation			
Sonstiges, und zwar			

5. Welche Nachteile würden Sie in Kauf nehmen, um eine Stelle zu erhalten?

	ja	nein
Längere Fahrzeiten Wie lange?		
Den Wohnort wechseln		
Berufsfremd arbeiten		
Im eigenen Beruf eine geringer bezahlte Tätigkeit annehmen		
Ein befristetes Arbeitsverhältnis eingehen		
Eine Tätigkeit unterhalb der jetzigen Qualifikation annehmen		

6. Wie schätzen Sie Ihre Chancen ein, eine geeignete Stelle zu finden?

Leicht schwierig praktisch unmöglich

7. Welche Angebote kennen Sie für Ihre Situation?

8. Nutzen Sie diese Angebote?

Ja nein → O.8.2. Warum? _____

↓

8.1. Hat sich durch die Hilfe etwas an Ihrer Situation verändert?

Ja , und zwar _____

Nein

8.3. Wie müssten die Angebote verändert werden, damit sie für Ihre Situation passend sind?

9. Wie wirkt sich Ihre Situation als Arbeitslose(r) mit städtischem Vertrag aus?

Auswirkungen	welche	keine
Gesundheitlicher Art		
Auf mein Wohlbefinden		
Auf die Verwandtschaft/Familie		
Auf die Partnerschaft		
Auf meinen Freundeskreis		
Auf ehemalige Arbeitskollegen/Arbeitskolleginnen		
Auf Ihre Beziehung zu Ihren derzeitigen Arbeitskollegen/Arbeitskolleginnen		
Auf die Nachbarschaft		
Sonstige, und zwar		

10. Haben Sie Kontakte zu Personen, die in der gleichen Situation sind?

Ja, die Kontakte halte ich für wichtig

Ja, das hat sich so ergeben

Nein, das will ich nicht

Nein, ich kenne keine

11. Haben Sie konkrete Wünsche oder Anregungen, was die Politik, die Gemeinde oder Ihre Mitbürger(innen) dazu beitragen könnten, um die Lage derjenigen Menschen zu verbessern, die in Ihrer Situation sind?

Wir danken Ihnen herzlichst für die offenen Worte und Ihre Bereitschaft sich unseren Fragen zu stellen. Haben Sie noch Fragen, hinsichtlich dieses Interviews oder sind Sie der Meinung, dass wesentliche Fragen fehlen?

5.8 Bestandsaufnahme: Allgemeiner Fragebogen

<div style="border: 1px solid black; padding: 5px; text-align: center;"> Fragebogen A </div>	Allgemeiner Fragebogen für die sozialen Dienste in Esch																								
Bitte füllen Sie für jedes bestehende Angebot einen weißen Fragebogen "B" aus! Bei Platzmangel benutzen Sie bitte die Rückseite!																									
1. Wie ist die Anschrift Ihrer Einrichtung?																									
Name: _____ _____																									
Anschrift (Straße, PLZ, Ort): _____ _____																									
Telefon: _____ Telefax: _____ E-Mail: _____ Website: _____																									
Mitarbeiter																									
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="width: 25%;">Name und Vorname</th> <th style="width: 25%;">Beruf/Funktion</th> <th style="width: 25%;">Öffnungszeiten</th> <th style="width: 25%;">Telefonnummer</th> </tr> </thead> <tbody> <tr><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td></tr> <tr><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td></tr> <tr><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td></tr> <tr><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td></tr> <tr><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td></tr> </tbody> </table>	Name und Vorname	Beruf/Funktion	Öffnungszeiten	Telefonnummer																					
Name und Vorname	Beruf/Funktion	Öffnungszeiten	Telefonnummer																						
2. Ihr Träger ist																									
<input type="checkbox"/> ein öffentlicher Träger <input type="checkbox"/> kommunal <input type="checkbox"/> Staatlich <input type="checkbox"/> eine ASBL <input type="checkbox"/> ein privater (kommerzieller) Träger <input type="checkbox"/> eine Stiftung (Fondation) <input type="checkbox"/> andere (z.B. Selbsthilfegruppe - Initiative)																									
3. Ihre Einrichtung besteht																									
seit: _____ <input type="checkbox"/> Weiß ich nicht / kann ich nicht sagen.																									

4. Ihre Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen:

Welche?	sehr gut	gut	befriedigend	ausreichend	nicht ausreichend

5. Welche Finanzierungsquellen besitzen Sie (Mehrfachnennungen möglich)?

- Staatsmittel Anteil in % _____
- kommunale Mittel Anteil in % _____
- Eigenmittel (z. B. aus Mitgliederbeiträgen, Spenden u. ä.) Anteil in % _____
- Gebühren der Nutzer Anteil in % _____
- EU-Mittel Anteil in % _____
- andere Finanzierungsquellen _____ Anteil in % _____
- _____ Anteil in % _____
- _____ Anteil in % _____

6. Ihre derzeitigen Zielgruppen:

- Zielgruppe:
1. _____ Anteil in % _____
2. _____ Anteil in % _____
3. _____ Anteil in % _____
4. _____ Anteil in % _____
5. _____ Anteil in % _____
6. _____ Anteil in % _____

7. Ihre künftigen Zielgruppen: (bzw. mögliche Gewichtsverlagerungen oder neue Zielgruppen)

1. _____ Anteil in % _____
2. _____ Anteil in % _____
3. _____ Anteil in % _____
4. _____ Anteil in % _____
5. _____ Anteil in % _____
6. _____ Anteil in % _____

8. Ihre künftigen konzeptionellen Veränderungen (falls welche geplant sind)

Keine Veränderungen geplant

Geplante Veränderungen

Keine Veränderungen gewünscht

Gewünschte Veränderungen

9. Benennen Sie die durch Ihre Arbeit erkannten Bedarfslücken, die Sie durch Ihre Angebote nicht ...

abdecken können (z.B. wegen Ressourcenmangel)

abdecken wollen (z.B. weil es nicht in Ihr Konzept passt)

abdecken dürfen (z.B. weil Ihr Auftraggeber, Verordnungen dies nicht erlauben)

10. Ihre räumliche Situation

ist ausreichend

ist nicht ausreichend. Wir hätten folgende Wünsche:

11. Ihre materielle Situation

ist ausreichend

ist nicht ausreichend. Wir hätten folgende Wünsche:

12. Welche Angebote bietet Ihre Einrichtung an?

Für jedes dieser Angebote bitte einen Fragebogen „B“ ausfüllen!

5.9 Bestandsaufnahme: Angebotsfragebogen

Fragebogen B	Fragebogen über die speziellen Angebote in Ihrer Einrichtung
	<u>Je Angebot bitte einen Bogen ausfüllen</u>
Name, Adresse: _____	
1. Kurzbezeichnung des Angebotes in Stichworten: _____	
2. Wie würden Sie Ihr Angebot prägnant in einer Broschüre /Internet darstellen? (Berücksichtigen Sie bitte Aspekte wie Zielsetzung, Zielgruppe, Arbeitsform, Personal, u.a.)	_____ _____ _____ _____ _____
3. Wer ist für Ihr Angebot verantwortlich?	Name : _____ Telefon : _____ Funktion: _____ Beruf : _____
4. Seit wann besteht Ihr Angebot und ist es auf eine bestimmte Dauer befristet?	Das Angebot besteht seit: _____ Jahren und ist befristet bis _____ / nicht befristet.
5. Zu welchen Zeiten findet Ihr Angebot statt? (Öffnungszeiten und/oder Termine)	_____ _____

6. Wie viele Personen nutzen durchschnittlich Ihr Angebot pro Jahr? (nur die AdressatInnen)

	0 – 4 Jahre	4 – 12 Jahre	12–19 Jahre	19-30 Jahre	30-60 Jahre	Ab 60 Jahre
Männlich						
Weiblich						

(bei stationären oder Tagesbetreuungseinrichtungen Einrichtungen bitte Plätze angeben, bei ambulanten Angeboten wie Beratung bitte Zahl der Kontakte angeben, bei anderen Angeboten Zahl der Besucher)

Sollten Sie bei der Beantwortung dieser Frage Probleme haben, aber über eigene Statistiken verfügen, bitten wir Sie uns diese zur Verfügung zu stellen.

7. Woher kommen diese Personen?

- ca. _____ % aus unmittelbarer Nachbarschaft/Stadtteil
- ca. _____ % aus der Stadt Esch
- ca. _____ % aus der Gemeinde Esch
- ca. _____ % aus dem Süden
- ca. _____ % aus weiterem Umkreis

8. Nationalität der Nutzer Ihres Angebots?

- ca _____ % Luxemburger
- ca. _____ % Ausländer

9. Haben Sie im Jahr 2000 gezielte Angebote für bestimmte Gruppen (z. B. Mädchen, Alleinerziehende, Behinderte, Benachteiligte, ...) durchgeführt?

Ja, und zwar _____

Nein

10. Bestehen für das Angebot besondere Zugangsbarrieren:

Nein
 Ja, die Nutzung ist eingeschränkt weil (z.B. zu hohe Kosten für Nutzer, schlechte Erreichbarkeit, Angebot passt nicht richtig, u.a.)

Es bestehen Wartelisten

11. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind:

- persönliche Hilfe: beratend
- persönliche Hilfe: therapeutisch
- materielle Hilfe
- Freizeit- und Kulturangebote
- Betreuung/ Versorgung

- Bildung, Information

- andere Formen, und zwar _____

12. Wie führen Sie Ihre Arbeit vorwiegend durch?

- | | |
|-------------------------------|-------------------|
| Einzelfallarbeit | Anteil in % _____ |
| Familienarbeit | Anteil in % _____ |
| Gemeinwesenarbeit | Anteil in % _____ |
| Gruppenarbeit | Anteil in % _____ |
| andere Formen, und zwar _____ | Anteil in % _____ |
| _____ | Anteil in % _____ |
| _____ | Anteil in % _____ |

13. Wünschen Sie sich inhaltliche/konzeptionelle Veränderungen für die nächsten 2 Jahre?

- Ja, und zwar _____

- Nein

5.10 Sozialberichterstattung: Literaturübersicht (Bearbeitet durch Dipl.-Päd. G. Baumeister)

5.10.1 Funktion einer Sozialberichterstattung

Sozialberichterstattung ist ein Informationssystem, durch welches der Zustand der Gesellschaft und ihrer Individuen dargestellt und deren Wandel beschrieben werden soll. Um Informationen über die gesellschaftlichen Gegebenheiten und deren Entwicklungen bereitstellen zu können, bedarf es der Erhebung und Analyse von Daten. Nach ZAPF lassen sich fünf Funktionen der Sozialberichterstattung unterscheiden (Zapf 1976; S.30ff²¹):

- **Beobachtungsfunktion:** die Beschreibung gesellschaftlicher Strukturen, Leistungen und Wandlungsprozesse. Voraussetzung für diese Beschreibung ist die Dauerbeobachtung des sozialen Wandels. Um einen Wandlungsprozess aufzuzeigen bedarf es einer regelmäßigen und standardisierten Untersuchung, somit der Entwicklung einer sozialstatistischen Infrastruktur. „Nur der exakte Vergleich und möglichst lange Beobachtungsreihen ergeben eine «gesellschaftspolitische Tiefenschärfe» [...]“ (ebda, S.30). Als problematisch erweist sich die Frage der Messbarkeit von Lebensqualität. Das System Sozialer Indikatoren (hierzu Kap.1.2.) ist ein solches Messkonzept. Eine *einseitige* Ausrichtung der Sozialberichterstattung auf diese Quantifizierbarkeit von sozialen Gegebenheiten und deren Wandel würde aber die subjektive und damit nicht messbare Komponente von Lebensqualität missachten.
- **Bewertungsfunktion:** die Evaluierung von Strukturen, Leistungen, Kosten / Nutzenkombinationen. Es geht also nicht nur um die Erhebung von Daten, sondern auch um deren Bewertung als Grundlage für politische Entscheidungen. Sozialberichterstattung hat dabei die differenten, zum Teil konkurrierenden Interessen einzelner Gruppierungen (Politik, Öffentlichkeit, Fachkräfte...) zu beachten.
- **Gesamtrechnungsfunktion:** die Analyse der Wechselbeziehungen bereichsspezifischer Strukturen, Leistungen, Prozesse in einem einheitlichen Bezugsrahmen. Unterschiedliche Bereiche (wie bspw. Gesundheit, Bildung, Beschäftigung) sind interdependent. Die Zusammenhänge und Wechselwirkungen spezifischer Bereiche mit anderen, sowie ihre Langzeitwirkungen sind aufzudecken um dem Ziel der Probleminformation gerecht zu werden.
- **Erklärungsfunktion:** die Mobilisierung und Verbreitung erklärender Information, d.h. des vorhandenen Wissens über Kausalzusammenhänge und technologische Eingriffsmöglichkeiten. Neben der Erklärung sozialer Tatbestände geht es hier um die Bekanntmachung des Wissens über bestimmte kausale Zusammenhänge (z.B. Aggressivität und mangelnde Bewegungsmöglichkeit) und deren Verbesserungsmöglichkeiten durch „technologischer Eingriffsmöglichkeiten“ (ebda, S.32).
- **Innovationsfunktion:** die Institutionalisierung von Mess-, Bewertungs-, Gesamtrechnungs- und Erklärungsverfahren. Die Sozialberichterstattung hat die Informationsproduktion und Informationsverwendung selbst zu beobachten. ZAPF proklamiert dabei eine ständige Verbesserung des Instrumentes (a.a.O.).

Den o.a. Funktionen von Sozialberichterstattung nach ZAPF liegt ein stark technologisches Verständnis zugrunde, was an dieser Stelle zu kritisieren ist. Zuwenig Beachtung findet das

²¹ Zapf, W.: Sozialberichterstattung: Möglichkeiten und Probleme; Verlag Otto Schwart & Co.; Göttingen, 1976

Moment der Subjektivität im Zusammenhang der Messbarkeit von sozialen Gegebenheiten. Lebensqualität lässt sich bspw. nicht nur an objektiven und damit noch relativ leicht messbaren Kriterien ausmachen, wie finanzielle Ressourcen, Wohnraumqualität, Zugang zu kulturellem Angebot o.ä., sondern kann auch individuell als mehr oder weniger belastend wahrgenommen werden. Der Grad des Wohlbefindens und der Zufriedenheit ist im hohen Maße subjektiv gefärbt und damit individuell verschieden. Technologisch orientierte Mess- und Bewertungsinstrumente bieten zwar die Möglichkeit der Entwicklung von „Frühwarnsystemen“ bei negativen Tendenzen oder erhöhen die Vergleichsmöglichkeiten bei Erhebungen zu unterschiedlichen Zeitpunkten, dennoch vernachlässigen sie das Individuum. Hinzuweisen sei auch auf die nur begrenzte Möglichkeit der Formulierung von Verbesserungsvorschlägen anhand „technologischer Eingriffsmöglichkeiten“. Welche Auswirkungen Eingriffe zur Verbesserung von sozialen Gegebenheiten haben sind nur schwer vorhersagbar, zu instabil ist das „System Gesellschaft“. Denn dieses System ist nicht als eine einheitliche Masse zu sehen, sondern als ein System bestehend aus einer Vielzahl differenter Individuen mit je unterschiedlichen Vorstellungen, Wünschen, Handlungskapazitäten.... Die Aufstellung einer „Wenn-dann-Beziehung“ ist kaum möglich.

Zwar wollen wir die Funktionen der Sozialberichterstattung, wie Dauerbeobachtung des sozialen Wandels, Wohlfahrtsmessung (objektiver und subjektiver Lebensbedingungen), Evaluation von gesellschaftlichen Strukturen und die Bewertung gesellschaftlich relevanter Fragen als Basis für politische Entscheidungen nicht anzweifeln. Dennoch halten wir es aus fachlicher Sicht (im Zentrum der Sozialwissenschaften sollte der Mensch mit seinen Bedürfnissen und seinem Erleben, nicht die Daten über Menschen stehen), aus politischer Sicht (demokratisches Grundprinzip), als auch aus Gründen der Umsetzung in die Praxis für notwendig von einer stark technologisch ausgerichteten Sozialberichterstattung abzusehen.

5.10.2 Typen von Sozialberichterstattung

Sozialberichterstattungen können danach unterschieden werden, auf welche Ebene sie sich beziehen, wie umfassend bzw. spezifisch sie sind und wer sie betreibt (vgl. Noll 1997, S.8f).

Ebene	Typ	Akteure
supranational national regional, subnational lokal, kommunal	umfassend bereichsübergreifend speziell einzelne Lebensbereiche Teilpopulationen spezielle soziale Probleme	Amtlich: Statistische Ämter Ministerien nicht-amtlich: wissenschaftliche Institutionen Verbände

Typologie Sozialberichterstattung in: Noll 1997, S.9

Neben der Sozialberichterstattung auf supranationaler Ebene, durch Organisationen, wie die EU, die OECD oder die Vereinten Nationen, führen in Europa die meisten Länder regelmäßige Sozialberichterstattungen durch (nationale Ebene).²² Zur Steuerung sozialer Gegebenheiten und als Handlungsbasis für sozialpolitische Entscheidungen gewinnt die Sozialberichterstattung auch auf lokaler Ebene in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung.

²² Einen Überblick über gesellschaftliche Dauerbeobachtung und Sozialberichterstattung, sowie Beispiele ausgewählter Länder bietet das Kapitel 3 in: Habich/Noll 1994: Soziale Indikatoren und Sozialberichterstattung; Bundesamt für Statistik, CH-Bern, 1994

Die Inhalte der Berichte sind entweder umfassend und damit bereichsübergreifend oder speziell. So kann der Fokus auf einzelnen Lebensbereichen (bspw.: Armut, Gesundheit; Umwelt; Weiterbildung), auf Teilpopulationen (bspw.: Kinder; ältere Menschen; Frauen) oder auf speziellen sozialen Problemen liegen.

In Deutschland liegt der Schwerpunkt der amtlichen Sozialberichterstattung auf der Untersuchung einzelner Lebensbereiche oder bestimmter Bevölkerungsgruppen. Im nicht-amtlichen Bereich sind die Durchführenden einer umfassenden Berichterstattung die wissenschaftlichen Einrichtungen. Dabei gilt das System der Sozialen Indikatoren der ZUMA als das umfassendste. Wohlfahrtseinrichtungen und andere private Institutionen führen im Wesentlichen spezielle Sozialberichterstattungen (besonders Armutsberichtserstattungen) durch, was sich aufgrund ihres Engagements in spezifischen Bereichen erklärt.

Unterschieden wird zwischen einem „formalen“ und einem „sachlichen“ Anlass. Ein formaler Anlass ist gegeben, wenn die Satzung oder Geschäftsordnung einer sozialpolitischen Institution, oder wenn ein Gesetz eine regelmäßige Berichterstattung vorsieht (z.B. in Deutschland alle vier Jahre ein umfassender Bericht zur Situation der Jugendhilfe). Ein sachlicher Anlass liegt vor, wenn bspw. ein bestimmtes soziales Problem wahrgenommen und mit Hilfe der Berichterstattung angegangen werden soll.

Unter „analytischen bzw. synthetisierenden“ Berichte werden jene verstanden, die in Bezug auf das Problem perspektivisch, ursachen-, wirkungs- und zusammenhangsorientiert argumentieren. „Deskriptive bzw. bilanzierende“ Berichte legen überwiegend rückschauend Rechenschaft ab und bleiben der Phänomenbeschreibung verhaftet.

	A	B
Charakter des Berichts	analytisch und synthetisch (zukunftsgerichtet und ursachen-, wirkungs- und zusammenhangsorientiert)	deskriptiv und bilanzierend (bleibt vergangenheitsorientiert und dem Phänomen behaftet)
Ursache für den Bericht		
I.: formaler Anlass	schwach ausgeprägt bis kaum vorhanden	vorhanden bis stark ausgeprägt
II.: inhaltlicher / Sachlicher Anlass (sozialpolitischer Problemdruck)	stark ausgeprägt Bis vorhanden	kaum vorhanden bis schwach ausgeprägt

Struktur der differenten Sozialberichterstattungen nach: Klatt 1990, S.45²³

- **Sozialberichtstypus I A:** Im Gegensatz zu Berichtstypus I B haben sie einen allerdings schwach ausgeprägten Analyseanteil. Die Ursache für den Bericht ist ein externer Anlass. Oft sollen sie als Rechenschaftsgrundlage für vergangene und zukünftiges Handeln dienen (Bsp.: Bedarfsplanungsberichte)
- **Sozialberichtstypus I B:** Berichte, die durch einen externen, zumeist gesetzlichen Auftrag entstehen; Sie nehmen eine starke retrospektive, beschreibende und bilanzierende Perspektive ein. (Bsp.: Jahresberichte der Sozial-, Jugend- und Gewerbeaufsichtsämter)

²³ Klatt, W.D.: Sozialberichtstypen – Anlässe und Zielsetzung für verschiedene Handlungsebenen der Sozialpolitik; in: Otto, H.-U./Karsten, M.-E.: Sozialberichterstattung – Lebensräume gestalten als neue Strategie kommunaler Sozialpolitik; Juventa Verlag, Weinheim und München, 1990

- **Sozialberichtstypus II A:** Dieser Kategorie sind Berichte zuzuordnen, die als Reaktion auf sozialpolitischen Problemdruck angegangen werden. Sie sind meist stark analytisch, in die Zukunft gerichtet und orientieren sich an Kausalzusammenhängen. Dieser Typus untersucht den Problemrahmen, beschreibt die gesellschaftlichen Bezüge des Problems und weist Maßnahmen bzw. Alternativen auf. (Bsp.: Ursachen und Folgen von Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug)
- **Sozialberichtstypus II B:** Ebenfalls begründet als Reaktion auf einen sozialpolitischen Druck, sind diese Berichte stark abwägend. Eine argumentative Auseinandersetzung mit vorhandenen sozialpolitischen Problemen oder erstmals auftretende sozialpolitische Fragestellungen sind Inhalt dieser Berichte, um mittelfristige Lösungen anzustreben. Der Rechenschaftscharakter anderer Berichtsformen weicht hier einer selbstkritischen Reflexion.

Die Qualität der Berichte steigt in dem Maße, wie sich ihre Ursache für einen Sozialbericht von der Kategorie I nach Kategorie II verschiebt. Berichte der Kategorie II haben einen höheren Informationsstand und Reflexionsgrad. Die sozialpolitische Sensibilität, mit der aufkommende soziale Probleme wahrgenommen und bearbeitet werden ist sicherlich ein bedeutsamer Faktor für die Berichtsqualität. Ein vielversprechender Anfang [...] "ist mit den kommunalen Sozialberichten der letzten Jahre gemacht worden; sie sind im Gegensatz zur Berichterstattung des Bundes und der Länder mehrheitlich der Klasse II zuzuordnen, denn ihrem Entstehungszusammenhang liegen vor allem dringende sozialpolitische Probleme und Fragestellungen zugrunde" (Klatt 1990, S.53; Auslassungen: d.A.).

5.10.3 Soziale Indikatoren

Hintergrund der Entstehung der Sozialindikatorenforschung ist ein Wandel des Verständnisses einer Gesellschaftspolitik in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts, weg von einer reaktiven Politik, hin zu einer aktiven Gesellschaftspolitik. Es „wurde zunehmend verneint, dass «mehr» mit «besser» gleichzusetzen sei und [es wurde] gefordert, der Qualität Vorzug vor der Quantität zu geben“ (Habich/Noll 1994; S.4f Ergänzungen d.A.). Im Bewusstsein der Unzulänglichkeit des Bruttosozialproduktes als Wohlfahrtsindikator entwickelte sich ein mehrdimensionaler Wohlfahrtsbegriff.

Zentrale Aufgabe der Sozialindikatorenforschung ist die Operationalisierung und Quantifizierung des Konzeptes der Lebensqualität. Im Mittelpunkt steht also die Frage, ob eine Gesellschaft Mittel und Wege für positive Lebensbedingungen vorhält und ob die Angebote einer Gesellschaft mit den Bedürfnissen der Bürger übereinstimmen. „Lebensqualität“ ist ein theoretisches Konstrukt, welches auf seine Bedeutungsdimensionen hin spezifiziert werden muss (Wohnen, Bildung, Infrastruktur,...). Für diese einzelnen Dimensionen werden Indikatoren entwickelt. Dieser Aufgabe liegt eine besondere Brisanz inne, denn unpräzise entwickelte Indikatoren, deren Daten nicht die tatsächlichen Verhältnisse abbilden, können zu Fehleinschätzungen, damit zu ineffektiven politischen Entscheidungen führen und letztendlich zu einer fehlgeleiteten Praxis.

Theoretische Konstrukte (wie bspw. „Lebensqualität“) lassen sich nicht allein durch objektive Sozialindikatoren abbilden. Objektive Indikatoren können Aufschluss geben über die Verteilung von bestimmten Gütern und Dienstleistungen, sodass sich soziale Disparitäten aufzeigen lassen. Doch die Frage nach der Lebensqualität bedarf der Berücksichtigung subjektiver Wahrnehmung. Wohlfahrtsmessung setzt also die Verwendung von objektiven und subjektiven Indikatoren (Daten bzgl. Einstellungen und Zufriedenheit) voraus.

Zur Erfassung Sozialer Indikatoren werden nur standardisierte Fragetechniken verwendet, um eine statistische Vergleichbarkeit der differenten Messungen zu garantieren. Hier stellt sich

14. Wünschen Sie sich personelle Veränderungen für die nächsten 2 Jahre?

Ja, und zwar _____

Nein

15. Wie viele MitarbeiterInnen hat Ihr Angebot? (ausser z.B. SekretärIn, RaumpflegerIn)

	Volle Stelle	Halbe Stelle	Stundenweise
Hauptberuflich Tätige			
Nebenberuflich Tätige			
Ehrenamtlich Tätige			

16. Welche Qualifikationen haben diese?

Sekundarschulabschluss (BAC) Anzahl _____
Sekundarschulabschluss +3 Jahre (BAC +3) Anzahl _____
Universitätsabschluss (BAC +4) Anzahl _____
andere Fachausbildungen _____ Anzahl _____
ohne Fachausbildung Anzahl _____

17. Ist Ihr Angebot für Rollstuhlfahrer geeignet?

- Ja
 Nein
 Mit Einschränkungen

18. Entstehen bei Nutzung Ihres Angebots Kosten, die die Nutzer selbst bezahlen müssen?

- Ja, nämlich für _____ in Höhe von _____ EURO
 Nein

19. Welche Veränderungen oder Unterstützungen sind dringend notwendig, welche Hemmnisse sollten beseitigt werden?

die Frage, wie subjektive Wahrnehmungen „einzufangen“ sind. Abgesehen davon, dass Empfindungen für den Einzelnen nur schwer in Worte zu fassen sind, kann ihre Skalierung (als eine häufig angewendete Methode zur Darstellung von Empfindungen) nur als ein grobes Messinstrument gelten.

Sozialindikatorenforschung soll Trends des sozialen Wandels empirisch ermitteln, um damit eine Informationsbasis für die Beobachtung von Modernisierungsfortschritten von Gesellschaften zu schaffen. Es geht also um eine langfristige Beobachtung gesellschaftlicher Verhältnisse und ihrer Veränderungen. Dabei spielt die Evaluation politischer Interventionen zur Verbesserung sozialer Gegebenheiten eine besonderen Rolle. Soziale Indikatoren haben damit eine „Rückkopplungsfunktion“ (vgl. Bohle 1987; S.926f.²⁴). So bedeutsam diese Funktion für die Beobachtung des sozialen Wandels und dem frühzeitigen Erkennen von sozialen Disparitäten ist, liegt doch gleichfalls in ihr eine Gefahr. BOHLE bezeichnete dies als „Gefahr der Dominanz ideologischer und politischer Motive“ (ebda, S.933). Was er hiermit meint, ist der Missbrauch der Daten zur Durchsetzung eigener Ansprüche. Daten eines bestimmten Lebensbereiches werden hochstilisiert, andere Daten dagegen als unrelevant abgetan oder vielleicht sogar als fehlerhaft angezweifelt. Um dem entgegen zu wirken, sollte die Forschung nicht bei der Lieferung von Daten stehen bleiben, sondern auch die Verwendung der Daten durch die Politik und die Öffentlichkeit untersuchen.

Auf der Grundlage eines von ZAPF und seinem Forscherteam erarbeiteten „Sozialpolitischen Entscheidungs- und Indikatorensystem“ (SPES) wurde das System Sozialer Indikatoren in Deutschland kontinuierlich ausgebaut. Die Datensätze sind im Internet allgemein zugänglich unter:

http://www.gesis.org/Dauerbeobachtung/Sozialindikatoren/Daten/System_Sozialer_Indikatoren/index/htm

Diese Datensätze umfassen derzeit 330 Indikatoren, welche in 14 Lebensbereiche abgebildet werden (bspw.: Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Beschäftigungsbedingungen, Einkommensverwendung und Versorgung, Bildung, Partizipation, Öffentliche Sicherheit und Kriminalität).

Problematisch am SPES- System ist, dass man sich, je mehr Gruppendaten man erhält, immer weiter vom Individuum weg entfernt. Die 330 Indikatoren sind tauglich für eine grobe Beschreibung, aber nicht für eine kleinräumige Beschreibung durch eine Sozialberichterstattung auf Sozialraumbene.

5.10.4 Sozialatlas

Als eine Darstellungsform der Erhebungsergebnisse hat sich der Sozialatlas etabliert. Durch ihn können die Daten übersichtlich präsentiert werden. So kann ein verständliches Bild der Unterschiede und Disparitäten in den Sozialräumen vermittelt werden (vgl. Lukas / Strack 1996, S. 84ff). Voraussetzung dafür ist, dass die einzelnen sozialen Räume definiert werden und die untersuchten Merkmale in jedem dieser Räume dargestellt werden. Darstellungsweisen sind dabei

- die graphische Darstellung (Diagramme)
- die tabellarische Darstellung
- die kartographische Darstellung

²⁴ Bohle, H.H.: Soziale Indikatoren; in: Eyferth/ Otto/ Thiersch (Hrsg.): Handbuch der Sozialarbeit/ Sozialpädagogik; Luchterhand Verlag, Neuwied und Darmstadt, 1987; S.924ff

Die Wahl der Darstellungsform hängt von dem zu präsentierenden Inhalt ab. So bietet beispielsweise eine Karte in der die Merkmalsausprägungen unterschiedlich markiert sind (z.B. durch Schraffierung oder Farben) die Möglichkeit, die Differenzen im gesamten Erhebungsraum (Stadt, Landkreis, Kommune...) auf einen Blick zu erfassen. „Problemzonen“ (immer nur bezogen auf das untersuchte Merkmal!) fallen so ins Auge. An dieser Stelle sei bereits auf die Notwendigkeit kleinräumiger Orientierung in der Sozialberichterstattung aufmerksam gemacht. Die Größe der definierten Sozialräume ist entscheidend für die Qualität der Ergebnisse.

Kartographische Darstellungen geben also eine gute Übersicht. Die genauen Ausprägungswerte lassen sich so aber nur schwer darstellen. Deren handhabbare Vergleichbarkeit ist anhand von Diagrammen empfehlenswerter. Diagramme ermöglichen Vergleiche der Gebiete untereinander und darüber hinaus den Vergleich am Mittelwert. Tabellen haben den Vorteil, dass die genauen Werte unkompliziert abgelesen werden können.

Die vorangehenden Abschnitte widmeten sich den quantitativen Methoden der Sozialberichterstattung. Wie bereits erwähnt sind gemäß heutigem Forschungsstand die qualitativen Methoden in der aktuellen Sozialberichterstattung nicht mehr wegzudenken. Die subjektive Wahrnehmung, die ihre Prägung in der jeweiligen konkreten Lebenswelt und Lebenssituation des Einzelnen erfährt, gewinnt an Bedeutung. Die moderne Sozialberichterstattung richtet sich deshalb an Grundsätze, die im Folgenden näher auszuführen sind.

5.10.5 Kommunale Sozialplanung

Planung als Instrument einer aktiven Gesellschaftspolitik findet in Deutschland auf Bundes- und Landesebene, sowie auf kommunaler Ebene statt. Die Entscheidungen „höherer Ebenen“ beeinflussen die nachfolgenden. Für die kommunale Ebene heißt dies: Die auf Bundesebene getroffenen Maßnahmen sozialplanerischer Bemühungen werden über die Landesebene an die Kommune weitergeleitet, gelegentlich durch Ausführungsgesetze des Landes konkretisiert. Daneben können sie aber auch direkten Einfluss auf die kommunale Ebene haben. Ein konkretes Beispiel in Deutschland bietet hier die bundesweit geltende gesetzliche Regelung auf den Anspruch eines Kindergartenplatzes für alle Kinder ab dem 3. Lebensjahr (§24 KJHG). Die Erfüllung dieses Rechtsanspruches musste nach §24a KJHG bis spätestens 31.12.1998 gewährleistet sein. Die Kommunen sind in Deutschland für die bedarfsgerechte Bereithaltung der Plätze zuständig.

Umgekehrt sind die direkten Einflussmöglichkeiten der kommunalen Ebene auf die „höheren Ebenen“ relativ gering. Werden sie aber an dem Planungsprozess der Bundes- und Landesebenen nicht beteiligt, dann droht eben das, was wir in Deutschland z.Zt. beobachten können: Der Kollaps der Städte und Kommunen; ihre ständig wachsende Verschuldung, trotz Einsparbemühungen. „Die Kommune gerät hier in den Status von Betroffenen, für die geplant wird und die direkt zur Planung nicht befragt werden“ (Feldmann 1986, S.27).

Gerade durch die o.a. Problematik des Auffangens gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen auf kommunaler Ebene und deren finanziellen Konsequenzen erhält die kommunale Sozialplanung ihre Bedeutung. Kommunale Sozialplanung kann nur als *kontinuierlicher* Prozess verstanden werden. Die Veränderungen der gesamtgesellschaftspolitischen Vorstellungen, die Veränderungen des Bedarfs und der Bedürfnisse von Betroffenen fordert eine ständige Anpassung. Nur eine fortlaufende Sozialplanung vermag rechtzeitig auf die sozialen Probleme zu reagieren und geeignete Maßnahmen der Gegensteuerung einzuleiten (ebda, S.26f).

5.10.5.1 Allgemeine Grundsätze der Sozialplanung

Kleinräumigkeit

Kommunale Sozialplanung birgt eher als Sozialplanung auf Landes- bzw. Bundesebene die Chance einer möglichst kleinräumigen Orientierung. Nur so lassen sich soziale Räume ausmachen²⁵. Werden soziale Räume nicht angemessen definiert, besteht die Gefahr, dass die erhobenen Daten zur Problembeschreibung zu grob sind und sie damit Problemsituationen eher *verdecken* als aufklären. Um differenzierte Wirkungen der sozialen und räumlichen Umwelt auf die Entstehung, Aufrechterhaltung bzw. Ausdehnung von sozialen Problemlagen untersuchen und analysieren zu können, ist es erforderlich, die Lebensräume entsprechend voneinander abzugrenzen (vgl. Lukas/Strack 1996, S.31ff). Eine kleinräumige Orientierung bietet die Möglichkeit spezifische Betroffenengruppen zu beschreiben. Z.B. würden arbeitslose junge Menschen in einer statistischen Gesamtbetrachtung aufgrund ihrer geringen Zahl leicht untergehen. Für die Betroffenen, ihre Zukunft, ihrer jetzigen und zukünftigen Familie aber bleibt das Problem gravierend.

Einmischung

Damit Sozialplanung Mängelzustände frühzeitig erkennen und Vorschläge zu deren Beseitigung bzw. Vermeidung erarbeiten kann muss sie sich einmischen. Die Ursachen für soziale Probleme (bspw. Obdachlosigkeit, Arbeitslosigkeit, Armut) liegen in der Regel außerhalb des sozialen Bereichs. Um also diese Probleme angehen zu können, bzw. sie bestenfalls gar nicht entstehen zu lassen, sollten als wesentliche Grundsätze moderner Sozialplanung die Integration und Interdisziplinarität gelten. Die Kenntnis um Planungsbemühungen anderer Ressorts (bspw.: Schulkommission, Stadtentwicklungskommission), die Zusammenarbeit mit diesen Bereichen und das Einbringen der Interessen des sozialen Bereichs in den Planungsprozess anderer Ressorts sollte angestrebt werden. Einmischung ist eine wichtige Voraussetzung, um weitere Benachteiligungen durch die Entwicklung neuer Konzeptionen zu verhindern und bedürfnisorientierte Sozialplanung zu ermöglichen (Feldmann 1986, S.32f).

Bedürfnisorientierung

Mit der Bedürfnisorientierung ist ein weiterer Grundsatz kommunaler Sozialplanung genannt. Gemeint ist das Bestreben, die individuellen Wünsche und Interessen der Bürger zu erkennen und diese in die Bedarfsplanung mit einfließen zu lassen. Dafür reicht es nicht aus, Planung „vom Tisch aus“ zu betreiben. Die Bedürfnisse der Betroffenen können nur erkannt werden, indem diese in den Planungsprozess mit eingebunden werden. Ein demokratisches Grundverständnis von Politik meint eben nicht die Planung „von oben“, gemäß dem Motto: „Wir wissen schon, was gut für die Bürger unserer Kommune ist!“, sondern verlangt nach Beteiligung aller vom Prozess Betroffenen.

Beteiligung und Dialogorientierung

²⁵ Ein „sozialer Raum“ lässt sich dadurch charakterisieren, dass ihn ihm Personen leben, die in bezug auf ihre sozialen Gegebenheiten, wie Lebensstandard, Lebensweisen, ethnische Herkunft, ähnlich sind (vgl. Lukas/Strack 1996, S. 33)

Im Sozialplanungsprozess sind unterschiedliche Gruppen von Betroffenen auszumachen: Politiker, Träger sozialer Institutionen und Fachkräfte des sozialen Sektors, betroffene Bürger.²⁶ Jede dieser Gruppen bringt mitunter andere Interessen im Planungsprozess mit ein. So tragen die kommunalen Instanzen die Planungsverantwortung und als solche sind sie für die Verteilung der finanziellen Ressourcen zuständig. Die Träger der sozialen Einrichtungen halten den Bestand vor und sind mit den Fachkräften die Dienstleister im sozialen Sektor. Die betroffenen Bürger sind die Nutzer der Angebote. Ihre befriedigten bzw. nicht befriedigten Bedürfnisse entscheiden über den Grad der Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage.

Jede dieser Gruppen hat somit ihre berechtigten Anliegen, aber das Machtpotenzial, die Interessen angemessen vertreten und durchsetzen zu können, ist nicht gleich. Die politischen Verantwortungsträger entscheiden in erster Linie darüber, ob, wie und was geplant wird. Sie haben somit einen entscheidenden „Vorsprung“ im Spiel der Kräfte.

Die sozialen Dienste (Träger und Mitarbeiter) entlasten durch ihre Angebote die Politik vom Problemdruck und verfügen dadurch ebenfalls über ein gewisses Maß an Macht.

Zu fragen ist nach den Möglichkeiten der Betroffenen: Wie groß sind die Chancen, der betreffenden Bürger, sich mit ihren Anliegen einzubringen? Zwar könnte an dieser Stelle argumentiert werden, dass sie ihre Interessen jederzeit auch ohne Sozialplanungsprozess durch die Bildung von Bürgerinitiativen einbringen können, oder, dass sie indirekt durch die Mitarbeiter der sozialen Einrichtungen vertreten werden. Dennoch: Diese Formen der Beteiligung reichen in einer modernen demokratischen Gesellschaft nicht aus.

Letztendlich sind die Mitwirkungsmöglichkeiten *aller* Beteiligten das Maß für die Zufriedenheit mit den Planungsergebnissen. Dabei müssen die differenten Interessen in einem Aushandlungsprozess abgewogen werden. Beteiligung wäre falsch verstanden, wenn den Betroffenen die Möglichkeit gegeben wird, ihre Anliegen zu äußern, sie diese aber im weiteren Verlauf des Planungsprozesses nicht wiederfinden. Das macht „planungsmüde“. Alle Interessen gleichermaßen und ohne Abstriche zu berücksichtigen ist unrealistisch, aber eine dialogorientierte Sozialplanung bedarf des Austausches und der Auseinandersetzung sowohl mit den *eigenen* Bedürfnissen, als auch den der *anderen*. Alle Gruppierungen sollten befähigt werden ihre Anliegen zu äußern, die der anderen anzuhören, abzuwägen und Kompromisse zu bilden.

Die Bereitschaft zum Dialog alleine reicht nicht aus. Es müssen Strukturen gebildet werden, die einen kontinuierlichen Austausch ermöglichen. Neben der o.a. Vernetzung mit anderen kommunalen Ressorts (kommunale interne Vernetzung) und der Kooperation der sozialen Dienste untereinander und mit den zuständigen kommunalen Kommissionen (bereichsspezifische Vernetzung) benötigt dialogorientierte Sozialplanung einen möglichst kontinuierlichen Kontakt mit den betroffenen Bürgern. Dabei sind sie in ihren jeweiligen Lebenswelten wahrzunehmen. Stadtteilorientierte Ansätze bieten hierzu eine Möglichkeit. Neben dem Vorteil, die Menschen „auf ihrem Territorium“ zu erleben, hemmen diese Konzepte Schwellenangst und sind am Kern der sozialräumlich spezifischen sozialen Probleme.²⁷ Initiierende Beteiligungsverfahren eignen sich hierzu besonders.

²⁶ Die Zugehörigkeit zu einer dieser Gruppe schließt die Zugehörigkeit zu einer anderen nicht aus. So sind Politiker oft auch Bürger im Planungsgebiet. Da aber Planung nie alle relevanten Bereiche gleichzeitig mit einbeziehen kann, werden zu unterschiedlichen Planungszeiträumen unterschiedliche Zielgruppen angesprochen sein.

²⁷ mehr zu lebensweltorientierter sozialer Arbeit in: Thiersch 2000: Lebensweltorientierte Soziale Arbeit – Aufgaben der Praxis im sozialen Wandel; 4.Auflage; Juventa Verlag, Weinheim und München

Beteiligungsformen

Die Zahl der ehrenamtlich Tätigen in Vereinen und (sozialen) Organisationen ist beachtlich.²⁸ Wie passt aber diese Aussage zur allgemein beklagten Politikverdrossenheit und der in der Praxis nur mühsam zu aktivierenden Bürgerbeteiligung? Wie kann es sein, dass bspw. soziale Organisationen eine Zunahme an ehrenamtlichen Engagement feststellen, während sich bei Bürgerversammlungen z.T. gähnende Leere breit macht oder die kommunalen Ausländerbeiräte nur schwer Freiwillige finden, die sich zur Wahl stellen (mal ganz abgesehen von der Wahlbeteiligung)?

Mitbestimmungsangebote alleine reichen nicht aus. Sie müssen sich in Form, Methode und Zeitaufwand an den Interessen der Bürger, dem zu behandelnden Problem und den zur Verfügung stehenden Ressourcen orientieren. Alles in allem zu integrieren ist nur sehr schwer und bedarf der stetigen Abwägung. In diesem Kapitel werden unterschiedliche Beteiligungsmodelle vorgestellt und ausgewählte Praxisbeispiele angeführt.

Grob lassen sich zwei Formen unterscheiden (Jordan/Schone 1998, S.535ff):²⁹

- direkte Beteiligung: alle Betroffenen können sich am Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess beteiligen.
- indirekte Beteiligung: die Meinungen und Interessen der Betroffenen werden über Mittler, Repräsentanten etc. in den Prozess eingebracht.

Modelle direkter Beteiligungsverfahren

Versammelnde Beteiligung

Am häufigsten praktiziert und wohl am bekanntesten sind die **Bürgerversammlungen**. Ihr Vorteil liegt darin, dass die Themen und Inhalte dieser Versammlungen regionen- bzw. stadtteilbezogen sind. Somit sind die Teilnehmer direkt betroffen, was auf ein größeres Engagement schließen lässt. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Ergebnisse lebensweltnah sind und dass sie bei den Betroffenen auf eine hohe Akzeptanz treffen. Bürgerversammlungen sind relativ kostengünstig und mit geringem Organisationsaufwand verbunden. Zu bedenken ist allerdings, dass das Reden vor großem Plenum Mut braucht. Das ist ein personenkreis einschränkender Faktor, ebenso wie die Sprachgewandtheit. Häufig bleiben die Interessen derje-

²⁸ so konstatiert das „Diakonische Werk der EKD“ in einer Stellungnahme zum Thema „Ehrenamt“ bei seiner Anhörung vor dem Ausschuss für Familien, Frauen, Senioren und Jugend des Deutschen Bundestages am 4.2.1998 eine Zunahme des ehrenamtlichen Engagements für den gesamten Bereich der Diakonie. Bei einigen Einsatzfeldern müssen Bewerber auf Wartelisten gesetzt werden. Auch die Jugendstudie des Jugendwerks der Deutschen Shell AG (Fischer 1997) spricht von Gestaltungspotenzialen und Willen zum politischen Engagement bei jungen Menschen. Dabei ist aber ein sinkendes Interesse an „traditionelle“ Formen der Mitbestimmung, wie Jugendringe oder Jugendverbände, festzustellen. Das Engagement junger Menschen ist eher projektbezogen und lustbetont (vgl. Jordan/Schone 1998; S.526)

²⁹ Jordan, E./ Schone, R./: Handbuch Jugendhilfeplanung – Grundlagen, Bausteine, Materialien; Votum Verlag, Münster, 1998

nigen Personen unberücksichtigt, die sich nicht überzeugend genug und sprachgewandt artikulieren können. Organisatoren von Bürgerversammlungen klagen oft über mangelnde Beteiligung. Ein Grund dafür kann sein, dass die Bürger die Erfahrung gemacht haben, dass einmal getroffene Entscheidungen, die ihrer Beteiligung entsprungen sind, entweder gar nicht oder nur sehr zeitverzögert umgesetzt worden.

Ein weiteres, eher auf Fachbereichsbasis angesiedeltes Verfahren versammelnder Beteiligung sind die **Regionalkonferenzen**. Sie gelten als Foren für sozialpädagogische Fachkräfte der sozialen Dienste und der kommunalen Verwaltung. Außerdem kommen je nach thematischer Abgrenzung der Konferenz, Mitarbeiter anderer Institutionen hinzu (z.B. Schulen, Stadtentwicklungsamt, Arbeitsamt etc.). Bei dieser Arbeitsform steht der kontinuierliche Austausch der Sichtweisen und die Kooperation und Vernetzung im Vordergrund. Regionalkonferenzen haben den Vorteil, dass sie einen detaillierten Überblick über die sozialstrukturellen Verhältnisse und die Bedürfnisse der Bürger geben können. Zudem liegt in dieser Form der versammelnden Beteiligung die Chance, dass die professionell Engagierten des sozialen Sektors sich nicht als „Konkurrenten“, sondern als „Mitstreiter für eine gemeinsame Sache“ wahrnehmen. Damit kann sich das Macht- und Einflusspotenzial des sozialen Bereichs gegenüber anderen (bspw. ökonomischen) Ressorts erhöhen.

Auch bei diesem Beteiligungsmodell wird sich der finanzielle Aufwand im Rahmen halten. Organisatorisch ist er jedoch umfangreicher. So müssen bspw. die Teilnehmer angeschrieben und die Inhalte abgeklärt werden. Zur thematischen Fundierung müssen evt. Referenten gewonnen werden. Ein Nachteil ist in der fehlenden Komponente der direkten Betroffenenbeteiligung zu sehen.

Ein vergleichbares Konzept wie die o.a. Regionalkonferenzen haben die **Assises Sociales** und die **Assises Scolaires** in Esch-sur-Alzette. Sie sind ein Ansatz für intradisziplinäre Kommunikation und Kooperation. Die Fortschreibung dieser Modelle und die Vertiefung der Inhalte in themenspezifischen Arbeitsgruppen, sowie die Bündelung der Arbeitsgruppenergebnisse in der C.L.A.S geben der sozialpädagogischen Gewichtung in der gesamtkommunalen Landschaft Auftrieb. Das Problem ist allerdings in der mangelnden Nachhaltigkeit zu sehen. Die bisher durchgeführten Einzelveranstaltungen können zwar durchaus Impulse geben, doch fehlt die kontinuierliche Begleitung.

Initiierende Beteiligung

Der bei den Regionalkonferenzen und der Assises Sociales bzw. Assises Scolaire nicht berücksichtigte Aspekt der direkten Bürgerbeteiligung ist genau die Stärke der initiierenden Verfahren. Den Betroffenen als ein Experte seiner Belange betrachtend, geht es in erster Linie darum, die Bürger zu mitgestaltenden Akteuren im Planungsprozess werden zu lassen. „Die Planer³⁰ liefern prozessuale und institutionelle Informationen und unterstützen die Betroffenen, auf der Grundlage ihrer Bedürfnisse realisierbare Vorstellungen zu entwickeln“ (Lukas/Strack 1996, S.207). Initiierende Beteiligungsverfahren finden im Lebensraum der Adressaten statt.

Die Veranstaltung von **Aktionstagen** ist eine relativ kostengünstige Möglichkeit der initiierenden Beteiligung. Der festgelegte und überschaubare Zeitrahmen (i.d.R. ein Tag) lässt die Hemmschwelle zur Teilnahmebereitschaft sinken. Die Herangehensweise scheint besonders für Jugendliche angemessen. Zur Ermittlung der Wünsche und Bedürfnisse sowie zur Erarbei-

³⁰ Planer in diesem Sinne sind die am initiierenden Beteiligungsverfahren agierenden sozialpädagogischen Fachkräfte

tung konkreter Vorschläge und Ideen durch die Teilnehmer können eine Reihe erlebnispädagogischer Methoden eingesetzt werden³¹. Aktionstage werden alters- oder zielgruppenspezifisch organisiert³² und mit wechselnden Schwerpunktthemen³³ durchgeführt.

Sie sollten nicht zu medienwirksamen Shows degradiert werden. Ihren Status als demokratische Partizipationsform können diese Veranstaltungen nur dann erhalten, wenn die Verantwortlichen der Politik und der sozialen Dienste sich ernsthaft mit den Ergebnissen dieser Aktionstage auseinandersetzen, die Lösungsvorschläge der Betroffenen in die Planung mit einfließen und diese möglichst zügig realisiert werden. Nur so ist gewährleistet, dass die Aktionstage zum gegenseitigen Verständnis beitragen und sich keine Beteiligungs- (und damit Planungs-)müdigkeit einstellt. Besonders bei Kindern und Jugendlichen (den politisch und gesellschaftlich Verantwortlichen von „morgen“) sollte daran gedacht werden, dass sie nur dann auf Dauer für politisches und bürgerschaftliches Engagement zu gewinnen sind, wenn sie sich ernstgenommen fühlen.³⁴

Eine besondere Form eines Aktionstages kann die **Zukunftswerkstatt** sein. Das im wesentlichen von Robert Jungk entwickelte Konzept beruht auf einem klaren Ablaufschema, verwendet teilnehmerorientierte Methoden (bspw. Kleingruppenarbeit für Erwachsene oder für Kinder: Stadtteilrallye, kreativitätsfördernde Verfahren und Visualisierungsverfahren) und wird moderiert. Folgender Ablauf sollte eingehalten werden:

- Kritik- und Beschwerdephase: Zum jeweiligen Thema werden von allen unzensuriert Kritik, Ängste, Unmut etc. in Stichworten auf Kärtchen oder Wandzeitungen gesammelt
- Fantasie- und Utopiephase: Zu den Kritikscherpunkten werden in Kleingruppen Lösungsfantasien und –utopien entwickelt. Es kommt darauf an, ohne Sachzwänge kreative Entwürfe zu sammeln.
- Umsetzungs- und Planungsphase: Die Fantasien und Visionen werden zu realisierbaren Umsetzungsmöglichkeiten entwickelt. Die interessantesten Entwürfe werden ausgewählt und die ersten Schritte ihrer Konkretisierung beschrieben.

Die Zukunftswerkstatt ist eine Methode, die ursprünglich aus der Arbeit mit Erwachsenen entstanden ist und häufig Anwendung bei Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen findet. In der Regel geht die Werkstatt über mehrere Tage. Dennoch kann diese Methode durchaus als „Aktionstag“ durchgeführt und auf die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen zugeschnitten werden. Als Elemente sind die o.a. Phasen beizubehalten, denn sie sind eine wichtige Grundlage zur Auseinandersetzung mit den eigenen Vorstellungen, Wünschen und Lösungsstrategien.

³¹ Eine Vielzahl von Methoden und deren Beschreibungen, die durchaus auf alle Altersgruppen übertragbar sind, bietet der „Methodenkoffer“ des Deutschen Kinderhilfswerkes (1997).

³² bspw.: Aktion für Schulkinder; Aktion für Jugendliche; Aktion für Behinderte etc.

³³ bspw.: Aktion „Spielplatzgestaltung“; Aktion „Sicherer Schulweg“; Aktion „Mit dem Rollstuhl durch die Stadt“

³⁴ Praxisbeispiel: Die „Mobile Spielaktion e.V.“ ist in Trier bezüglich der Beteiligung von Kindern sehr aktiv. Sie führt Projekte wie „Spielplatzplanungsaktion“; „Aktion Kinderstadtplan“ (als eine Form der Beteiligung von Kindern an kommunaler Planung), „Mobiles Kinderbüro und Kinderform – spielerisch Politik entdecken“ durch. Informationen dazu bieten ihre Informationsschriften (Titel der Schriften im Literaturverzeichnis)

(Politische) Beteiligung ist, besonders seitens der Bürger, ehrenamtliches Engagement. Demnach ist der Zeit- und Spaßfaktor eine wichtige Komponente für gelingende Beteiligung. Projekte die Spaß versprechen und einen überschaubaren Zeitrahmen haben, werden freiwilliges Engagement erleichtern. Initiierende Verfahren bieten die Möglichkeit, politische Verantwortung in einem demokratischen System altersspezifisch zu erlernen bzw. zu (re-) aktivieren. Voraussetzung dafür ist, dass die Teilnehmer in ihrer je spezifischen Lebenssituation wahrgenommen werden und dass Partizipationsprojekte keine einmalige Aktion darstellen. Sie sollten möglichst in regelmäßigen Abständen stattfinden, die Themen können variieren. Ausschlaggebend für den Erfolg der Beteiligungsprojekte ist die Ernsthaftigkeit, mit denen die Ergebnisse von Politik und Profession aufgegriffen und umgesetzt werden.

Befragungen

Befragungen sind eine weitverbreitete Methode, um Wünsche, Bedürfnisse, Wertvorstellungen und Einstellungen der Adressaten zu erfahren. Problematisch dabei ist allerdings, dass der Betroffene weder Einfluss auf die Fragestellung hat, noch kann er das Messinstrument selbst bestimmen. Besonders deutlich wird dies bei quantitativen Erhebungen, die meist mit standardisierten Fragebögen arbeiten. Die Kategorien für die Bedürfniserhebung werden von den Forschern vorgegeben, sie werden also nur über diese Bereiche Informationen erhalten. Neue Aspekte aus der Lebenswelt der Betroffenen werden hierdurch nicht ermittelt. Bei qualitativen Erhebungen, bei denen die Fragen relativ offen formuliert werden, wird dies eher möglich sein. Aber auch hier gilt: Vorformulierte Fragen grenzen die Artikulationsmöglichkeiten der Betroffenen ein. Zu bedenken ist auch: Interviewer und Befragter sind sich meistens fremd. Darunter kann die Qualität der Antworten leiden.

Befragungen eignen sich zur Schaffung einer Informationsbasis, als Ausgangspunkt eines beginnenden Planungsprozesses oder als Evaluationsinstrument (bspw. zur Zufriedenheitsmessung) im laufenden Prozess. Die Vergleichbarkeit der Daten wird zwar durch qualitative, mehr noch durch quantitative Erhebungsverfahren ermöglicht. Dennoch sollte ihr Status als direkte Beteiligungsform kritisch hinterfragt werden. Die eingeschränkten Möglichkeiten der Betroffenen lässt es u.E. allenfalls zu, Befragungen als eine Mischvariante direkter und indirekter Beteiligung zu betrachten. Für eine angemessene Planungsbeteiligung reicht diese Form nicht aus.

Modelle für indirekte Beteiligungsverfahren

Repräsentative Verfahren

Hierunter subsumieren sich alle Formen mittelbarer Beteiligung, bei denen die Betroffenen durch Repräsentanten vertreten werden (z.B. Schülervvertretungen, Elternvertretungen, Kinder- und Jugendparlamente, Jugendringe, Ausländerbeirat etc.). Günstig ist es, wenn die Vertreter durch Wahlen legitimiert sind und die Betroffenen die Möglichkeit haben, die durch die Repräsentanten getroffenen Entscheidungen öffentlich in Frage zu stellen, so dass die Vertreter ihre Handlungen begründen müssen. Der Einfluss der Repräsentanten ist meist auf eine beratende Funktion beschränkt. Jedoch gilt auch hier wie bereits mehrfach angesprochen: Um diese Beteiligungsform nicht ad absurdum zu führen, sollten die Ergebnisse dieser Gremien im Gesamtplanungsprozess diskutiert werden und entsprechende Berücksichtigung finden.

Die Repräsentanten fungieren als Ansprechpartner für bestimmte Zielgruppen und sind in der Regel selbst diesen Gruppen zuzurechnen. Das hemmt die Schwelle, sie auch tatsächlich anzusprechen. Als ein weiterer Vorteil dieser Beteiligungsform ist die Kontinuität zu sehen, die aufgrund einer festgelegten Amtsperiode gewährleistet ist. So können bestimmte Themen intensiv bearbeitet und diskutiert werden. Die Länge der Amtszeit (meist 2 Jahre) kann durchaus auch auf der nachteiligen Seite verbucht werden. Die Verpflichtung mit der Annahme ei-

ner solchen *ehrenamtlichen* Position für einen relativ langen Zeitraum zur Verfügung zu stehen, dünnt die „Front“ der Freiwilligen aus.

Sprechen im Plenum, eine Voraussetzung für eine effektive Teilnahme an Gremienarbeit, verlangt ein gewisses Maß an Redegewandtheit. Der notwendige Mut und die Gabe der Darstellung und Artikulation im Auditorium stellen ein Abgrenzungskriterium dar. Ein tatsächlicher *repräsentativer* Querschnitt der Bevölkerung wird damit in diesen Beteiligungsmodellen nicht gegeben sein.

Die **Kinder- und Jugendparlamente**, als Beispiel personengruppenspezifischer repräsentativer Beteiligungsformen hier angeführt, haben sich in vielen deutschen Kommunen als verfasste Form der Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche etabliert. Durch sie sollen zum einen die jungen Menschen ihre spezifischen Interessen kundtun können, zum anderen gelten diese Parlamente als realitätsnaheste Trainingsform für die Politik der Erwachsenen. Die Mitarbeit in diesen Gremien soll die Kindern und Jugendlichen motivieren und darauf vorbereiten, politisch aktiv zu sein (Jordan/Schone 1998, S.542ff).

Stellvertretende Verfahren

Nicht zu verwechseln mit den repräsentativen Modellen fungieren in stellvertretenden Beteiligungsverfahren meistens Experten oder Schlüsselpersonen als Anwalt der Adressaten. Dabei ist es wichtig, dass sie ihre eigenen subjektiven Bedürfnisse hinter die Interesse der zu vertretenden Zielgruppenbedürfnisse stellen und in der Lage sind deren Perspektive einzunehmen. Als Stellvertreter kommen Personen in Betracht, die aufgrund ihrer beruflichen Qualifikation oder ihrer Ausübung als Kontakt- bzw. Ansprechpartner die Interessen der Betroffenen angemessen verstehen und weitervermitteln können. In einem (kontinuierlichen) Planungsprozess können Fachkräfte und Schlüsselpersonen zu Mittlern zwischen Politik/Verwaltung und Betroffenen werden. Sie stehen „im täglichen Leben“ in Interaktion mit den Adressaten und kennen somit ihre Nöte und Hoffnungen, ihre Wünsche und Bedürfnisse.

Das aus Amerika stammende Konzept des **Anwaltsplaners** ist ein Beispiel einer solchen Stellvertreterbeteiligung. Anfänglich in den siebziger Jahren in Deutschland im Zusammenhang der Demokratisierung von Planungsentscheidungen im Städtebau diskutiert, kann man zwischenzeitlich eine Konzeptdiversifikation feststellen. So lassen sich im wesentlichen drei Ansätze unterscheiden (ebda, S.548):

- Anwaltsplaner als helfende aber neutrale Unterstützer: Die „Anwälte“ haben hier überwiegend *beratende* Funktion in formellen oder informellen Bürger- bzw. Betroffengruppen. Die Planer übernehmen jedoch *keine* Stellvertreterposition gegenüber der Verwaltung und politischen Gremien.
- Anwaltsplaner als Stellvertreter: Anwaltsplaner sollen die Interessen insbesondere derjenigen vertreten, die sich sonst nur schwer Gehör verschaffen können. Nach diesem Verständnis wird den „Anwälten“ eine eindeutige *Parteilichkeit* zu den Betroffenen zugeschrieben. Hier lassen sich die meisten in der Praxis (häufig ehrenamtlich) eingesetzten Beauftragten bestimmter Zielgruppen einordnen (bspw.: Kinderbeauftragter, Frauenbeauftragter, Seniorenbeauftragter, etc.).
- Anwaltsplaner in stellvertretender und betroffeneninitiiierender Funktion: Um den Aspekt der „*Hilfe zur Selbsthilfe*“ zu stärken wird zunehmend davon ausgegangen, dass der Anwalt nicht nur als „Sprachrohr“ von Betroffenen fungieren sollte. Vielmehr sollte er in den Zielgruppen selbst politisches Bewusstsein und effektives politisches Handeln initiieren.

Besonders der letzte Ansatz erfordert einen hohen Professionalisierungsgrad und eine hauptamtliche Stellung. In der Praxis übernehmen bspw. in der Kinder- und Jugendarbeit **Jugendpfleger** diese Aufgaben. Mit zunehmender Bedeutung von ressortübergreifender Kooperation im Stadtplanungsprozess und wachsendem Verständnis für direkte Betroffenenbeteiligung wird seine Aufgabenbeschreibung neben Beratung und Maßnahmenplanung im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit auch die des Anwaltsplaners in stellvertretender und betroffeneninitiiertender Funktion sein.

Anwaltsplaner als professionelle Berater werden meist aus öffentlichen Mitteln finanziert. Daraus kann sich ein Loyalitätskonflikt ergeben: Einerseits werden diese Stellen aus öffentlicher Hand gesichert, andererseits ist es denkbar, dass die Interessen der Betroffenen, welche die Planer zu vertreten haben und die auf Unterstützung vertrauen, im Widerspruch stehen zu den Interessen der Politik und der Verwaltung. Diese problematische Situation kann nur dadurch entschärft werden, dass *allen* Beteiligten bewusst ist (bzw. bewusst gemacht wird), dass die Parteilichkeit eines Anwaltsplaners Teil seiner Funktion ist. Seine Stellung kann sich nur darüber legitimieren, dass er sich für die Anliegen „seiner“ Zielgruppen stark macht, bzw. „seine“ Zielgruppen befähigt, sich für ihre Bedürfnisse einzusetzen. Das muss auch den politischen Gremien und der Verwaltung klar sein. Würde ihm diese Parteilichkeit zur Last gelegt, würde seine Position in Frage gestellt sein. Der Anwaltsplaner wäre damit nicht mehr als eine teuer bezahlte (medienwirksame) Alibifigur im Planungsprozess.

Kooperative Verfahren

Unter kooperativen Verfahren lassen sich solche Ansätze einordnen, die sich auf Formen der Zusammenarbeit von unterschiedlichen Planungsbeteiligten (Verwaltung / Politik, Fachkräfte, Zielgruppen) beziehen. Dabei ist eine Einordnung in „direktes Beteiligungsverfahren“ bzw. „indirektes Beteiligungsverfahren“ davon abhängig, mit wem die Planung kooperiert. Übernehmen die beteiligten Gruppen eher stellvertretende Funktionen (Beauftragte, intermediäre Fachkonferenzen, etc.) handelt es sich um kooperative Verfahren *indirekter* Betroffenenbeteiligung. Eine Integration von bspw. Selbsthilfegruppen bei planungsrelevanten Veranstaltungen stellt eine Form kooperativer *direkter* Betroffenenbeteiligung dar.

Die *Assises Sociales* in Esch kann durchaus als ein kooperatives Planungsbeteiligungskonzept angesehen werden. Auch wenn dieses Konzept z.Zt. stark *intramediär* ausgerichtet ist³⁵, ist eine planungsrelevante *intermediäre* Ausrichtung denkbar: Die *Assises Sociales* ist öffentlich und damit theoretisch jedem Bürger und anderen städtischen Ressortinhabern zugänglich.

Als ein umfangreiches Modell einer kooperativen Betroffenenbeteiligung wird im Folgenden das Konzept der „Planungszelle“ von Peter C. Dienel³⁶ vorgestellt.

„Die Planungszelle ist eine Gruppe von 25 im Zufallsverfahren ausgewählten, auf drei Wochen freigestellten und von der öffentlichen Hand vergüteten Laienplanern, die gemeinsam mit zwei Angehörigen der betreffenden Fachressorts und angeleitet von zwei Prozessbegleitern Lösungen vorgegebener, in der zur Verfügung stehenden Zeit bewältigbarer Bewertungsprobleme, Kontroll- oder Planungsprobleme erarbeiten“ (Dienel 1997, S.74).

Nach Dienel sind einige der genannten Merkmale einer „Planungszelle“ unerlässlich:

³⁵ Die Teilnehmer sind überwiegend Fachkräfte der sozialen Dienste der Stadt, neben dem Sozialschöffen und dem Vorsitzenden des kommunalen Sozialausschusses.

³⁶ Dienel, P. C.: Die Planungszelle; 4.durchgesehene Auflage – mit Statusreport 1997; Wetsdeutscher Verlag, Opladen, 1997

- Auswahl der Teilnehmer durch Zufallsverfahren: Um dem Gleichheitsgrundsatz und der Repräsentativität gerecht zu werden, sollten die Teilnehmer im Zufallsverfahren (z.B. durch Los oder Abzählverfahren) aus der Gesamtheit der Berechtigten ausgewählt werden. Jede andere Form der Beteiligung hat nach Dienel bereits selektiven Charakter. Die Folge wären einseitige Interessenskonstellationen. Die von ihm angestrebte Repräsentativität ist am ehesten dann gewährleistet, wenn die zufällig ausgewählten Teilnehmer auch tatsächlich uneingeschränkt an der „Planungszelle“ mitwirken. Das Mitmachen sollte nach Dienel eine gesellschaftliche Pflicht darstellen, die s.E. durch eine rechtliche Normierung erwirkt werden sollte (Dienel 1997, S.80). Noch ist eine derartige Pflichtvorgabe sicherlich nur schwer vorstellbar. Beteiligung wird zwar allenthalben als ein Aspekt eines bürgerlichen *Rechts* angesehen, der bei so manchen Politikern und Planern ein Dorn im Auge ist. Oft wird die These vertreten, dass Laien den Planungsprozess behindern. Betroffenenbeteiligung, die es ja auch nicht „zum Nulltarif“ gibt, wird eher als ein Entgegenkommen an die Bürger angesehen. Aber Planungspflicht? Für Dienel ist die gezielte bürgerschaftliche Teilnahme an Planungsprozessen aber für das Überleben und die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft wichtig. Daraus leitet er seine Forderung nach einer Planungspflicht ab.
- Freistellung der Teilnehmer: Die Mitarbeit in einer „Planungszelle“ ist kein Erlebnisurlaub, sondern Arbeit. Eine kontinuierliche Teilnahme am Prozess setzt voraus, dass der Einzelne von allen andern Verpflichtungen freigestellt ist. Im Konkreten wäre das die Freistellung des Arbeitnehmers von seinem Dienst, die der Mutter bspw. von ihren Betreuungspflichten und die des Studenten von seinem Studium. Ein Nachteil darf ihm aus dieser Freistellung nicht entstehen. Auch dies sollte auf dem Verordnungswege oder über die Gesetzgebung garantiert werden.
- Vergütete Teilnahme: Motivationen lassen sich über bestimmte Anreize erhöhen. So sind im Konzept der „Planungszelle“ finanzielle Vergütungen vorgesehen. Diese können zum einen motivationssteigernde Funktion haben, zum anderen unterstreicht die finanzielle Entschädigung den Verpflichtungscharakter.
- Befristete Teilnahme: Die Dauer des Verfahrens, welche sich im Konzept von Dienel auf drei Wochen erstreckt³⁷, ist variabel, auch wenn eine Frist von 3 Wochen genannt wird. Wichtig ist dabei der Aspekt, dass die Teilnahme befristet ist. Nur so kann der *Laienplaner* auch ein Laie bleiben und nicht zum *Planungsspezialisten* werden. Die Laienhaftigkeit ist Teil des Konzeptes, denn sie gewährleistet nach Dienel einen wünschenswerten „Wechsel der Perspektiven“ (ebda, S.85). Der Laienplaner bringt seine Lebenswelt und damit seine Sicht der Dinge mit in den Planungsprozess. Sie sind sozusagen sein Potenzial. Eine Dauertätigkeit in der „Planungszelle“ würde dies verändern. Damit wäre der Laienplaner nicht mehr Betroffener in einem Prozess, sondern (Fach-)Planer.
- Fachliche Begleitung: Der Laienplaner ist ein konzeptuelles Merkmal der „Planungszelle“. Seine vermutlich mangelnde Informiertheit über spezielle Planungsaufgaben wird durch die Anwesenheit der *Planer aus den entsprechenden Fachressorts* kompensiert. Die *Prozessbegleiter* üben die Funktion der Moderatoren und Tagungsassistenten aus. So ist es bspw. auch ihre Aufgabe, das Problem der Heterogenität der Gruppe durch entsprechend methodisch-didaktische Verfahren aufzufangen. Planer,

³⁷ Bei der Entwicklung der Planungszelle (1970 / 71) wurde eine 12-wöchige Teilnahme am Planungsprozess vorgesehen. Nach mehreren Abläufen von Planungszellen wird inzwischen davon ausgegangen, dass 3 Wochen ausreichen (vgl. Dienel 1997; S.83).

Prozessbegleiter und Laienplaner sollten gleichberechtigte Prozessteilnehmer sein. Die Kooperation von 25 betroffenen Bürgern und vier Experten birgt die Gefahr der Manipulation. Nur wenn man sich dieser Gefahr bewusst ist kann sie umgangen werden.

Das hier vorgestellte Verfahren der „Planungszelle“ ermöglicht aufgrund seiner konzeptuellen Vorgaben eine „echte“ und intensive Zusammenarbeit zwischen Laien und Fachkräften. Die kontinuierliche Auseinandersetzung mit Planungsproblemen über einen längeren Zeitraum kann so zu ausgereiften Vorschlägen führen. Aufgrund der Einbindung der Bürger werden diese Ergebnisse in der Bevölkerung wahrscheinlich auf eine relativ hohe Akzeptanz stoßen.

Der hohe Aufwand (sowohl finanziell als auch organisatorisch), der bei der Umsetzung dieses Modells betrieben werden muss, lässt die „Planungszelle“ vor allem zu einem Entscheidungsverfahren werden, das bei viel und umstritten diskutierten Projekten einer Kommune Sinn macht. Die Beteiligungs- und Freistellungspflicht ist weder in Deutschland noch in Luxemburg gesetzlich geregelt, sodass bei einer eventuellen Anwendung des Konzepts der „Planungszelle“ zu überlegen ist, wie die zufällig ausgewählten Teilnehmer am Prozess mitarbeiten wollen und können, ohne dabei persönliche Verluste zu erleiden.

Um die vorgegebene Fragestellung effektiv bearbeiten zu können kann kontinuierliche Arbeit nur durch einen festen Teilnehmerstamm gewährleistet werden. Damit steht die „Planungszelle“ nicht *allen* Interessenten offen. Das macht dieses Verfahren zu einem Modell der indirekten Betroffenenbeteiligung.

5.10.5.2 Bisherige Erfahrungen in der Kommunalen Sozialplanung

Ein zentrales Problem politischer Beteiligung ist seine Wirkungslosigkeit. „Engagement und Misserfolg sind heute im Bereich politischer Beteiligung so eng verkoppelt, dass aus der daraus resultierenden Enttäuschung längerfristig destruktive Rückwirkungen für die politische Kultur zu erwarten sind“ (Roth 1999, S.77³⁸). Die Anwendung von Beteiligungsverfahren, gleich welcher Art, ist also nur dann wünschens- und empfehlenswert, wenn die Teilnehmer ernstgenommen werden und ihre Ideen im weiteren Planungsgeschehen berücksichtigt werden.

Die vorgestellten Verfahren lassen sich nur schwer kategorisieren. So übernehmen die teilnehmenden Fachkräfte an der unter „*versammelnden Verfahren*“ aufgeführten *Regionalkonferenz* durchaus auch die Funktion der *Stellvertreter* ihres Klientels.

Die *Assises Sociales* (hier ebenfalls im Abschnitt „*versammelnde Verfahren*“ zu finden) könnten eine interessante Form eines *kooperativen Beteiligungsmodells* sein. Sie sind als öffentliche Veranstaltung gedacht und sind damit *allen* Interessenten zugänglich. Dies ermöglicht nicht nur eine Zusammenarbeit mit anderen politischen Gremien (bspw. Stadtentwicklungskommission), sondern lässt ebenfalls eine stärkere Form der direkten Zielgruppenbeteiligung zu. Ob dies allerdings wünschenswert ist, sei hier in Frage gestellt. Die Gruppe der Adressaten in diesem Forum verstärkt zu beteiligen würde enorme Anstrengungen bedeuten die „Schieflage“ zwischen Professionellen und Betroffenen geradezurücken. Würde man diese

³⁸ Roth, R.: Engagement und Misserfolg – Hindernisse für eine nachhaltige politische Beteiligung in Deutschland; in: Karpf, E./Kiesel, D./Wittmeier, M. (Hrsg.): Partizipation und politische Bildung in Europa; Arnoldshainer Texte - Band 106; Haag+Herchen Verlag, Frankfurt a.M., 1999

Bemühungen in Kauf nehmen wäre ein wesentlicher Aspekt der Assises Sociales, *Austauschplattform* und damit *Kooperationschance für die sozialen Dienste* der Stadt Esch und ihrer Mitarbeiter zu sein, nicht mehr in dieser Weise gewährleistet. Die Stadt braucht aber eben diese Möglichkeit zur Stärkung des sozialen Sektors. Aus dem gleichen Grund sollte auch die Einbindung von Personen anderer kommunaler Planungsbereiche wohlüberlegt sein.

Die interdisziplinäre Zusammenarbeit ist ein unabdingbarer Grundsatz moderner kommunaler Sozialplanung und sollte deshalb auch in Esch verstärkt praktiziert werden. Dauerhafte Kooperation kann bspw. durch einen *Sozialplaner* erfolgen. Zu seinen Aufgaben zählt die stellvertretende Teilnahme an unterschiedlichen kommunalen Kommissionen zur Vermittlung und Wahrung der sozialen Belange. Er ist Mittler zwischen Professionellen (soziale Dienste), Betroffenen und der Politik / Verwaltung. Gleichzeitig wird er im Sinne eines „*Anwaltplaners*“ betroffeneninitiiierende Funktion haben. Dies benötigt aber eine hauptamtliche Form.

Die Aktivierung der Bürger ist nach demokratischem Grundverständnis zu fördern. Initiierende Verfahren regen den Betroffenen dazu an, sich mit seiner Situation auseinander zu setzen, seine Bedürfnisse zu artikulieren und Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Damit stellen sie eine Form der „Hilfe zur Selbsthilfe“ dar. Betroffenenbeteiligung sollte in der Lebenswelt der Zielgruppen stattfinden, also i.d.R. stadtteilorientierte Aktionen oder Projekte sein und kontinuierlich stattfinden.

Die Integration der Betroffenen in den Planungsprozess wird die Zufriedenheit mit den politischen Entscheidungen erhöhen. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die Interessen der Bürger auch tatsächlich in der Planung Berücksichtigung finden und dass die geplanten Maßnahmen der Öffentlichkeit transparent gemacht werden.

Sozialplanung ist ein fortlaufender Prozess. Gesellschaftliche und strukturelle Veränderungen werden immer stattfinden und sich nicht daran halten, dass ein Plan aufgestellt und „zu Ende gebracht“ werden will. Deshalb ist die Beobachtung dieser Wandlungsprozesse eine wesentliche Funktion. Die regelmäßige Erhebung von Daten zur Messung der (objektiven und subjektiven) Wohlfahrt ist deshalb sinnvoll.

Kommunale Sozialplanung ist bei (und trotz) der Beachtung der allgemeinen Grundsätze ein zäher Prozess. Es ist nicht einfach alle Beteiligten „an einen Tisch“ zu bekommen, geschweige denn, alle Interessen in einem möglichst hohen Maß zu berücksichtigen. Dennoch ist Sozialplanung in diesem Sinne wichtig, um bürgernahe und sozialverträgliche Politik zu betreiben und eine lebenswerte Atmosphäre in der Kommune zu schaffen.